

DEUTSCHE POLIZEI

Mai 2013 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



Arbeitsplatz Autobahn



IN DIESER AUSGABE:

GESCHICHTE:

Zerschlagung der Gewerkschaften

DIENSTSPORT:

„Kein normaler Schreibtischjob“

VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE:

Schöngefärbte Botschaften

BURN-OUT-INTERVIEW:

Großen Leidensdruck ernst nehmen

JUNGE GRUPPE (GdP)

Wissen schafft Vorsprung!



Unser Klassiker:

Das Polizei-Fach-Handbuch

- Für Ausbildung, Studium, Prüfung und Praxis
- Beinhaltet alle polizeirelevanten Gesetze, Verordnungen, Erlasse, Dienstanweisungen etc.
- Immer auf dem neuesten Stand durch das Loseblattsystem und die CD-ROM-Updates
- Praxisnahe Erläuterungen für die wichtigsten Rechtsgebiete

Und das alles schnell und preiswert – vergleichen Sie selbst!

Fachliteratur für Ausbildung und Praxis

- Beamten- und Disziplinarrecht
- Eingriffsrecht
- Einsatzlehre, Einsatzrecht, Führungslehre
- Fremdsprachen für die Polizei
- Kriminalistik / Kriminologie
- Prüfungswissen / Repetitorien
- Politikwissenschaften / Soziologie
- Polizeirecht
- Psychologie
- Staats- und Verfassungsrecht / Versammlungsrecht
- Strafrecht und Strafprozessrecht
- Straßenverkehr



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.VDPolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

GESCHICHTE

Die Zerschlagung der Gewerkschaften



In den frühen Morgenstunden des 2. Mai 1933 stürmten bewaffnete Trupps der SA in ganz Deutschland die Häuser der freien Gewerkschaften. Sie zertrümmerten das Mobiliar, verbrannten Dokumente, beschlagnahmten ihr Vermögen, bedrohten oder verhafteten ihre Angestellten und Funktionäre. **Seite 11**

DIENSTSPORT

„Kein normaler Schreibtisch-Job“

„Die körperliche Leistungsfähigkeit von Polizeibeamtinnen und -beamten ist unbestritten wichtig. Es ist kein normaler Schreibtisch-Job“, sagt der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Bernhard Witthaut im Interview mit der Polizeisport-Depesche, der Online-Zeitschrift des Deutschen Polizeisportkuratoriums.

Seite 16

BURN-OUT-INTERVIEW

Großen Leidensdruck ernst nehmen



Interview mit Prof. Dr. Andrea Fischbach, Leiterin der Abteilung Sozial-, Arbeits- und Organisationspsychologie an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster-Hiltrup.

Seite 33

KOMMENTAR Todesfälle Arbeitsplatz	2
FORUM	2
TITEL/VERKEHR Arbeitsplatz Autobahn – Die Gefahren enden nicht an der Landesgrenze	4
GESCHICHTE Zerschlagung der Gewerkschaften	11
DIENSTSPORT „Kein normaler Schreibtisch-Job“	16
JU-JUTSU Internationales Polizei-Bundesseminar in Uelzen wieder ein voller Erfolg	18
PRÄVENTIONSPROJEKT BOB gründet bundesweites Netzwerk	21
VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE Schöngefärbte Botschaften	23
VERANSTALTUNG 13. Wissenschaftliche Fachtagung der Kriminologischen Gesellschaft 2013	25
WASSERSCHUTZ „Nationale Küstenwache“ verspricht keinen fachlichen Mehrwert	27
SENIOREN Jörg Radek als neuer Ansprechpartner für GdP-Bundesseniorenvorstand	28
FORUM Zu: Damit Burn-out nicht zum Flächenbrand wird, DP 1/13	30
BURN-OUT-INTERVIEW Großen Leidensdruck ernst nehmen	33
BILDUNGSREISE Mit der GdP nach Israel!	37
JUNGE GRUPPE (GdP)	38
BÜCHER/IMPRESSUM	40



Todesfalle Arbeitsplatz

„Vielen Dank für den informativen Artikel von Peter Schlanstein über die Verkehrsmoral auf deutschen Straßen. Allerdings möchte ich aus meiner Sicht einen Aspekt einbringen, der m. E. in der Diskussion regelmäßig zu kurz kommt: Die Gedankenlosigkeit oder Ignoranz mancher Autofahrer“, schrieb uns Dietmar Faßbender per E-Mail zu der DP-Titelgeschichte der

April-Ausgabe: „Rowdys, Raser – Deutsche Autofahrer immer aggressiver?“. Deutschlands Straßen sind der Arbeitsplatz des überwiegenden Teils unserer Polizeibeamtinnen und -beamten. Das Klima dort verändert sich rasant und ist ein Sittengemälde unserer gesellschaftlichen Entwicklung.



Nicht nur die zunehmende Gewalt gegen Kolleginnen und Kollegen verändert die Arbeitswelt der Polizei, soziale Verwerfungen, technischer Fortschritt, zunehmender Druck auf die Mobilitäts- und Leistungsbereitschaft der Menschen zeigen ihre Auswirkungen auch im Umgang miteinander im Straßenverkehr. Gedanken- und Rücksichtslosigkeit wird zur Waffe im täglichen Überlebenskampf. Polizeibeamtinnen und -beamte sind doppelt Leidtragende dieser Entwicklung. Personalabbau und wachsende Aufgabenberge, betriebswirtschaftliches Effizienz-Credo in den Behörden und Einrichtungen führen bei ihnen selbst wie bei vielen anderen Arbeitnehmern zu steigender Arbeitsbelastung und verschärften Arbeitsbedingungen.

Gleichzeitig müssen sie mit den Verhaltensänderungen fertig werden, mit denen ihre Mitmenschen auf Konkurrenzkampf und Leistungsdruck reagieren. Fast nirgendwo zeigt sich das bes-

ser (oder vielmehr schlechter), als auf den Autobahnen, der Arbeitsplatz vieler unserer Kolleginnen und Kollegen. Die tägliche Hetze und wachsende Risikobereitschaft der Fahrzeugführer, ihre Anspannung und Überforderung, Aggressivität und Rücksichtslosigkeit macht diesen Arbeitsplatz immer gefährlicher.

Umso wichtiger ist es, dass alle Kraft und Mühen darauf verwandt werden, mit kluger technischer Ausstattung für die Kolleginnen und Kollegen auf den Autobahnen deren eigene Sicherheit zu erhöhen. Die vorliegende Bestandsaufnahme erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Auch sollen keine Noten verteilt werden. Bedenkenswert ist aber die Feststellung, dass die Unterschiede hoch und die Möglichkeiten, mit denen Polizeibeamte auf Bundesautobahnen Verkehrsunfälle absichern, extrem differenziert sind und Standards fehlen. Dabei verändern sich die gefahrenträchtigen Situationen nicht bei Überschreiten der Landesgrenzen.

Moderne Polizeiarbeit erfordert Ausstattung auf höchstem, technischem Niveau. Hightech ist teuer. Dennoch darf die Sicherheit und Gesundheit der Kolleginnen und Kollegen nicht unter der unterschiedlichen Finanzkraft der Bundesländer leiden. Notfalls sind neue Wege zu beschreiten, um einheitliche Sicherheitsstandards zu gewährleisten. Auch die Frage, was die Polizeiwissenschaft zu leisten in der Lage ist und in welchem Maß sie beansprucht wird, lohnt sich, gestellt zu werden. Direkte Investition in die Sicherheit und damit in die Gesundheit der eingesetzten Polizeibeamtinnen und -beamten zahlen sich in jedem Fall aus.

Arnold Plickert

Stellvertretender Bundesvorsitzender

Im Geschäftsführenden Bundesvorstand thematisch zuständig für Verkehrspolitik.

Zu: Positionspapier der GdP: Verfassungsschutz stärken, DP 3/13

Der aus der NSU-Mordserie gezogene Schluss der GdP, dass „das verlorengegangene Vertrauen nur durch Transparenz und Ehrlichkeit in der Aufarbeitung möglicher Fehler wiederhergestellt werden kann“, ist für mich viel- und nichtssagend. Wieso ist Vertrauen „verlorengegangen“? Nach bisherigem Ermittlungsstand – und der ist (warum wohl?) immer noch sehr düftig – haben Verfassungsschutzbehörden, ebenso wie andere Strafverfolgungsbehörden, tja, was haben sie eigentlich? Bewusst und gewollt nicht oder nur mit einem Auge hingesehen und dementsprechend auch nur mit halber Kraft gearbeitet? Oder haben sie dies fahrlässig getan? Oder vielleicht sogar auf Anordnung? Wenn auch nicht zwingend direkt, so doch möglicherweise indirekt und in opportunistischer Ausübung ihres Amtes, was auch zu einer – mittlerweile bekannten – „rechtslastigen“ Kontinuität passen könnte?

Wenn es dann in der GdP-Schussfolgeung heißt „dass „mögliche Versäumnisse im Bereich der Bekämpfung des Rechtsextremismus nicht über eine Jahrzehnte auch erfolgreiche Arbeit der Verfassungsschutzbehörden hinwegtäuschen dürfen“, werde ich an einen Vergleich aus der Hitler-Ära-Nachbetrachtung erinnert: „Die Nazis haben zwar Schreckliches geschaffen, sie haben mit dem Autobahnbau aber auch was Gutes getan“.

Ich vertraue darauf, dass Sicherheitsbehörden im Rahmen ihrer Möglichkeiten für Sicherheit sorgen. Sollten sie „versagen“, ist nicht nur das Personal und die von ihm geleistete Arbeit, sondern sind auch Strukturen, vor allem aber die sie beherbergende Institution in Frage zu stellen und so zu verändern, dass sie demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien gerecht werden und damit auch überprüft werden können. In dem Bericht habe ich an keiner Stelle gelesen oder herauslesen können, dass dies Inhalt des GdP-Positionspapiers ist oder sein könnte.

Wenn dann hervorgehoben wird, dass es für die GdP ein „erklärtes Ziel“ sei, „die Sicherheitsbehörden in Deutschland auch im Bereich des Verfassungsschutzes für die Zukunft aufzustellen“, dann hätte ich auch gerne gewusst, wie das in der Praxis aussehen soll. Ist es GdP-Absicht – wie an anderen Stellen geschrieben steht-, mit mehr Personal- und Finanzausstattung den Problemen beizukommen? Wenn ja, habe ich Zweifel daran, ob das möglich ist und ob



das überhaupt Sinn macht. Professor Armin Pfahl-Traughber von der Fachhochschule des Bundes hat in der Rechtsextremismus-Diskussion einen Gedanken eingebracht, der im GdP-Beitrag unberücksichtigt bleibt: Anstatt den Verfassungsschutz mit verändertem Personal zu erhalten, sollte er zu einer wissenschaftlich arbeitenden Behörde umgestaltet werden.

Und noch etwas. Herr Witthaut weist „eine angebliche Rechtslastigkeit deutscher Sicherheitsbehörden“ zurück. Warum „eine angebliche“? Gibt es sie oder gibt es sie nicht? Ich halte es für dringend und zwingend erforderlich, die Beantwortung dieser Frage wissenschaftlich aufzuarbeiten. Denn nur empirische Ergebnisse – und nicht die Bezeichnung „angeblich“- geben eine Antwort, die Rückschlüsse und mehr zulassen.

Klaus Pedoth, Recklinghausen

Zu: Nationales Waffenregister, DP 2/13

Mit großem Interesse las ich o. a. Artikel. Als Spezialistin für Elektronische Archivierung kann ich mich gut in die Bedenken der Kollegen hineindenken. Auch ist mir beim Thema Archivsystem die Problematik der Verschlagwortung ständig gegenwärtig. Dies insbesondere dann, wenn es mehrere Bezeichnungen für Dinge gleicher Art gibt.

Aus dem Artikel lese ich die Begriffe Waffen-Typ, -Modell und -Gattung herunter gebrochen. Auf der Abbildung der Suchmaske sind zwei dieser Begriffe zu erkennen. Da, in der Praxis jedoch durchaus auch der Begriff Gattung gebräuchlich ist, sollte er ebenfalls in den Such- bzw. Verschlagwortungsmasken Anwendung finden - Mehrfachbezeichnungen einer gleichen Art durch einen Schrägstrich getrennt.

Eine Feinuntergliederung ist sinnvoll, wenn sie zusätzliche Informationen gibt. Eine Suche ist über diesen Weg nur sinnvoll, wenn sie festgelegte Begriffe beinhaltet (sogenannte Pulldown-Pfeil, wie auf der Abb. bei Waffenkategorie). Wichtig hierbei sind in jedem Fall Pflichtfelder bei der Verschlagwortung - in der Abb. beim Begriff Seriennummer zu erkennen. Eine Suche sollte ohne diese Deklaration auskommen, da die Seriennummer ja nicht in jedem Fall bekannt sein muss. Hieraus ergeben sich unterschiedliche Masken für Suche und Verschlagwortung. Bei der Verschlagwortung sollte die Feingliederung nicht zwangsläufig erfolgen müssen, die Gattungsbegriffe jedoch sollten als Pflichtfeld und nach festgelegter Verschlagwortung erfolgen. Um

die Verschlagwortungsbegriffe festzulegen, bedarf es der Kollegen, die in der täglichen Praxis mit dem Thema zu tun haben.

Marita Schäfer, Frankfurt am Main

Zu: Gewalt schadet dem Ansehen den Fußballs, DP 1/13

Da ich bereits seit letztem Jahr Ihre Zeitschrift lese, konnte ich schon mehrere Artikel dazu lesen. 2008 waren wir bei Chelsea und jetzt beim FC Barcelona. Es ging absolut sicher zu. Meine Frage: Sind bereits Kontakte zu den dort zuständigen Sicherheitskräften erfolgt? Wie haben die ihre „Hools“ in den Griff bekommen? In London kann ich mich an drei Pferdepatrouillen erinnern und bei Barca an drei „Sixpacks“ mit Polizisten und an vier Kollegen, die den Strom der Besucher und der wenigen Autos auf unserem Rückweg auf den Kreuzungen regulierten. Und das bei 55.000 Stadiongästen. Wie schaffen denn die das?

Eure Zeitung finde ich sehr interessant. Da ich im Suchtbereich arbeite, interessieren mich vor allem die Berichte über die Subkultur, die psychischen Beanspruchungen in den Helfenden Berufen und die Gewalt gegen Polizisten. Das Buch „Abgeknallt“ kaufte ich auf Grund Ihres Artikels und schenkte es einer mir bekannten Polizistin. Auch stelle ich mir ständig die Frage, warum – wie auch angeregt – die zuständigen Politiker, egal auf welcher Höhe, sich nicht die Arbeit der Polizei bei Auseinandersetzungen vor Ort ansehen.

Gerd Hahn, Ribnitz-Damgarten

Zu: Tarifrunde 2013, DP 4/13

Was der Bundesvorsitzende der GdP als ein „insgesamt akzeptables Ergebnis“ beschreibt, werte ich als Schlag ins Gesicht eines jeden Gewerkschaftsmitgliedes. Man erinnert sich: Gefordert waren 6,5 Prozent für ein Jahr. Herausgekommen ist noch nicht einmal die Hälfte für ein Jahr. Als dreist bezeichne ich den Versuch, für ein weiteres Jahr einen Abschluss unterhalb des Minimums abzuschließen, beide Jahre zusammen zu addieren und das Ergebnis als „akzeptables Ergebnis“ zu bezeichnen. Nein, liebe Gewerkschaftsfunktionäre, das Ergebnis ist eine Blamage. Diese Spielchen erfolgen bei jeder Tarifverhandlung und immer wieder werden die Beschäftigten über den Tisch gezogen. Ein akzeptabler Erfolg

sieht anders aus. Wer weniger als die Hälfte bekommt, der hat schlecht, sehr schlecht verhandelt und die Interessen der Mitarbeiter nicht gut vertreten. Die Arbeitgeberseite kann gut lachen. Für sie war es ein voller Erfolg. Ist es ihr doch gelungen, die Gewerkschaft gleich für ein weiteres Jahr tariflich zu binden! Eine gute Interessenvertretung muss für das Geforderte kämpfen, wenn sie von der Arbeitgeberseite als ernst zu nehmender Verhandlungspartner angesehen werden will. Ist aber hier ernsthaft gekämpft worden? Meiner Ansicht nach nicht. Als akzeptables Ergebnis hätte man 4,5 bis 5 Prozent für ein Jahr werten können. Mich ärgert besonders, dass diese Spielchen sich bei den Tarifrunden immer zum Nachteil der Mitarbeiter wiederholen. Ist den Funktionären nicht klar geworden, dass jede Forderung in den Augen der Arbeitgeber als eine Zirkusnummer angesehen wird? Weiß doch jeder, was dabei herauskommt. Fragt doch mal die Kolleginnen und Kollegen vor Ort. In meinem Kreis sind sie stinksauer über das Ergebnis. Nein, Kollege Witthaut, das war kein notwendiger Schritt, um eine weitere Abkoppelung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von der Einkommensentwicklung zu verhindern, sondern genau das Gegenteil. Wenn man die Inflationsrate von dem Ergebnis abzieht, wo ist die Abkoppelung nicht erfolgt? Sie schreitet vielmehr mit großen Schritten voran. Wir werden sehen, was für die Beamten des Landes NRW dabei herauskommen wird. Bei A11 bedeutet es bei mir als Pensionär eine Erhöhung von ca. 0,7 Prozent. Meine Interessen sind nicht vertreten worden. Noch nicht mal ansatzweise! Und meine Zustimmung zu dem Abschluss hätte ich bei einer Mitgliederumfrage nicht bekommen.

Mario Djaschi, per E-Mail

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de



Arbeitsplatz Autobahn – Die Gefahren enden nicht an der Landesgrenze

Großer Ausstattungsunterschied der Autobahnpolizeireviere der Bundesländer

Von Martin Zink

Donnernde Motoren tonnenschwerer Lkw, gehetzte und termingeplogte Pendler in teilweise hoch motorisierten, aber immer pfeilschnellen Pkw gebündelt auf dreispurigen Bundesautobahnen – unterschiedlichste Einsatzbedingungen bilden den Alltag für Polizeibeamte auf Bundesautobahnen (BAB) und deren täglichen Dienst. Schwere Unfälle und steigende Verkehrszahlen¹ belasten die oftmals seit Jahrzehnten diensttuenden Kolleginnen und Kollegen sowohl körperlich als auch seelisch. Sie bedürfen neben medizinischer Betreuung unausweichlich technischen Fortschritt. Nur dadurch kann die Arbeit der Beamten sicherer gemacht und Belastungen reduziert werden. Ein Blick auf die aktuelle Situation und die notwendige Zukunft.

Erschütternde Beispiele zeigen das mit der Arbeit auf Bundesautobahnen einhergehende ungeheure Risiko. Am 31. März 2009 endete ein alltäglicher Routineeinsatz auf der BAB 9 außerordentlich tragisch. Der sächsische Polizeibeamte Michael S. sicherte mit seinem Funkstreifenwagen Volkswagen Passat einen mit Reifenschaden liegendebliebenen Sattelschlepper, als ein weiterer Lastwagen die gesicherte Gefahrenstelle übersah. Getroffen von dem ihm entgegen geschobenen Funkwagen starb der junge Polizeibeamte² im Krankenhaus.

Am 21. Oktober 2012 verunglückte eine 28-jährige Polizeibeamtin auf der Autobahn 1, nachdem ein flüchtendes Fahrzeug auf dem rechten Fahrtstreifen gestoppt werden musste und ein nachfolgender Pkw mit hohem Tempo die deutlich erkennbare Polizeibeamtin erfasste. Ein weiterer Polizeibeamter wurde schwer verletzt³.

Im Bereich der Autobahn 38 rammte am 15. November 2012 ein Kraftfahrer mit seinem Transporter einen absichernden Funkstreifenwagen, verletzte einen Polizeibeamten und verursachte einen Totalschaden des gerammten Polizeifahrzeuges⁴.

Auch auf der Autobahn 9 wurden am 20. April 2011 zwei Polizeibeamte durch

einen auf ihren Funkstreifenwagen auffahrenden Sattelschlepper verletzt⁵.

Auf der Autobahn 45 kollidierte im Jahr 2004 ein Sattelschlepper mit einem, einen Verkehrsunfall absicherndem Polizeifahrzeug, wodurch zwei Polizeibeamte verletzt wurden⁶.

Hohes Risiko

Sachschäden werden reguliert – Gesundheit ist aber zerstört, Menschenleben teils unwiederbringlich ausgelöscht. Eine Gefährdungsbeurteilung der bayerischen Polizei im Rahmen der Arbeitsgruppe „Sicherer Arbeitsplatz Autobahn“ erfasste bei der Analyse von 35⁶ relevanten Verkehrsunfällen im Zeitraum zwischen 1. Januar 2003 und 30. November 2008 ein signifikant gesteigertes Risiko bei statischen Einsatzlagen wie Verkehrsunfallaufnahmen und Absicherungen⁷. Dabei ereigneten sich laut der bayerischen Studie fast alle der betrachteten Unfälle auf Streckenabschnitten ohne Geschwindigkeitsbeschränkung. Gleichwohl zeigt eine Unfallanalyse aus Baden-Württemberg, dass die Unfallfolgen stark variieren. Sowohl geringe Verletzungen, als auch schwerste Traumata und Todesfolgen waren zu beklagen⁸. Zudem wurde deutlich, dass der Seitenstreifen

keineswegs als sicherer Arbeitsplatz im BAB-Bereich gelten darf.

Gefahrenstelle Seitenstreifen

Unterschiedliche Studien zeigen, dass das Gros der Unfälle eben dort stattfand⁹ und statische Einsatzlagen ein erhöhtes Risiko darstellen. Durch das Interdisziplinäre Zentrum für Verkehrswissenschaften an der Universität Würzburg erfolgte eine wissenschaftliche Begleitung der bayerischen Gefährdungsbeurteilung, was den qualitativen Anspruch der Untersuchung zeigt. Eine Unfallanalyse aus Baden-Württemberg macht überdies nachdrücklich klar, dass Dunkelheit das grundsätzliche Unfallrisiko steigert¹⁰, unabhängig vom Schalten des Blaulichts wohl gemerkt. Problematisch bleibt der für den Verkehrsteilnehmer nicht sofort erkennbare Grund des aktuellen Blaulichteinsatzes. Blaulicht kann in der Realität, fernab der gesetzlichen Normierung, viele Bedeutungen haben. Regelmäßig bedeutet es „Achtung, Gefahrenstelle!“, wird aber auch zum Anhalten von Fahrzeugen bei Verkehrskontrollen oder dem Absperren von Kreuzungen genutzt. Die Nutzung aus vielerlei Gründen macht eine exklusive Warnung vor Gefahren unmöglich. Damit ist klar, dass nicht nur moderne Blaulichtanlagen zur Sicherheit bei der Absicherung von Gefahrensituationen beitragen, sondern auch mitgeführten Sicherungsmitteln eine hohe Bedeutung zur Verhinderung von Unfällen zukommt.

Gefährdungen beurteilen

Die Bewertung des von der Arbeit auf den BAB für Polizeibeamte ausgehenden Risikos ist eine Pflichtaufgabe der Dienstherren im Rahmen der Wahrnehmung von





Hochrisiko-Einsatz. Das Herauswinken mit der Hand auf Autobahnen lehnen Experten vehement ab.
Foto: Boris Roessler/dpa

Maßnahmen zum Arbeitsschutz. Insbesondere die Paragraphen 5 und 6 des Arbeitsschutzgesetzes sind Grundlage der durch die Dienstherren zu veranlassenden Maßnahmen. Ausnahmen in Bezug auf Polizeibeamte sind nach Landesvorschriften meist nur in sehr begrenztem Rahmen, beispielsweise im Einzelfall zur notwendigen Aufrechterhaltung Öffentlicher Sicherheit, möglich¹¹. Selbstverständlich ist ein Vergleich mit der Beurteilung des Risikos in Wirtschaftsunternehmen mit starren Handlungsabläufen schwerlich tauglich, da polizeiliche Maßnahmen insbesondere

extrem interaktiv sind. Dazu gehört das nur in Grenzen kontrollierbare und prognostizierbare Verhalten des polizeilichen Adressaten, die jederzeit mögliche, plötzliche Änderung der äußeren Umstände, das nicht planbare Auftreten mehrerer Gefährdungsfaktoren zur gleichen Zeit und nicht zuletzt die einsatztaktische Handlungsfreiheit jedes Polizeibeamten im Rahmen seiner Befugnisse¹². Auftretende Schwierigkeiten bei der Bewertung des Risikos sind aber keinesfalls Anlass, auf Gefährdungsbeurteilungen gänzlich zu verzichten.

Körperliche Belastung

Nicht nur das erhöhte Risiko stellt eine Besonderheit in Bezug auf die Arbeitsbedingungen dar, auch die Umgebung an sich birgt weitere Belastungsquellen. Lärm, Abgase und dadurch mit verursachte Anspannung sind Problemfelder, denen Polizeibeamte auf Autobahnen ausgesetzt sind und deren Wirken weitreichende Folgen haben. Aktuelle Erkenntnisse der Lärmforschung zeigen deutlich, dass ein dauerhaft erhöhter Lärmpegel zu teilweise schwerwiegenden Erkrankungen führen kann¹³. Neben direkten Beschwerden, wie Hörverlust, können auch andere, indirekte Wirkungen wie Herz-Kreislauf-erkrankungen und Schlafstörungen nachgewiesen werden. Akute und chronische Erkrankungen tragen, verursacht durch Lärm, zur verminderten Leistungsfähigkeit der Beamten bei, was in der Folge weitere Risiken mit sich bringt. Darüber hinaus kann das Nervensystem direkt oder indirekt angeregt werden, wodurch es zur Ausschüttung von Adrenalin und erhöhter Herzfrequenz kommt¹⁴. Ebenso sind Stressreaktionen als negative Folge von Lärmeinwirkung nachgewiesen, was bei wiederholter Einwirkung potenziell pathologische Prozesse hervorruft¹⁵. Außerhalb des Funkstreifenwagens arbeitend, müssen Polizeibeamte den fließenden Verkehr ständig beobachten und die von ihm ausgehenden Risiken bewerten, was in Verbindung mit dem durchaus hohen Lärm Stressreaktionen auslösen kann. Eine bayerische Lärmmessung belegte den hohen Pegel in verschiedenen Einsatzsituationen. Der genannten körperlichen Belastung muss durch eine taugliche Dienstgestaltung zwingend Rechnung getragen werden, weshalb zwölf Stunden dauernde Schichten auf BAB-Dienststellen kritisch zu hinterfragen sind.

Unterschiedliche Ausstattung

Aufgrund fehlender allgemeiner Standards unterscheiden sich die auf BAB eingesetzten Führungs- und Einsatzmittel der einzelnen Bundesländer teilweise ganz erheblich. Beispielsweise enthält die Technische Richtlinie „Funkstreifenwagen“ keinerlei Festlegungen zu reflektierenden Beklebung¹⁶ auf Funkstreifenwagen, die über die retroreflektierende Rechtecke (sogenannte Gaps) auf Lücke geklebt hinausgehen. Dabei belegen unzählige Studien weltweit, dass die optische Wahrnehmbarkeit von Funkstreifenwagen durch besondere Folienbeklebung verbessert wird.





Technische Kontrolle an einem Lkw.

Foto: Jens Trenkler/dpa

Auf Grund dieser Erkenntnisse setzen einige Bundesländer besondere Folienbeklebungen ein, andere verzichten fast vollständig darauf. Diese unterschiedliche Umsetzung möglicher Sicherheitsmaßnahmen kann dabei nicht logisch erklärt werden. Erklärbar wird die Wichtigkeit der Sichtbarkeit von Funkstreifenwagen aber mit Hilfe der Haltesichtweite. Selbige gibt an, welche Distanz ein Fahrzeug benötigt, um vor einem unerwartet erkannten Hindernis zu halten. Nur wenn die von einem Funkstreifenwagen ausgehende Reizschwelle derartig hoch ist, dass die Wahrnehmbarkeit außerhalb der Haltesichtweite liegt, kann eine rechtzeitige Reaktion, die eine Kollision verhindern könnte, erfolgen¹⁷. Selbstverständlich ist die Haltesichtweite von einigen Variablen wie der gefahrenen Geschwindigkeit, Reaktions- und Ansprechzeit sowie dem Straßenzustand abhängig, wird aber durch die Festlegung diverser Variablen zu einem nützlichen Vergleichswert. Sicherheitsfolien können den angesprochenen Reizwert nach oben setzen, das Fahrzeug also besser erkennbar werden lassen. Überschätzt werden darf das Sicherheitspotenzial retroreflektierender Folien aber nicht, da der Reizwert des meist eingesetzten Blaulichts zumindest bei Nacht deutlich über dem Reizwert einer retroreflektierenden Folienbeklebung liegen dürfte. Empirische Ergebnisse, ob retroreflektierende Beklebungen einen tatsächlichen Sicherheitsgewinn darstellen, liegen nicht vor¹⁸.

Ferner fordern die bundeslandspezifischen Leistungsbeschreibungen von Funkstreifenwagen in mancher Hinsicht elementar unterschiedliche Ausstattungen

und Fahrzeugdetails. Dabei beschränken sich die Unterscheidungen nicht allein auf die Zusammenstellung der mitgeführten Sicherungsmittel, sondern beziehen sich auch auf die Fahrzeuge selbst. Soll in Sachsen nach Vorschlägen der im Jahre 2010 berichtenden „Arbeitsgruppe Funkstreifenwagen Bundesautobahn Sachsen“ ein Funkstreifenwagen über einen Motor mit mindestens 2.500 Kubikzentimeter

dienstfahrzeugen auf einen Allradantrieb²⁰, fordert die genannte sächsische Arbeitsgruppe einen solchen explizit²¹. Ebenso stellt Sachsen fest, dass die zum Zeitpunkt der Arbeit der Arbeitsgruppe im Jahr 2010 aktuellen Fahrzeuge den Anforderungen des besonderen Einsatzes auf den BAB in Punkten wie Leistungsvermögen, Spurstabilität und Gewicht nur bedingt entsprechen. Zum Zeitpunkt der Feststellung verfügten die Autobahndienststellen in Sachsen häufig über Modelle des Volkswagen Passat Variant. Eben diese Fahrzeuge gelten nach der Empfehlung der Arbeitsgruppe als nur bedingt geeignet²². Jedoch schaffte Nordrhein-Westfalen eben solche Fahrzeuge in einer 170 PS-Variante im Jahr 2010 neu an²³, andere Bundesländer sogar im Jahr 2012.

Mobile Sicherungsmittel

Gerade mitgeführten Sicherungsmitteln wie Blitzleuchten, Warnzelten, Pannleitsets oder Leuchtfackeln kommt eine ganz erhebliche Bedeutung zur Verhinderung von Folgeunfällen zu. Abgesetzt von der Unfallstelle, machen diese Mittel auf die Gefahrenstelle aufmerksam, geben Hinweise auf Fahrwege und können den eingesetzten Polizeibeamten im Fall der Fälle Warnung vor in die Gefahrenstelle



Gerade in der Dunkelheit müssen Polizisten mit viel Umsicht Unfallstellen sichern

Foto: Jan-Peter Kasper/dpa

Hubraum verfügen¹⁹, wird in Sachsen-Anhalt auf die Höchstgeschwindigkeit der Fahrzeuge abgestellt. Verzichtet Sachsen-Anhalt in einer öffentlich zugänglichen Leistungsbeschreibung der Verdingungsunterlagen zur Beschaffung von Polizei-

einfahrenden Fahrzeugen geben. Obwohl die Bedeutung derartig hoch ist, unterscheiden sich die Ausstattungszustände in den Bundesländern extrem. Führen brandenburgische Fahrzeuge bis zu acht Blitzleuchten²⁴ mit, verfügen Fahrzeuge in





Die Zeit der Trucker-Romantik ist passé, hoher Termindruck lastet auf den Fahrern.
Foto: Ulrich Perrey/dpa

Schleswig-Holstein über sechs und mehr²⁵, wobei schon die unterschiedliche Ausstattung innerhalb eines Bundeslandes nicht erklärbar ist. Auch die Bauart der eingesetzten Leuchten variiert stark, da einige Bundesländer mittlerweile moderne LED-Leuchten einsetzen, andere aber an herkömmlichen Leuchtmitteln festhalten. Ein aktiver Austausch alter Leuchten gegen seit Kurzem erhältliche LED-Leuchten findet nur selten statt und die Umrüstung erfolgt maximal im Zuge der Ersatzbeschaffung. Firmen wie Nissen, Maibach und viele andere, entwickeln in absehbaren Zyklen moderne und verbesserte Systeme, deren Nutzen für Polizeibeamte, eingesetzt auf den BAB, deutliche Sicherheitsvorteile bedeuten könnten. Um etwaige Neuerungen zu erkennen, bedarf es allerdings einer Marktforschung und -analyse, die in den seltensten Fällen tatsächlich stattfinden dürfte. Einzelne Bundesländer setzen eine derartige Forschung um, die Mehrheit allerdings nicht.

Polizeiforschung und -wissenschaft als Lösung?

In Deutschland entwickelte sich in den vergangenen Jahren eine durchaus funktionierende Polizeiwissenschaft. Trotz immer noch aktiver Diskussion um eine Definition der Polizeiwissenschaft scheint eines klar: auch die Wissenschaft über und für die Polizei wird als Teilbereich der Polizei-

wissenschaft verstanden, ohne diese damit zu begrenzen²⁶. Auch die Evaluierung existierender Ausstattung in Bezug auf die notwendige Aufgabenwahrnehmung kann Teil einer solchen Wissenschaft sein, wobei Beispiele aus Bayern und Baden-Württemberg zeigen, dass das Verständnis um die notwendige wissenschaftliche Begleitung bestimmter polizeiinterner Entscheidungsprozesse existiert. Allerdings ist dieses Verständnis nicht bundesweit vorhanden! Scheinbar logische Entscheidungen müssen, sollen sie wirklich abgesichert sein, wissenschaftlich hinterlegt werden. Gerade die Anschaffung von Fahrzeugen und dazugehöriger Sicherungsmittel ist kostenintensiv und teuer. Das Risiko von Fehlbeschaffungen muss demnach minimiert werden, da die Korrektur etwaiger Fehler im Rahmen der Ersatzbeschaffung stattfinden muss und die Lebenszyklen dieser Führungs- und Einsatzmittel lang sind. Zu der genannten wissenschaftlichen Begleitung gehören wissenschaftliche Studien zu verfügbaren Technologien und praktische Tests, wobei bundesweit nur wenige Bundesländer derartige Arbeitsweisen bei der Einführung neuer Technologie oder Führungs- und Einsatzmittel zeigen. Gefährdungsanalysen existieren derzeit nur in einzelnen Bundesländern und werden nicht bundesweit durchgeführt. Prognosen lassen sich dennoch dank der Analysen treffen und zeigen

exemplarisch, wie wichtig die wissenschaftliche, interdisziplinäre Betrachtung der einzelnen Problemfelder ist. Vermeintliche Logik bei der Entscheidung für oder gegen bestimmte Einsatzmittel reicht allein nicht aus, um Entscheidungsprozesse zu gestalten. Ebenso kann Praxiserfahrung nicht jedwede Entscheidung beeinflussen. Das Projekt VESBA zeigt eindrucksvoll, in welcher Form eine solche, wissenschaftliche Begleitung qualitative Vorteile mit

sich bringt. Innerhalb des angesprochenen Projektes spielt die Deutsche Hochschule der Polizei eine entscheidende Rolle, wurde die Begleitung doch durch den an der Hochschule durchgeführten Masterstudiengang in Form einer Masterarbeit realisiert. Nach Meinung des Autors dieses Berichts nimmt die Deutsche Hochschule der Polizei rege an der Polizeiwissenschaft in Deutschland teil²⁷, auch ohne als Speerspitze verstanden zu werden, und sollte bei der zukünftigen Beschäftigung mit Fragen rund um Führungs- und Einsatzmittel aktiv durch die betreffenden Bundesländer beteiligt werden. Dennoch sollte eine alleinige Konzentration auf diese, der Polizei nahestehenden Institutionen, nicht erfol-



Wechselverkehrszeichenanlagen bringen einen Zugewinn an Sicherheit.
Foto: Hans-Jürgen Wege/dpa

gen. Praxiserfahrung im polizeilichen Tätigkeitsgebiet kann positive Auswirkungen haben – aber nicht zwingend! Daher kann der Blick von Außenstehenden auf etwaige Problemfelder positive Auswirkungen auf die Problembewältigung bedeuten. Angst vor Beteiligung von Außenstehenden an polizeiinternen Belangen und Versuche, diese Beteiligung auszuschließen, sind veraltete Abschirmungsstrategien, die zukünftig und mit Verweis auf die Vorteile





Der Autor

Martin Zink ist Polizeibeamter des Landes Sachsen-Anhalt und Dienstgruppenleiter eines Bundesautobahnreviers. Zuvor war er Angehöriger eines Zentralen Einsatzdienstes und in der Kriminalitätsbekämpfung eingesetzt. Darüber hinaus arbeitet Martin Zink seit 14 Jahren als freier Journalist und ist stellvertretender Chefredakteur eines Fachmagazins. Derzeit absolviert er ein Masterstudium der Kriminologie und Polizeiwissenschaft.

einer unabhängigen Wissenschaft auf Ablehnung stoßen sollten.

Soll-Stand

Um die aktuelle Ausstattungssituation der Autobahnpolizeidienststellen den gestiegenen Anforderungen des besonderen Einsatzortes BAB anzupassen und das Verhalten der Polizeibeamten zu professionalisieren, ergeben sich verschiedene Handlungsfelder, deren Wichtigkeit durch punktuell erstellte Gefährdungsbeurteilungen hinterlegt wurden. Zum einen müssen bestehende Leistungsbeschreibungen für die Beschaffung von Funkstreifenwagen in BAB-Ausstattung überarbeitet werden. Zum anderen muss ein einheitliches, den aktuellen technischen Möglichkeiten entsprechendes Ausstattungssoll von mobilen Sicherungsmitteln entwickelt werden. Ferner müssen allgemeine Handlungsempfehlungen zur idealtypischen Absicherung von Einsatz- und Unfallstellen als Grundlage des professionellen polizeilichen Handelns auf den BAB erarbeitet und mit einem Schulungssystem

für Polizeibeamte, dienstleistend auf den BAB, kombiniert werden. Solche Handlungsanleitungen existieren im Bereich des Straßenbaus in Form der „Richtlinien zur Absicherung von Arbeitsstellen“ und geben zweckdienliche, aber auch bindende Vorgaben. Demnach muss eine ebensolche Richtlinie, wie die im Straßenbau bereits existierend, auch für polizeiliche Einsatzstellen erarbeitet werden, um ein minimal einheitliches Ausstattungssoll der Polizeifahrzeuge festlegen zu können.

Fahrzeuge

Wie beschrieben müssen eingesetzte Funkstreifenwagen in der Lage sein, durchzugsstark aus dem Stand zu beschleunigen und ausreichende Elastizitätswerte vorweisen. Eine sächsische Einschätzung im Rahmen der AG „FStW BAB“ erachtet 170-PS-Motoren als nicht ausreichend²⁸. Einer solchen Einschätzung muss nicht zwingend gefolgt werden, die Grundüberlegung aber ist nachvollziehbar. Demnach ist die Frage nach der Fahrzeugmotorisierung ganz bedeutend für die Sicherheit der auf der BAB dienstleistenden Beamten. Gute Beschleunigungsfähigkeit und überdurchschnittliche Elastizitätswerte sind notwendige Eigenschaften, die ein Funkstreifenwagen auf der BAB aufweisen muss. Beispielhaft sei das täglich dutzendfache Einordnen vom Standstreifen nach der Absicherung eines liegengebliebenen Fahrzeuges genannt. Startend vom Standstreifen, muss das Einsatzfahrzeug aus Sicherheitsgründen in kürzester Zeit die Durchschnittsgeschwindigkeit des Fließverkehrs erreichen können. Nur dadurch ist das sichere Einordnen möglich, weshalb eine starke Motorisierung absolut zwingend notwendig ist.

Bundesweit ist ein Farb-Trend zu erkennen, wonach Funkstreifenwagen mit retroreflektierenden Folien auffälliger und erkennbarer ausgestattet werden. Differenzierend muss dabei betrachtet werden, welches Ziel mit diesen Beklebungen verfolgt wird. Nur grell und bunt reicht nicht aus, um einen wirklichen Fortschritt im Bereich der Sicherheit zu erreichen, wobei Studien zu einem empirisch nachweisbaren Sicherheitsgewinn nicht existieren. Zusätzlich und als bedeutende Möglichkeit zur Erhöhung der Sicherheit von Polizeibeamten auf den BAB sind Wechselverkehrszeichenanlagen (WVZA) anzusehen. Selbige sind im Grunde große Anzeigetafeln mit Handlungsanweisungen und Informationsgehalt, die auf dem Dach des Funkwagens bei Bedarf aufgeklappt

und eingesetzt werden können. WVZA sind in vielen Bundesländern auf größeren Funkstreifenwagen partiell eingesetzt, jedoch nicht auf jedem Fahrzeug. Eben diese Ausstattung aller Funkstreifenwagen mit WVZA ist aber notwendig, da nur die sofortige Verfügbarkeit einen Zugewinn an Arbeitssicherheit bedeuten kann. Jedoch ergeben sich hier Differenzen in den notwendigen Anforderungen an solche Technik und den verfügbaren Leistungen. Beispielhaft bezeichnet, bietet die Firma „Adolf Nissen“ das WeNiPOL II als mobiles, auf dem Fahrzeugdach zu montierende WVZA an. Nur 50 Kilogramm schwer, bietet die WVZA auf einer Fläche von 0,75 Quadratmetern die Möglichkeit, unzählige Anzeigen zu schalten. Allerdings bedarf es in diesem Bereich weiterer Innovation, da eben jene WVZA nur bis ca. 160 Stundenkilometer Höchstgeschwindigkeit im eingeklappten Zustand belastbar ist und diese Leistungsgrenze ungeeignet für den Einsatz auf Funkstreifenwagen im Bereich der BAB ist. Eine proaktive Zusammenarbeit der Polizeibehörden mit Wirtschaftsunternehmen wird demnach unabdinglich notwendig. In puncto Fahrzeugauswahl bedarf es zudem der Beachtung der Lärmproblematik.

Da der Arbeitsplatz Autobahn auch den Aufenthalt im Funkstreifenwagen bedeutet, muss bei der Beschaffung ebenfalls auf eine gute Geräuschkämmung geachtet werden.

Den in Bayern und Baden-Württemberg durchgeführten Arbeitsgruppen zur Verbesserung der Einsatzmittel auf den BAB folgend, scheiden Fahrzeuge unterhalb der gehobenen Mittelklasse als Funkstreifenwagen auf Bundesautobahnen aus! Beschaffer, die diese Erkenntnisse missachten, handeln fernab der verständlichen Eigenverantwortung und arbeitsschutzrechtlichen Bestimmungen.

Sicherungsmittel

Die Bundesländer realisieren eine dezentrale Beschaffung der mobilen Sicherungsmittel im Rahmen ihrer Budgetierung. Infolge dessen existiert eine Vielzahl lokaler Standards, die kein bundesweites, einheitliches Erscheinungs- und Ausstattungsbild der Autobahnpolizei garantieren, aber auch die Frage nach den Gründen derartiger großer Unterschiede aufkommen lässt.

Als Minimalstandards stehen als Verkehrssicherungsmittel auf den Streifenwagen oftmals nur vier Verkehrsleitkegel,





Lebensgefährlicher Arbeitsplatz Autobahn:

Foto: dpa

drei bis vier Blitzleuchten, ein Faltsignal (Triopane) und bestenfalls zwei Warnschweller zur Verfügung. Mit diesen Mitteln muss eine Unfallstelle, egal ob auf einer zwei- oder dreispurigen Autobahn, abgesichert werden. Als Ansatzpunkt zur Bestimmung der Minimalausstattung sollten die einschlägigen Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen (RSA 95) beachtet werden. Im Regelplan D III dieser Vorschrift ist der grundsätzliche Aufbau der Beschilderung von Arbeitsstellen von kürzerer Dauer auf Autobahnen geregelt. Die dort geforderten Sicherungsmittel können allerdings unmöglich auf einem Streifenwagen mitgeführt werden. Schon deshalb ist es notwendig, dass die vorhandenen Sicherungsmittel den neuesten Standards entsprechen und permanent weiterentwickelt werden. Während die RSA 95 die sogenannten Faltsignale/Triopane/Faltdreiecke als unzulässiges Material einstuft, sind sie für die Polizei das derzeit einzig probate Mittel zur Vorwarnung an Unfallstellen (so lange kein Vorwarner, beispielsweise durch die Autobahnmeistereien, eingesetzt wird). Die Wirksamkeit des Faltsignals kann durch das Auslegen von Warnschwellen unterstützt werden, weshalb diese zum standardisierten Ausrüstungs-Soll gehören müssen. Jene Warnschwellen entfalten bei richtiger Anwendung eine hohe Wirkung in Bezug auf den anrollenden Verkehr im Sinne einer Warnwirkung bei ungewollter Überfahung der Schwellen. Das relativ hohe Eigengewicht von 18 Kilogramm sollte nicht als Argument gegen ihre Anwendung dienen. Darüber hinaus sollte bei der Verwendung von Verkehrsleitkegeln und Blitzleuchten der Grundsatz gelten: „Viel hilft viel“. Das Einziehen einer Fahrspur mit fünf Verkehrsleitkegeln und vier Blitzleuchten könnte realisierbar sein. Wenn allerdings eine weitere Fahrspur eingezogen werden soll, stoßen die eingesetzten Beamten aufgrund der beschränkten Anzahl von mitgeführten Sicherungsmitteln an ihre Grenzen. Die

RSA 95 verlangt für die identische Maßnahme die Verwendung von Warnbaken in einem Abstand von maximal einem Meter. Für eine normale Fahrspur wären somit fünf Baken notwendig. Müssen zwei Fahrspuren eingezogen werden, würde die doppelte Anzahl an mobilen Sicherungsmitteln benötigt.

Für die Polizei ergibt sich unter Beachtung der dargestellten Problematik, dass die verwendeten Sicherungsmittel den höchsten Anforderungen entsprechen sollten. Wenn beispielsweise selbstleuchtende Verkehrsleitkegel oder auch Aufstecklampen verfügbar sind, sollten sie beschafft werden! Generell ist eine Erhöhung der Anzahl an Sicherungsmitteln anzustreben. Eine Limitierung sollte nicht durch das Ladevolumen des Streifenwagens bestimmt werden. Vielmehr ist es notwendig, den Fahrzeugtyp den Anforderungen an Ausrüstung, Arbeitssicherheit und Arbeitskomfort anzupassen.

Polizeistrukturenreformen

Angesichts des bundesweiten Personalabbaus innerhalb der Polizeibehörden könnten in Zukunft Bestrebungen erkennbar werden, die eine Verlagerung der Aufgabenwahrnehmung von BAB-Dienststellen auf Flächendienststellen fordern könnten. Erkenntnisse aus Gefährdungsbeurteilungen zeigen allerdings deutlich, dass Einsatzlagen auf Bundesautobahnen besonders geschulte und erfahrene Polizeibeamte erfordern. Eine Unfallaufnahme auf der Bundesautobahn bedarf, wie bereits beschrieben, eines besonderen Gefahrenbewusstseins der Beamten

und deren handwerkliches Können zur Unfallabsicherung. Dabei spielt tägliche Erfahrung eine besondere Rolle, die ohne negative Begriffsbeschreibung, schnelle und professionelle Arbeit sichert. Wichtig wird die Betrachtung dieses Problemfeldes gerade in Beachtung aktueller Technikentwicklungen im Bundesgebiet. Durch die Einführung beispielsweise von Einsatzleitsystemen wie ELDIS und ELDIS-GIS in Verbindung mit GPS-Fahrzeugortungssystemen kann die Visualisierung von Einsatzorten erfolgen²⁹ und in Verbindung mit Standorten verfügbarer Funkstreifenwagen angezeigt werden. Werden Einsatzaufträge, basierend auf übermittelten GPS-Daten verbauter Funkgeräte, allein nach örtlicher Nähe zum Einsatzort vergeben, werden auch Nicht-Autobahn-Kräfte zur Absicherung von Verkehrsunfällen auf den BAB eingesetzt. Hierin liegt ein ganz erhebliches Gefährdungspotenzial! Nicht nur allein das handwerkliche Wissen um



Der Arbeitsplatz Autobahn bedeutet oft den Aufenthalt im Funkstreifenwagen – Ausstattung wie Motorisierung, Farben, Lärmdämmung sind von wesentlicher Bedeutung.

Foto: dpa

die Arbeit am Einsatzort BAB, auch die mitgeführte Ausstattung unterscheidet die dann zum Einsatz gebrachten Polizeibeamten. Polizeibeamte der BAB-Reviere sind spezialisiert. Eben diese Feststellung muss anerkannt werden, um die Übertragung von Einsätzen im Zeitalter von GPS-Fahrzeugsystemen auch davon abhängig zu machen. Technisch ist dies leicht umzusetzen, indem die automatischen Anzeigevariablen in Bezug auf die autobahntypischen Anforderungen angepasst werden. Priorität bei der Einsatzvergabe müssen spezialisierte Autobahnkräfte haben.

Zukünftige Technologie

Dem Grunde nach basieren Funkstreifenwagen der Polizei auf Serienfahrzeugen der Großproduktion, die in Teilbereichen



den polizeispezifischen Anforderungen, teilweise durch Nachrüstungen, angepasst werden. Dadurch weicht die Bedienergonomie aktueller Polizeifahrzeuge grundsätzlich von der aufwendig entwickelt und evaluierten Großserienergonomie ab, was mit Nachteilen im Bereich intuitiver und damit sicherer Bedienung einhergeht. Für den polizeilichen Einsatz notwendige Bedienelemente wie Funk- und Sondersignalbedienung werden demnach irgendwo im Fahrzeug platziert und bilden Insellösungen, deren Umfang je nach Bundesland kompliziert und damit mit großer Aufmerksamkeit zu bedienen ist.



Blick ins Innere: ein ausreichende Menge an Sicherheitsmitteln gehören in jedes Einsatzfahrzeug.

Foto: M. Zink

In Nordrhein-Westfalen beispielsweise werden bis zu vier Funkgeräte im Fahrzeug verbaut, wodurch die Bedienung dementsprechend aufwendig wird. Sowohl in Hochstresssituationen, als auch unter normalen Einsatzsituationen, verschlingt die Bedienung der notwendigen Technik Aufmerksamkeit des Fahrers oder Beifahrers, was zu Lasten der Fahrsicherheit geht und eine Gefahr für Leib und Leben der Verkehrsteilnehmer darstellen kann.

Einzufordern ist eine intuitive Bedienergonomie, deren Prämisse die Fokussierung auf einen Punkt im Fahrzeug zur Bedienung aller Einsatztechnik festlegt. Volkswagen entwickelt unter Beteiligung der Polizei Sachsen ein hochmodernes Bediensystem, dessen Ziele klar definiert sind: Fokussierung aller Bedienhandlungen auf einen Punkt in der Mittelkonsole, dediziertes Kommunikationsnetzwerk, wodurch alle notwendigen Technikbausteine wie Dachbalken, Anhaltesignalgeber und Funktechnik standardisiert im Fahrzeug implementiert

und damit bedient werden können, sowie die mögliche Erweiterbarkeit der entwickelten Technik um zukünftige Funktionen wie Spezialnavigation, Flottenmanagement und Videoanwendungen. Die von der Volkswagen R GmbH als „Sonderfahrzeugassistent“ bezeichnete Technik basiert auf hochechtem Serientechnik, deren Funktionsumfang in enger Zusammenarbeit mit der Landespolizei Sachsen entwickelt wurde. Experteninterviews und Realtests mit sieben umgerüsteten Polizeifahrzeugen in Sachsen ermittelten darüber hinaus den Realbedarf. Dadurch ist die tiefgreifende Berücksichtigung spezieller polizeilicher Anforderungen sichergestellt und in einem bisher wohl nicht erreichten Umfang realisiert. Durchdachte Elemente, wie die intuitive Bedienung aufwendiger Dachbalken verschiedenster Hersteller, die Bedienmöglichkeit von bis zu vier im Fahrzeug verbauten Funkgeräten, sowohl digital als auch analog sowie die für verdeckte Einsätze ermöglichte Verdunkelung des Fahrzeuges, dürften aufgrund der einfachen und intuitiven Bedienung auf dem europäischen Markt einzigartig sein. Basierend auf dem „modularen Infotainment Baukasten“ (MIB) von Volkswagen, steht ein großes Touchscreen Bedienelement zur Verfügung, dessen Bedienbarkeit der Großserienentwicklung in puncto Ergonomie und Zuverlässigkeit nicht nachsteht. Es wird die für die Großserie entwickelte Hardware genutzt. Trotz der höheren Bedienergonomie des Touchdisplays im Vergleich zu Privatfahrzeugen, garantiert die Volkswagen R GmbH die Haltbarkeit der Technik im polizeilichen Alltag, da schon in der Serienentwicklung Zielvorgaben existierten, die auf die Nutzung im Sonderfahrzeugbau hinwiesen. Zusätzlich zum Touchdisplay sind klar strukturierte Sondertasten verbaut, die unabhängig von der Boot-Dauer der verbauten Computersysteme, Sondersignal und Funktechnik sofort mit dem Fahrzeugstart verfügbar machen.

Zukünftige Technologie muss die polizeitypischen Anforderungen in einer deutlich verbesserten Form vereinen, als heutige Insellösungen es können. Im Vordergrund haben die intuitive Bedienung und damit die Reduzierung der Ablenkung des Fahrers bei der Nutzung polizeispezifischer Technik zu stehen. Die Erweiterung der technischen Einsatzmöglichkeiten ist erwünscht, allerdings nur bei gleichzeitiger Professionalisierung der Bedienkonzepte!

Moderne Polizeiarbeit erfordert Hightech! Die Entwicklung solcher Technik können Polizeibehörden aufgrund des fehlenden technischen Verständnisses und eines begrenzten Budgets nicht leisten und müssen Kooperationen mit Wirtschaftsunternehmen wie Automobilherstellern anstreben, um notwendigem Veränderungsbedarf zu entsprechen. Der Sonderfahrzeugassistent der Volkswagen R GmbH ist ein eindrucksvolles Beispiel für die gelungene Kooperation von Polizeibehörden mit Wirtschaftsunternehmen.

Fazit

Der Blick auf die in den unterschiedlichen Bundesländern herrschende Ausstattungssituation ist eindeutig: Standards existieren nicht und allgemeingültige Ausstattungsnormen fehlen. Dabei ist die Arbeit auf der BAB 7 zwischen Flensburg und Tarp nahezu identisch mit der Unfallaufnahme auf der BAB 9 zwischen Garching-Süd und Kreuz München-Nord. Schlechte Sicht, hastige Verkehrsteilnehmer und zu geringer Sicherheitsabstand enden nicht an den jeweiligen Landesgrenzen. Demnach müsste die technische Ausstattung, deren Anwendung die Gesundheit und das Leben der auf der Autobahn arbeitenden Polizeibeamten direkt und unmittelbar beeinflusst, identisch und auf hohem Niveau angepasst sein. Leider sind die Unterschiede hoch und die Möglichkeiten, mit denen Polizeibeamte auf Bundesautobahnen Verkehrsunfälle absichern, extrem differenziert. Verantwortliche Ausrüster und Beschaffer der beteiligten Behörden, Innenministerien und Senate müssen erkennen: die Investition in die Sicherheitsausstattung der BAB-Revier, speziell die Ausstattung der Funkstreifenwagen und der mitgeführten Sicherheitsmittel, ist eine direkte Investition in die Sicherheit und damit in die Gesundheit der eingesetzten Polizeibeamten!

**Fußnoten unter www.gdp.de –
DEUTSCHE POLIZEI – Ausgabe Mai 2013**



Zerschlagung der Gewerkschaften

Von Laura Ede

In den frühen Morgenstunden des 2. Mai 1933 stürmten bewaffnete Trupps der SA in ganz Deutschland die Häuser der freien Gewerkschaften. Sie zertrümmerten das Mobiliar, verbrannten Dokumente, beschlagnahmten ihr Vermögen, bedrohten oder verhafteten ihre Angestellten und Funktionäre. Mit dieser von langer Hand geplanten und koordinierten Aktion vernichteten die Nationalsozialisten mit einem Schlag die Arbeitergewerkschaften. Während das Vorgehen gegen die Arbeiterverbände mit enormer Brutalität und vor den Augen der Öffentlichkeit stattfand, verlief die Vernichtung der Beamtenverbände wesentlich langsamer und subtiler – jedoch nicht weniger gründlich.

Die Zerschlagung der freien Gewerkschaften

Seit Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 hatten die Gewerkschaften einen deutlichen Rücklauf ihrer Mitgliederzahlen zu verkraften. Der unter dem Kabinett Brüning begonnene Lohn- und Sozialabbau ließ die Zahl der Arbeitslosen weiter wachsen und schwächte die politische Macht der freien Gewerkschaften empfindlich. Während die Kampftrupps der radikalen Parteien sich blutige Straßenschlachten lieferten, zögerten die Arbeiter- und Angestelltenverbände die Organisation eines effektiven Widerstandes, beispielsweise in Form eines Generalstreiks, immer weiter hinaus. Auch die Bildung einer Einheitsfront bestehend aus SPD, KPD und Gewerkschaften kam nicht über Anfangsgespräche hinaus. Trotz aller gegenteiligen Signale hoffte man auf das Scheitern der nationalsozialistischen Bewegung. Als die NSDAP bei den Reichstagswahlen im Herbst 1932 erstmals seit 1930 einen Rückgang der Stimmen hinnehmen musste, schien sich diese Hoffnung zu erfüllen. Die gleichzeitige Besserung der wirtschaftlichen Lage und die damit einhergehende Neubelebung der Arbeiterbewegung tat ihr Übriges, um die Gewerkschaften aufatmen zu lassen. Umso härter war der Schock, als Reichspräsident Hindenburg am 30. Januar 1933 den Führer der nationalsozialistischen Partei, Adolf Hitler, zum Kanzler ernannte. Trotz des immer offener zu Tage tretenden rechten Terrors hielt man an der Überzeugung fest, dass sich die Regierung Hitler nicht würde halten können. So rief der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) seine Mitglieder zur Besonnenheit auf. Durch die Wahrung politischer Neutralität erhoffte man sich, die Krisenzeit der NSDAP-Regierung un-

beschadet überstehen zu können. Als die NSDAP den 1. Mai zum „Tag der nationalen Arbeit“ erklärte und damit eine schon lang erhobene Forderung der Arbeiterbewegung erfüllte, wuchs erneut die Hoffnung. Nur einen Tag später jedoch zeigten sich die wahren Absichten der neuen Machthaber. Gewerkschaftshäuser in ganz Deutschland wurden besetzt, ihre Führungsebene von Mitgliedern der SA in „Schutzhäuser“ genommen und viele von ihnen in Konzentrationslager verschleppt. Auch die Dachverbände der christlichen und freien Gewerkschaften sowie die Arbeitnehmervertretungen wurden Opfer des nationalsozialistischen Regimes. Für eine unabhängige, den wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnissen ihrer Mitglieder verpflichteten Interessenvertretung der Arbeiterschaft war in der nationalsozialistischen Ideologie und damit in Hitlers Drittem Reich kein Platz vorgesehen. Die am 10. Mai 1933 von den Nationalsozialisten gegründete und durch das beschlagnahmte Vermögen der Gewerkschaften finanzierte Deutsche Arbeitsfront fungierte künftig als Einheitsgewerkschaft, deren vorrangige Aufgabe es war, die Arbeiter in die nationalsozialistische „Volksgemeinschaft“ zu integrieren.

Polizeigewerkschaften in der Weimarer Republik

Auch die Vertretungen der Beamten bekamen schnell den Druck der neuen Machthaber zu spüren. Im Vergleich zu dem Vorgehen gegen die freien Gewerkschaften verlief die Zerschlagung der Beamtenverbände jedoch deutlich langsamer. Dies erklärt sich nicht zuletzt daraus, dass der Anteil an NSDAP-Mit-



COP® Specials Mai / Juni 2013 *Gültig vom 20.04. - 30.06.13

1 Handschuh COP® SGXN
 Art.-Nr. 3205GXN-Größe
 Größen: XS - 3XL; Farbe: schwarz
 Material: 50% Ziegenleder, 50% Kunstfaser
 Der ARMOR-TEX® Innenhandschuh schützt die Hand rundum vor Schnittverletzungen.

EN 388
 Abriebfestigkeit: Kategorie 3
 Schnittfestigkeit: Kategorie 5
 Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4
 Durchstichfestigkeit: Kategorie 4

Aktionspreis € 49,90**
 statt 99,99***

2 Under Armour® Dauntless Rucksack
 Art.-Nr. UA12180205 (schwarz)
 Art.-Nr. UA1218020N (navy/grau)
 Größe: 48 x 33 x 18cm
 Volumen: 25 Liter
 Material: 100 % Nylon
 Farbe: schwarz und navy/grau
 Robuster Rucksack von Under Armour® mit weißen Under Armour® Schriftzug auf der Vorderseite. Perfekte Größe für Handgepäck im Flugzeug.

Aktionspreis € 25,90**
 statt 34,99***

3 Cargo-Short COP® SP 6,5 und SP 9,5

SP 9,5 SP 6,5

Schrittlänge 24 cm Schrittlänge 16,5 cm

Aktionspreis € 25,90**
 statt 44,99***

Art.-Nr. 35PSKK-Bundweite (SP 6,5, Schrittlänge 16,5 cm)
 Art.-Nr. 35PSLK-Bundweite (SP 9,5, Schrittlänge 24 cm)
 Farbe: khaki. Verfügbare Bundweiten: 35PSKK: 28 - 44; 35PSLK: 28 - 38
 Material: 100% Baumwolle. Mit 10 praktischen Taschen.

4 Under Armour® Tactical GTX Schuh Allseasongear®
 Art.-Nr. UA12367745-Größe US
 Farbe: schwarz
 Größen: US 8 - 14 (EU 41 - 48,5)
 Gewicht 1 Stiefel in Gr. 43: 475 g
 Leichter knöchelhoher Stiefel mit wasserdichter GORE-TEX® Membrane und selbstreinigender Sohle.

Aktionspreis € 149,90**
 statt 199,99***

Größe US	8	8,5	9	9,5	10	10,5	11	11,5	12	13	14
Größe EU	41	42	42,5	43	44	44,5	45	45,5	46	47,5	48,5

5 SAFARILAND® Takt. Holster 6004 STX
 Art.-Nr. SL6004
 In 4 Farben erhältlich.
 Taktisches Holster „6004 SLS/STX“. Mit dem patentierten SLS-Verschlusssystem. Für alle gängigen Dienstwaffen. - z.B. P6, P7, P8, P10, P2000, Walther P99, Glock und jetzt auch für Taser®

PFLICHTANGABEN:
 1) Waffe
 2) Links- od. Rechtshänder
 3) Farbe

Aktionspreis! € 149,90
 statt 219,99***

Farben: beige, olivgrün, foliagreen, schwarz

6 Hüfttaschenholster COP®MB61
 Art.-Nr. 2000061S
 Farbe: schwarz
 Material: 100% Polyester
 Maße: 28 x 16 cm
 Für Rechts- und Linkshänder geeignet. Hüfttaschenholster mit zwei aufgesetzten Taschen, dadurch werden die Konturen der Waffe komplett verdeckt.

Aktionspreis € 29,90**
 statt 49,99***

Gezeigt ist nur ein Auszug aus unserem Angebot an über 300 Rest- u. Sonderposten sowie II. Wahl Artikeln, Preise bis zu 80% reduziert. Zu finden unter der Rubrik: Angebote/Restposten auf www.cop-shop.de

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
 Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. April bis 30. Juni 2013 | * Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. * ehemaliger Verkaufpreis

gliedern und Sympathisanten innerhalb der Beamtenschaft relativ hoch war. Zudem sah man in den Beamtenorganisationen eine weniger akute Bedrohung als in den, aus der Arbeiterbewegung hervorgegangenen, freien Gewerkschaften. Die Nationalsozialisten hatten jedoch ein besonderes Interesse daran, die Polizeibeamtenverbände unter ihre Kontrolle zu bringen, da sie erwarteten über diese, die Polizei als Vertreterin der verhassten Weimarer Demokratie steuern zu können. Schon in den 20er-Jahren begann daher eine intensiv betriebene Agitation und Propagandatätigkeit von rechter Seite innerhalb der Polizeidienststellen.

Während der Zeit der Weimarer Republik kam es immer wieder zu Neugründungen, Zusammenschlüssen, Abspaltungen und Wiederauflösung von Polizeigewerkschaften. Schätzungen zufolge existierten zeitweise um die 100 verschiedenen Verbände und Organisationen nebeneinander. Die Gründe für diese Zersplitterung lagen teilweise in den unterschiedlichen Polizeiorganisationsformen der einzelnen Länder, teilweise in den verschiedenen Vorstellungen über die Ausgestaltung der Polizeiverbände. Herausragend unter den Organisationen war der „Verband Preußischer Polizeibeamter e. V.“, der nach seinem Vorsitzenden, Ernst Schrader, auch als Schrader-Verband bezeichnet wurde und als Vorgängerorganisation der GdP gelten kann. Schrader war schon 1913 an den ersten Versuchen, eine Polizeibeamtenvereinigung in Berlin zu gründen, beteiligt. Diese ersten Vorstöße wurden jedoch schnell unterbunden, die Beteiligung an Versammlungen mit dem Zweck, eine Interessengemeinschaft der Polizeibeamten ins Leben zu rufen, unter Strafandrohungen verboten. Im Dezember 1915 schließlich erhielten die Schutzleute des Landesbezirks Berlin die Erlaubnis, einen Verband zu gründen, dessen Arbeit jedoch stark eingeschränkt und reglementiert war. Zum Vorsitzenden dieses „Verbandes der Kameradenvereine“ wurde Ernst Schrader gewählt. Erst nach dem Ende des Kaiserreichs, in der neu gebildeten Weimarer Republik, erhielten auch die Beamten umfassende Organisationsrechte. Durch die Ausdehnung auf das gesamte Herrschaftsgebiet des Landes Preußens wuchs der Verband zusehends. Im Februar 1923 kam es schließlich zum Zusammenschluss mit der Interessenvertretung der staatlichen Polizeikräfte unter dem Namen Verband Preußischer Polizeibeamter e. V. Den Vorsitz über die nun etwa 60.000 Mitglieder umfassende Organisation hatte weiterhin Schrader inne. Auch innerhalb des Deutschen Beam-

tenbundes (DBB) war der Verband seit 1928 mit der „Reichsarbeitsgemeinschaft Deutscher Polizeibeamtenverbände“ als selbstständige vierte Säule vertreten. 1930 berief man Schrader in die Bundesleitung des DBB.

Dank seiner republikanischen Einstellung genoss der Schrader-Verband bei der sozialdemokratischen Landesregierung Preußens hohes Ansehen. Über den „Hauptausschuß der staatlichen Polizeibeamten Preußens“, der von der Regierung 1919 unter Beteiligung aller Beamtenverbände ins Leben gerufen wurde – und der bis 1929 bestand –, konnte der Verband aktiv Einfluss auf Organisationsfragen der Polizei in Preußen nehmen. Aber auch die direkte Interessenvertretung seiner Mitglieder nahm er wahr, indem er Beamtenausschüsse innerhalb der einzelnen

Durch Zusammenschlüsse mit anderen Verbänden wuchs der Schrader-Verband weiter. 1930 repräsentierte er mit rund 75.000 Mitgliedern rund 80 Prozent des Personals der preußischen Polizei. Selbst innerhalb der stark organisierten Beamtenschaft der Weimarer Republik stellte dies einen beachtlichen Erfolg dar.

Der Schrader-Verband am Ende der Weimarer Republik

Auf Grund seines prononciert republiktreuen Selbstverständnisses und des hohen Organisationsgrades sahen die Nationalsozialisten den Verband Preußischer Polizeibeamten als politischen Gegner, den es schnellstmöglich zu beseitigen galt. Schon 1929 begann die NSDAP damit, ihre



Im Jahre 1913 bestand der „Schraderverband“ 10 Jahre. Auf unserem Bild in der ersten Reihe Ernst Schrader. In der zweiten Reihe der dritte von rechts ist der letzte Sekretär der internationalen Vereinigung der Polizeigewerkschaften, Winkler, der im KZ unter dem Terror der Nazis sein Leben ließ.

Quelle: „Beginn und Aufstieg“ – 10 Jahre der Gewerkschaft der Polizei 1950 – 1960, Verlag Deutsche Polizeiliteratur GmbH Hamburg.

Polizeibehörden einrichtete, denen ein Mitspracherecht beispielsweise bei Kündigungen oder Disziplinarverfahren eingeräumt wurde. Daneben bot er seinen Mitgliedern verschiedene, aus deren Beiträgen finanzierte Leistungen, darunter die Auszahlung eines Sterbegeldes sowohl beim Tod des Beamten als auch bei dem des Ehepartners. Des Weiteren bot der Schrader-Verband Versicherungsschutz gegen Unfälle, Feuer und Einbruch sowie eine Rechtsschutzversicherung. Auch Berufsbildungen und die Herausgabe einer wöchentlich erscheinenden Zeitschrift, die „Preußische Polizeibeamten-Zeitung“, gehörten zum Leistungsrepertoire der Organisation.

propagandistischen Bemühungen unter den Polizeibeamten zu verstärken. Über die Bildung „nationalsozialistischer Beamtenarbeitsgemeinschaften“ innerhalb der einzelnen Behörden, versuchten die Nazis neue Anhänger innerhalb der Polizeibeamtenschaft zu gewinnen. Die angespannte finanzielle Situation der Polizisten, verursacht durch die Sparmaßnahmen der Regierung, ausnutzend, versprachen sie höhere Besoldung und eine Abflachung der Hierarchien innerhalb des Polizeidienstes. Die Agitation stieß nicht überall auf taube Ohren, sodass die preußische Regierung in einem Beschluss am 25. Juni 1930 ihren Beamten die Mitgliedschaft in radikalen Parteien, namentlich der KPD und



GESCHICHTE

Ernst Schrader (3.4.1877 - 13.7.1936)

Ernst Schrader wurde 1877 als Sohn eines Chausseearbeiters in Zützen geboren. 1895 trat er dem 5. Escadron des 1. Garde-Ulanen-Regimentes in Potsdam bei. Seit November 1901 tat er als Polizeiwachtmeister Dienst bei den Schutzmannschaften in Berlin. Schon 1913 beteiligte er sich an den ersten Versuchen eine Polizeigewerkschaft in Berlin zu gründen. Am 13. Dezember 1915 wurde er Vorsitzender des neu gegründeten Verbandes der Kameradenvereine in Berlin. Trotz Zusammenschlüssen mit anderen Verbänden und der 1923 erfolgten Umbenennung in „Verband Preußischer Polizeibeamter e. V.“ blieb er dessen Vorsitzender. Bei den Reichstagswahlen 1928 trat Schrader für die SPD an. Im Juni 1930 wurde er in die Bundesleitung des DBB gewählt. 1931 erkrankte Schrader schwer an einer Herzmuskelschwäche. Am 20. Juni 1932 ließ er sich aus gesundheitlichen Gründen beurlauben, zwei Monate später trat er als Vorsitzender endgültig zurück. Am 8. September 1933 wurde er von den Nationalsozialisten als politischer Gegner verhaftet und in das Konzentrationslager Oranienburg überstellt, wo er bis zum 18. Dezember desselben Jahres festgehalten wurde. Am 13. Juli 1936 verstarb er in Folge eines Krebsleidens in Berlin.

NSDAP, verbot. Die damit verbundenen angedrohten Disziplinarstrafen wurden jedoch nur selten bis zur letzten Konsequenz durchgesetzt und im Juli 1932 wurde der Beschluss schließlich zurückgenommen. Bis dato hatten sich die politischen Machtverhältnisse jedoch deutlich zu Gunsten des rechten Spektrums verschoben. Schon 1930 zeichnete sich ab, welche Konsequenzen die Beamtenorganisationen unter einer nationalsozialistischen Regierung zu erwarten hätten. In Thüringen beispielsweise, wo die NSDAP seit diesem Jahr als Koalitionspartner an der Landesregierung beteiligt war, verbot der nationalsozialistische Innenminister Frick den Beamten die Mitgliedschaft im „Verband Thüringer Polizeibeamten“. Zwei Jahre später starteten die Nationalsozialisten einen ersten direkten Vorstoß gegen den Schrader-Verband. In einem Antrag an den DBB forderten sie die Auflösung des Verbandes Preußischer Polizeibeamten, da er die „politische und

moralische Sauberkeit“ innerhalb der Polizei untergraben würde. Der Antrag stieß auf allgemeine Empörung und wurde erwartungsgemäß mit allen Stimmen abgelehnt. Trotzdem gelang es den Nazis ihre tieferen Ziele mit dieser propagandistischen Maßnahme zu erreichen: die republikanisch orientierten Polizeibeamten wurden zutiefst verunsichert. In der nationalsozialistischen Presse häuften sich derweil die Angriffe gegen den Schrader-Verband. Unter anderem warf man der Verbandsleitung die Veruntreuung von Geldern vor. Im Juli 1932 mussten die republikanischen Kräfte einen weiteren schweren Schlag verkraften. Durch den sogenannten „Preußenschlag“ wurde die sozialdemokratische Regierung Preußens unter Braun/Severing durch die Reichsregierung von Papen's abgesetzt. In der Begründung hieß es, die preußische Regierung habe die Kontrolle über ihre Polizei verloren. Um den angeblich bedrohten Frieden im Land wiederherzustellen, entließ man daraufhin nicht nur die politische Führung, sondern ersetzte auch führende republikanisch gesinnte Mitglieder der Polizeiverwaltung. Der Schrader-Verband, der sich zu diesem Zeitpunkt ohnehin in einer internen Krise befand, wurde dadurch weiter in die Defensive gedrängt. Nur einen Monat zuvor hatte der Vorsitzende Ernst Schrader um Beurlaubung aus gesundheitlichen Gründen gebeten. Der stellvertretende Vorsitzende Hans Brebeck übernahm daraufhin die Amtsgeschäfte des Verbandes. Als Schrader im September desselben Jahres definitiv den Vorsitz niederlegte, trat der Verband endgültig in eine Phase ein, die von Annäherung an die rechten politischen Kräfte und teils verzweifelten Versuchen der Selbstbehauptung geprägt war.

Die Zerschlagung des Schrader-Verbandes

Brebeck, der bis zur Wahl eines neuen Vorsitzenden die Leitung des Schrader-Verbandes inne hatte, verfolgte einen Anpassungs- und Beschäftigungskurs gegenüber der NSDAP. In der Hoffnung durch Zugeständnisse die Zersetzung und Übernahme der Organisation aufhalten zu können, nahm er das republikanische Selbstverständnis des Verbandes zurück. Die Rolle der Polizei innerhalb des Staates erklärte er, sei die des „Machtinstruments der jeweils vorhandenen legalen Regierung“. Gleichzeitig betonte er die parteipolitische Neutralität der Organisation. Die Wahl eines neuen Vorsitzenden auf dem 7. Verbandstag vom 23. bis 25.1.1933



HEROES WEAR® HAIX



BLACK EAGLE® TACTICAL 20 LOW

Der sportliche Allrounder mit
innovativer Laufschuhtechnologie

- > Leicht, dynamisch & multifunktional
- > Extrem rutschfest
- > Hoch atmungsaktiv
- > Dauerhaft wasserdicht
- > Auch erhältlich als Mikrofaser/Textil Schuh – BLACK EAGLE® Athletic 10 Serie

Besuchen Sie uns!

RETTMOBIL 2013

Qualitätsschuhe für Feuerwehr,
Rettungsdienst, Security, Jagd,
Workwear und Freizeit

HAIX®-Schuhe
Produktions- und Vertriebs GmbH
Auhofstrasse 10, D-84048 Mainburg
T. +49 (0) 87 51/86 25-0, info@haix.de

www.haix.com

in Berlin hielt eine Überraschung bereit. Mit großer Mehrheit wurde Magnus Heimannsberg zum Vorsitzenden bestimmt. Heimannsberg, ein bekennender Demokrat, war während des Preußenschlags von seinem Posten als Kommandeur der Berliner Schutzpolizei enthoben worden. Seine Wahl war ein deutliches Bekenntnis zu republikanischen Werten. So bezeichnete der neu gewählte Vorsitzende sich in seiner Rede vor den versammelten Delegierten selbst als Schüler Ernst Schraders und versprach den Verband in dessen Sinne zu

Fritz Schulte
(26.12.1891 - 15.12.1955)

Fritz Schulte wurde 1891 als Sohn eines Bergmanns in Bergerhof geboren. 1905 begann er eine Lehre als Schlosser und arbeitete anschließend als Geselle in Rheinland und in Westfalen. Im Oktober 1913 trat er seinen Militärdienst als Garde-Pionier im Bataillon Berlin an und diente als Pionier von 1914 bis 1918 im ersten Weltkrieg. Im Juli 1919 wurde er Polizeibeamter bei der kommunalen Polizei in Wuppertal Barmen. 1922 übernahm man ihn als Oberwachtmeister in den staatlichen Polizeidienst. 1932 wurde Schulte als Beisitzender der Schutzpolizei im Schrader-Verband und Vorsitzender des Gaus West (Provinz Rheinland, Westfalen, Hessen-Nassau) mit Sitz in Düsseldorf aufgeführt. Vom 4.10.1933 bis zum 15.1.1934 wurde er in „Schutzhaft“ genommen und erst im KZ Kemna, dann im KZ Neusustrum festgesetzt. Am 22.1.1934 wurde Schulte im Rahmen des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ aus dem Polizeidienst entlassen. Als Gründe nannte man unter anderem die Mitgliedschaft in der SPD und eine führende Betätigung im Schrader-Verband. Bis zu seiner Einberufung zum Militär im Jahre 1940 arbeitete er als Reisevertreter in Duisburg. Nach Ende des 2. Weltkrieges trat Schulte im Oktober 1945 wieder in den Polizeidienst ein und wurde vorerst Revierleiter in Wuppertal-Barmen. Nach mehreren Beförderungen in schneller Folge ernannte man ihn am 3.8.1948 zum Polizeidirektor. 1950 wurde er Chef der Polizei in Wuppertal. Im selben Jahr beteiligte er sich an der Gründung der „Gewerkschaft der Polizei“ zu deren 1. Vorsitzenden er gewählt wurde. 1954 wurde er nach Erreichen der Altersgrenze in den Ruhestand versetzt. Ein Jahr später, am 15.12.1955, verstarb Fritz Schulte.

führen. Die Nationalsozialisten fassten die Wahl als Kampfansage auf und verstärkten in der Folge ihre Attacken in der deutsch-nationalen Presse. Unter dessen hatte sich die politische Lage endgültig gewandelt. Nach der Machtergreifung am 30. Januar hatten die Nationalsozialisten ohne zu zögern damit begonnen, die bestehenden demokratischen Strukturen der Weimarer Republik aufzulösen und den Staat nach ihren Vorstellungen umzubauen. Hermann Göring wurde noch am selben Tag von Hitler zum preußischen Innenminister ernannt und war damit auch zum Dienstherrn der preußischen Polizei geworden. Unverzüglich begann er damit, missliebige Beamte auszutauschen. Von den personellen Säuberungen waren als erstes die Führungsebenen der Verwaltung und der Schutzpolizei betroffen. Dabei bedienten

sich die neuen Machthaber der durch die Polizeibeamtengesetze von 1922 und 1927 zur Verfügung stehenden Mittel, unter anderem der Zwangspensionierung. Im April 1933 schufen sie schließlich mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ ein legales Werkzeug zur Entlassung politisch unerwünschter Beamter. Besetzt wurden die frei gewordenen Positionen mit politisch loyalen Anhängern der NSDAP. Die beruflichen Qualifikationen spielen dabei eine untergeordnete Rolle. Wichtigstes Kriterium war die nationale Gesinnung und der Wille zum absoluten Gehorsam. Innerhalb der Beamtenschaft wuchs der Druck



Aggressive Aktionen: Besetzung der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933.
Foto: Ullstein-Verlag



Delegiertenkongreß in Remagen: Willy Brandt, Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses (links) und Fritz Schulte 1. Vorsitzender GdP. Der Gast sprach zum Thema: „Was können wir zur Wiedervereinigung tun?“

Quelle: Deutsche Polizei, Juni 1955

auf demokratische Kollegen. Auf einer Versammlung von Verbandsfunktionären des Schrader-Verbandes am 8. Februar betonte der Vorsitzende Heimannsberg erneut die politische Neutralität der Organisation und widersprach den Vorwürfen „nicht national und vaterländisch“ zu sein. Doch trotz der Versuche, das nationalsozialistische Regime zu beschwichtigen und trotz des Rückhaltes innerhalb des Verbandes konnte Heimannsberg seine Position nicht halten. Genau einen Monat später, am 3. März, trat er von seinem Posten zurück. Kurz zuvor hatten einzelne Ortsgruppen des Schrader-Verbandes ih-



ren Austritt aus der Organisation erklärt und diesen Schritt unter anderem mit der Person des Vorsitzenden begründet. Erneut übernahm Hans Brebeck die Leitung. Entgegen aller Widerstände versuchte sich der Verband weiterhin für die Interessen seiner Mitglieder einzusetzen und erhob Einspruch gegen die Entlassung republikanischer Beamter aus dem Polizeidienst. In einem Schreiben an das preußische Innenministerium versicherte Brebeck, dass der Verband seine Mitglieder fortan zur Unterstützung der Regierung anhalten werde und bat gleichzeitig darum, den von nationalsozialistischen Vorgesetzten ausgeübten Druck auf ihre Untergebenen, aus dem Schrader-Verband auszutreten, aufzuheben. Doch auch diese letzten Versuche durch Anpassung an das Regime das Überleben des Verbands Preußischer Polizeibeamter zu sichern, schlugen fehl. Am 14. März wurde der Vorstand der Ortsgruppe Frankfurt/Main durch nationalsozialistische Mitglieder abgesetzt und durch Männer aus den eigenen Reihen ersetzt. In einem Schreiben an den Innenminister forderte die Ortsgruppe dazu auf, mit der

Leitung in Berlin ebenso zu verfahren.

Damit begann die Auflösungsphase des Schrader-Verbandes. Auf einer Vorstandssitzung Mitte März 1933 wurde der Rechtsanwalt Dr. Georg Schieferdecker als „Vertrauensmann der nationalen Bewegung“ in die Verbandsleitung berufen. Kurz darauf übernahm der ehemalige Schutzpolizist und SA-Mann Fritz Rößler die redaktionelle Betreuung der Preußischen Polizeibeamten-Zeitung. Am 10. April legten sämtliche Gauvorstandsmitglieder Berlins ihre Ämter nieder und wurden durch Nationalsozialisten ersetzt. Letzte verzweifelte Versuche Brebecks, die Gleichschaltung des Verbandes durch das Versprechen der engen Zusammenarbeit mit der NSDAP zu verhindern, stießen auf taube Ohren. Am 20. Mai trat der Hauptvorstand unter dem Druck der Gauleitungen zurück. Auf dem letzten außerordentlichen Verbandstag am 29. Juli 1933 wurde die Auflösung des Verband Preußischer Polizeibeamter e. V. beschlossen. Seine Mitglieder wurden dazu aufgefordert, sich dem nationalsozialistischen Kameradschaftsbund Deutscher Polizeibeamter anzuschließen. Die Ein-

trittserklärung zum Kameradschaftsbund wurde als Beilage mit der Verbands-Zeitung verschickt. Nicht nur die Mitglieder, auch das Vermögen des Schrader-Verbandes wurde in den Kameradschaftsbund überführt. Viele der Führungskräfte und ehemaligen Funktionäre wurden in sogenannte Schutzhaft genommen und in Konzentrationslager gebracht – darunter der ehemalige Vorsitzende Ernst Schrader, der spätere erste Vorsitzende der GdP, Fritz Schulte, sowie der letzte Sekretär des Schrader-Verbandes Emil Winkler, der im KZ Oranienburg umkam.

Ende und Neubeginn

Der Schrader-Verband war unter den ersten Beamtenorganisationen, die dem Terrorregime der Nationalsozialisten zum Opfer fielen. Alle Versuche, die Organisation durch Anpassung vor der vollständigen Liquidation zu bewahren, waren fehlgeschlagen. Bis 31. August mussten sich alle Polizeibeamtenverbände in Deutschland per Regierungserlass aufgelöst haben. Die

Anzeige

Meine Empfehlung: Jetzt mit 0 Aufwand zum 0 Gebühren-Konto wechseln.



SpardaGiro
mit Kontowechselservice

0 Gebühren
Aufwand
Komma nix
wechseln!

Sparda-Banken
freundlich & fair

Kundenmonitor® Deutschland 2012
Platz 1
Sparda-Banken
(Platz 1 von 1393/2012)
Kundenzufriedenheit
bei Banken und Sparkassen
unter 8 ausgewiesenen Instituten

Sie wechseln, wir kümmern uns darum: Von der Auflösung Ihres bisherigen Kontos über alle Daueraufträge bis hin zu sämtlichen Benachrichtigungen – schnell, reibungslos und selbstverständlich kostenlos. www.sparda.de

Lohn-/Gehalts-/Rentenkonto für unsere Mitglieder bei Erwerb eines Genossenschaftsanteils in Höhe von 52,- Euro mit attraktiver Dividende.

X Ja, ich will mit 0 Aufwand zum 0 Gebühren-Konto. Bitte senden Sie mir Informationen.

Der Weg zu den Sparda-Banken ist einfach:
Coupon ausfüllen und einsenden an die Serviceagentur der Sparda-Banken, Postfach 108, 66781 Wadgassen, Fax 0 68 34 / 94 20-45

Name, Vorname

PLZ, Ort

Straße, Hausnummer

Telefon (tagsüber)

ÖD 5 



schleichende Unterwanderung der Beamtenschaft hatte jedoch schon lange vor der Machtergreifung Hitlers begonnen. Dominierte im Vorgehen gegen die freien Gewerkschaften der offen ausgetragene Straßenkampf, infiltrierten und agitierten die Nationalsozialisten die Reihen der Beamten und ihrer Organisationen und sprengten diese damit von innen. Republiktreue Beamte sahen sich schon in den letzten Jahren der Weimarer Republik mit Amtsmissbrauch, Bedrohung und politischer Vetternwirtschaft seitens national-

sozialistischer Kollegen und Vorgesetzten konfrontiert. Die Polizei im Nationalsozialismus – politisch „gesäubert“ und durch Hilfspolizisten aus dem Umfeld der SA und des Stahlhelms verstärkt – wurde zum reinen Vollstreckungsorgan der Diktatur.

Erst nach dem Ende des zweiten Weltkrieges und mit dem Rückzug der alliierten Besatzungsmächte, gelang es schrittweise die Gewerkschaftslandschaft wieder aufzubauen. Unter den ersten, die sich für eine neue Polizeigewerkschaft in der Bundesrepublik einsetzten, fanden sich viele, die

im Nationalsozialismus aus ihren Ämtern entfernt worden waren und die sich nun an den gewerkschaftlichen Neugründungen beteiligen wollten. So stammten auch viele Gründungsmitglieder der 1950 gegründeten Gewerkschaft der Polizei (GdP) aus dem Umfeld des Schrader-Verbandes. Die GdP, als Nachfolgeorganisation des Verbandes Preußischer Polizeibeamter, setzte als Interessenvertretung aller Polizeibeamten in einem neuen System, unter neuen Vorzeichen die Arbeit des Schrader-Verbandes fort.

DIENSTSPORT

„Kein normaler Schreibtisch-Job“

„Die körperliche Leistungsfähigkeit von Polizeibeamtinnen und -beamten ist unbestritten wichtig. Es ist kein normaler Schreibtisch-Job“, sagt der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Bernhard Witthaut im Interview mit der Polizeisport-Depesche, der Online-Zeitschrift des Deutschen Polizeisportkuratoriums. Doch: Sport in der Polizei sei nicht alles, aber er sei ein Baustein, der auch der Fürsorgepflicht des Dienstherrn entspreche. Das Depesche-Gespräch mit dem GdP-Bundesvorsitzenden, erschienen in der zweiten Ausgabe 2012, führte Paul Arnds.

Polizeisport-Depesche: Welche Bedeutung hat der Sport für Sie persönlich? Wie sind Sie zum Sport gekommen?

Bernhard Witthaut: Bereits in der Schule waren nicht nur die Sommer- und Winterspiele eine willkommene Abwechslung, sondern auch die Fußballspiele in der Schulmannschaft jeweils eine besondere Herausforderung. Da ich bereits mit 14 Jahren in der Internatsauswahl gespielt und an Leichtathletikmeisterschaften teilgenommen habe, hat mich der Sport ständig begleitet. Auch im Rahmen der polizeilichen Ausbildung war Sport bis hin zur Teilnahme an den Polizeimeisterschaften in meinem Bundesland geradezu ein Muss. Zuletzt im Jahre 2010 bin ich noch einen Marathon gelaufen. Wenn auch nicht in einer sehr schnellen Zeit, sondern nur in 4 Stunden 20 Minuten.

Welchen Stellenwert hat für Sie der Dienstsport, der Sport in der Polizei?

Grundsätzlich müssen sich Polizeivollzugsbeamte körperlich fit halten, um die besonderen Anforderungen unseres Berufes erfüllen zu können. Allein diese Aussage zeigt, dass es nicht damit getan ist, einmal im Jahr Sport zu treiben, sondern dies sollte schon regelmäßig sein. Insbesondere wissen wir ja aus der Wissenschaft, aus der

Medizin, wie wichtig und gesundheitsfördernd Bewegung ist. Welche Sportart dies im Einzelnen ist, spielt nicht unbedingt die Hauptrolle. Deshalb sollte der Dienstherr die Angebotspalette möglichst umfassend gestalten. Im Rahmen des Gesundheitsmanagements ist zudem wichtig, dass auch die bei der Polizei arbeitenden Tarifbeschäftigten die Gelegenheit erhalten, am Dienstsport teilnehmen zu können.

Welche Meinung hatten Sie während Ihrer aktiven Zeit in der Polizei zum Dienstsport (Notwendigkeit, Umsetzbarkeit der behördlichen Vorgaben u.a.) und waren nach Ihrer Beurteilung die Erfüllungsquoten im Hinblick auf die Vorgaben und Rahmenbedingungen erreichbar?

Ich bin nach wie vor noch Polizeibeamter des Landes Niedersachsen und lediglich solange freigestellt, wie ich das Amt des Bundesvorsitzenden der GdP ausüben darf. Ich habe mich bemüht, regelmäßig in meiner Heimatdienststelle am Dienstsport teilzunehmen. Die Weiterentwicklung in den letzten Jahren – beispielsweise der „Tag des Sports“ in einer Polizeiinspektion – zeigt deutlich die Akzeptanz in der Führungsebene der Polizei auf, auch wenn diese Tage zum Teil vom Innenministerium erst angeregt werden müssen. Mittlerwei-

le ist ja auch in einigen Beurteilungssystemen die Teilnahme am Dienstsport ein Kriterium, das sich zumindest nicht negativ auswirkt. Das Europäische Polizeileistungsabzeichen (EPLA) und das Deutsche Sportabzeichen weisen in ihren Rahmenbedingungen zwar einige Hürden auf, doch mit gewissem Training ist das zu schaffen. Der altersgerechte Unterschied der zu erfüllenden Leistungen ist aus meiner Sicht angemessen und entspricht der Realität.

Wie stehen Sie zum Wettkampfsport in der Polizei und wie ist Ihre und die Position der GdP zur Spitzensportförderung in der Polizei, der dualen Karriere für Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte?

Ich kenne diese Regelungen aus meinem Bundesland. Dort haben wir als Personalräte und auch als GdP zu dieser Förderung immer eine grundsätzlich positive Haltung eingenommen. Wir haben allerdings dies jeweils als zusätzliche Leistung der Landespolizei angesehen, die dazu die erforderlichen Planstellen logischerweise auch zusätzlich zur Verfügung stellen muss. Ebenso ist wichtig, dass die Spitzensportler/-innen in der Polizei durch ihren Spitzensport keine Nachteile in der Beurteilung und in einer möglichen Beförderungsoption haben dürfen. Ich stehe der Förderung sehr positiv gegenüber.

Welche Rolle sollten Führungskräfte im Zusammenhang mit dem Sport in der Polizei, dem Dienstsport sowie dem Gesundheits- und Präventionssport übernehmen?

Dieselbe Rolle, die sie in ihrem originären Job auch haben: Vorbild sein, argumentieren, überzeugen, motivieren, Verständnis haben.

Der Vorsitzende des Deutschen Polizeisportkuratoriums (DPSK), Leitender Polizeidirektor Johann Peter Holzner, hat



mit Ihnen die „Grundpositionen des DPSK zum Sport in der Polizei“ erörtert. Wie ist Ihre persönliche Meinung bzw. die Meinung der GdP als Berufsvertretung zu diesen grundlegenden Aussagen?

Ich bin davon überzeugt, dass meine bisherigen Antworten deutlich machen: Wir sind für den Sport in der Polizei. Der Dienstherr soll das Angebot möglichst breit gestalten. Es ist ein Teil des Gesundheitsmanagements. Er ist notwendig und erforderlich, um den täglichen Anforderungen nachkommen zu können. Die Belastung im Job, die tägliche Arbeitsverdichtung, die in den kommenden Jahren im Durchschnitt älter werdende Polizei, zeigen doch eines klar sichtbar auf: Sport in der Polizei ist nicht alles, aber er ist ein Baustein, der auch der Fürsorgepflicht des Dienstherrn entspricht.

Ein entscheidender Faktor für erfolgreiche Polizeiarbeit, für Erfolg oder Misserfolg, für Vertrauen der Bevölkerung in ihre Polizei, für das Vertrauen in die eigenen Kollegen/-innen ist u.a. eine hohe körperliche Leistungsfähigkeit der Polizeivollzugsbeamten/-innen. Stimmen Sie dieser Aussage zu? Welche Bedeutung hat für Sie die körperliche Leistungsfähigkeit für den Polizeiberuf, für die Kolleginnen und Kollegen? Wie wird diese nach Ihrer Einschätzung in der Bevölkerung gesehen?

Die körperliche Leistungsfähigkeit von Polizeibeamtinnen und -beamten ist unbestritten wichtig. Es ist kein normaler Schreibtisch-Job. Es kann von einer zur an-

deren Sekunde um Leben und Tod gehen. Die Bevölkerung beobachtet uns genau. Sie legt Wert darauf, dass Polizistinnen und Polizisten fit und auch in der Lage sind, in jeder Situation zu helfen.

Durch welche Maßnahmen und Konzepte kann oder könnte dieser Faktor durch die Berufsvertretungen positiv und nachhaltig beeinflusst werden? Gibt es Aktionen der GdP zur Fitness der Polizei? Welche sind dies?

Es ist natürlich nicht vordringliche Aufgabe einer Gewerkschaft, Aktionen zur Fitness ihrer Mitglieder durchzuführen. Die Förderung des Gesundheitsmanagements innerhalb der Polizei ist da eher eine politische Aufgabe, der wir uns ja – auch mit diesem Interview – gerne und intensiv widmen. Um nicht nur die Fitness, sondern auch das soziale Miteinander zu fördern, bieten viele Kreisgruppen, Bezirksgruppen und Landesbezirke sportliche Aktivitäten an. Vom Sportfest über die Boseltour, einen Tag im Kletterpark oder Fußballturniere; die Palette der GdP-Angebote ist breit und wird gut angenommen.

Ist der Verlust der erforderlichen körperlichen Leistungsfähigkeit dem Verlust der Polizeivollzugsdienstfähigkeit gleichzusetzen?

Sie sprechen ein leidiges Thema an. Es kommt dann auf den Tisch, wenn unklar ist, wie es weiter geht. Der Dienstherr ist verantwortlich für die Stimmigkeit der Rahmenbedingungen. Die größte Belastung tragen sicherlich die Kolleginnen und

Kollegen im Einsatz und Streifendienst. Warum – Sie gestatten mir bitte diese Frage – ist es nicht selbstverständlich, dass diese Kolleginnen und Kollegen regelmäßig nach drei oder fünf Jahren einmal auf Kosten des Dienstherrn eine Kur machen und dazu ihre Familien mitnehmen können?

Oder, wenn erkannt wird, dass jemand nicht mehr voll belastbar ist, erscheint es uns kontraproduktiv, ihm mit einem Disziplinarverfahren zu drohen. Stattdessen muss sofortige Hilfe angeboten werden. Solche Fragen sollten Menschen diskutieren, die Ahnung von der Polizei haben, Finanzministerien oder Rechnungshöfe sind von der Polizeipraxis oft zu weit weg.

Welche Mittel und Wege außerhalb des Dienstsports sollte der Dienstherr zum Erhalt der körperlichen Leistungsfähigkeit seiner Polizeivollzugsbeamten und -beamtinnen einsetzen bzw. beschreiten. Sollte eine stärkere Berücksichtigung dieses wichtigen „Leistungsmerkmals“ in der dienstlichen Beurteilung erfolgen? Wenn Sie dies ablehnen, warum?

Unstrittig ist, dass körperliche Fitness mehrere Vorteile mit sich bringt; sie hält gesund und sie wirkt in der polizeilichen Arbeit dort, wo sie gefordert wird, positiv. Zusätzlich kann es auch nicht schaden, wenn der Dienstherr über Aufklärungskampagnen oder Kursangebote beispielsweise auch Themen wie gesunde Ernährung, oder mögliche Schäden durch Alkohol- und Tabakkonsum etc. seinen Mitarbeitern näher bringt. Ob dies in die Beurteilung als Kriterium einfließen sollte,

Anzeige

LBN VVaG

gegründet als
Lehrerbrandkasse –
heute offen für alle

Tel. 05 11/54 48 88-0
www.lbn.de



Weniger zahlen. Besser leben.

Sparen auch Sie mit unseren
überaus günstigen Versicherungen.

Hausrat-, Elementar-
schaden- und
Glasbruchversicherung

siehe FINANZtest 5/12

Unfallversicherung

Rechnen Sie im Internet nach oder rufen Sie uns an! Profitieren Sie über unsere günstigen Wahltarife hinaus von maßgeschneiderten Leistungen, kompetenter Beratung und persönlicher Betreuung (kein Call Center).



Was ist das DPSK? Das deutsche Polizeisportkuratorium (DPSK) ist am 3. November 1949 in Frankfurt/Main ins Leben gerufen worden. Acht Bundesländer sind von Anfang an dabei. Kurz nach der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten tragen seit 1991 alle 16 Bundesländer sowie der Bund die von allen unterzeichnete Bund-Länder-Vereinbarung.

Schon 1950 richtete das DPSK Deutsche Polizeimeisterschaften in den Sportarten Skilauf, Boxen, Schwimmen und Reiten, Handball, Leichtathletik sowie Mehrkampf aus, heute sind es insgesamt elf Sportarten.

Im September 1954 in Stockholm trat das DPSK in den Europäischen Polizeisportverband (USPE) ein. Momentan gehören 40 europäische Nationen der USPE an, dessen Ziel es ist, den Sport innerhalb aller Polizeien Europas zu fördern sowie internationale Wettkämpfe vorzubereiten, durchzuführen und zu kontrollieren.

Der DPSK-Aufgabenkatalog ist in der Vereinbarung des Bundesministers des Innern sowie der für die Polizei zuständigen Minister und Senatoren der Länder über den Aufbau und die Aufgaben des Deutschen Polizeisportkuratoriums geregelt. Dazu gehören die Beratung des Bundes und der Länder zum Dienstsport, die Planung, Vergabe und Überwachung von Deutschen Polizeimeisterschaften und Ausrichtung internationaler Wettkämpfe der Polizei, die Vorbereitung und Regelung von Grundsatzangelegenheiten wie Wettkampfordnungen und Leitfäden zur Durchführung des Dienstsports in der Polizei, die Auswahl, Entsendung und Betreuung der Teilnehmer an Europäischen Polizeimeisterschaften und internationalen Wettkämpfe, die Zusammenarbeit mit nationalen und internationalen Sportorganisationen wie dem Deutschen Olympischen Sportbund, dem Europäischen sowie dem internationalen Polizeisportverband und die Weiterentwicklung des Sports in der Polizei.

halte ich eher für eine Glaubensfrage. Zudem haben ja Länder und Bund ein jeweils differierendes Beurteilungssystem. Solche Entscheidungen sollten vor Ort mit dem zuständigen Personalrat reifen. Skeptisch wäre ich, wenn die Fitness ein Negativkriterium würde. Der Erfolg wirkt nachhaltiger, wenn ich Kolleginnen und Kollegen motiviere, ohne sie unter Druck zu setzen.

Herr Witthaut, danke für das Gespräch.

Internationales Polizei-Bundesseminar in Uelzen wieder ein voller Erfolg

Fortbildungsangebot kaum zu toppen

2012 fand das 8. Bundesseminar für Polizei, Justiz, Zoll und Bundeswehr des Deutschen Ju-Jutsu Verbandes zum ersten Mal in Uelzen in Niedersachsen statt. Die Schirmherrschaft über das Seminar hatte der Präsident der Bundesbereitschaftspolizeidirektion Fuldata, Friedrich Eichele, übernommen. Dazu wurde die Liegenschaft der Bundespolizeiabteilung Uelzen mit ihren umfangreichen Möglichkeiten genutzt. In seiner Begrüßung informierte Wolfgang Kühl, Abteilungsleiter der Bundespolizeiabteilung, über die Besonderheiten des Standortes Uelzen. So verwaltet die dortige Bundespolizeiabteilung mehr als 2.500 Unterkunftsplätze für den Einsatzfall und ist darüber hinaus in der Lage, 3.000 Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte in einem Einsatz, wie beim Castortransport zu versorgen. Da war das Seminar mit den knapp 300 Teilnehmern, die dieses Fortbildungswochenende besucht haben, zwar eine kleine Herausforderung, aber generell gar kein Problem, meinte Kühl. Dementsprechend gut betreut wurden die Teilnehmer aus ganz Deutschland, der Ukraine, Litauen und der Schweiz.

Aber nicht nur essen, trinken und schlafen wollten die Beamten, vor allem wollten sie trainieren. Auch dafür ist das Gelände der Bundespolizeiabteilung perfekt ausgestattet. Eine große Sporthalle mit angeschlossenem Dojo ermöglichte es, in vier Einheiten gleichzeitig zu trainieren. Dazu wurden eine Fahrzeughalle, ein Bürocontainer, ein Bunker aus älteren Zeiten sowie ein großes Außengelände genutzt. Die Vielfalt an Trainingsstätten ermöglichte es den Organisatoren Jörg

Schmidt und Dietrich Brandhorst, mitunter elf Einheiten parallel anzubieten. Die 300 Teilnehmer konnten so bei 44 Referenten 90 verschiedene Trainings- und Unterrichtseinheiten nutzen, die durch einen sorgfältig angelegten Seminarplan organisiert waren.

Das Polizei-Bundesseminar ist eine Veranstaltung des Deutschen Ju-Jutsu-Verbandes e.V. Die Organisation und inhaltliche Planung des Seminars liegt seit vielen Jahren in den bewährten Händen des Organisationsteams um Dietrich Brandhorst, Ehrenpräsident und Koordinator des „Projektes Polizei beim DJJV“, und Jörg Schmidt, Beauftragter für Behördensport beim DJJV. Die langjährige erfolgreiche Arbeit des DJJV wurde



Szenarietraining im sogenannten Würfel.

Foto: BPol Uelzen

in diesem Jahr durch die Anerkennung des Bundesministeriums des Innern als „dienstliche Veranstaltung für die Fortbildung“ gewürdigt.

Die Referenten sind zumeist selbst Angehörige oder Beamte von Behörden mit Sicherheitsaufgaben (BOS) sowie bekannte Ju-Jutsu- bzw. Jiu-Jitsuka oder vertreten andere Kampfsportsysteme. Viele der Trainer haben sich im Laufe ihrer sportlichen und dienstlichen Karriere zu Experten in einem Thema entwickelt, die in Uelzen den Kollegen der verschiedenen Polizeien und anderen Sicherheits-





Den Gegner gut im Griff: Foto: BPol Uelzen

behörden vorgestellt wurden. Am Freitag erfolgte die Anreise der Teilnehmer. Nach der Zimmerverteilung und dem Mittagessen ging es mit den ersten Einheiten los und erst am Sonntagmittag endete der Trainingsmarathon. Dank des wunderbar warmen Herbstwetters konnten viele der Trainingseinheiten draußen stattfinden. Neben der Praxis umfasste das Angebot auch viele Theoriestunden. Darin klärte man Themen wie „Haftungsfragen als Folge für den polizeilichen Einsatz“ mit Oberstaatsanwalt Wolf Jördens oder diskutierte „Sinn und Zweck der Atmung bei der Selbstverteidigung“. Diesen speziellen Unterricht übernahm Erich Reinhardt, ehemaliger Technischer Direktor des DJJV und ehemaliger Sportlehrer der Hessischen Polizeischule Kohlheck in Wiesbaden. Von seinen Erfahrungen konnten die doch weit jüngeren Teilnehmer enorm profitieren.

In der Praxis war die Vielfalt der Themen überwältigend. Für jeden Teilnehmer waren verschiedene Angebote dabei, die bekanntes und bewährtes weiter ver-

tieften, aber auch Neues vermittelten, welches der ein oder andere so im bisherigen Ausbildungsweg noch nicht kennen gelernt hatte. Dabei bestätigte sich immer wieder die Erfahrung wiederholt, dass dieses Seminar in Deutschland und Europa keinen Vergleich hat und mit seinem Ansatz aus dienstlicher Erfahrung und professionellen Kenntnissen der Referenten bei den Teilnehmern für höchste Anerkennung sorgt. So zeigte sich, dass die hier gelehrt und dargestellten Inhalte aufgrund der nachgewiesenen Praxis-tauglichkeit sofort in die Arbeit der Trainier vor Ort einfließen können. So wie Michael Radner, früherer Polizist, der auch viele Jahre seiner aktiven Zeit in den USA verbracht hat, den Teilnehmern dieses US-Konzept näher brachte. „Defensive Tactics“ hießen seine Einheiten. Der nun private Sicherheitsunternehmer schaffte es, einen strukturierten Einblick in sein Thema zu geben.

Altbekannte Referenten wie Herbert Frese, ehemaliger DJJV-Präsident, Polizeihauptkommissar und Dozent an der

Anzeige

Für Dienstanfänger/-innen der Bundes- und Landespolizei

Von Anfang an richtig abgesichert: Unfall komfort

Spezialist für den Öffentlichen Dienst.

DBV



Jetzt vorsorgen und Preisvorteil sichern.

Schützen Sie sich jetzt umfassend vor den finanziellen Folgen eines Unfalls. Und das in einem Umfang, der über die Leistungen Ihres Dienstherrn hinaus geht. Mit der **Risiko-Unfallversicherung Unfall komfort** bieten wir Ihnen rund um die Uhr weltweiten Schutz in der Freizeit, im täglichen Dienst oder auf Dienstreisen.

Ihre besonderen Vorteile mit Unfall komfort:

- ✓ Lebenslange umfassende Absicherung gegen finanzielle Folgen bei Unfällen
- ✓ Auch bei FSME (Zeckenbiss) und Borreliose
- ✓ Inklusive Reha-Management für die gezielte Förderung der medizinischen, beruflichen und sozialen Rehabilitation
- ✓ Und vieles mehr

Sichern Sie sich umfassend ab – rufen Sie gleich gebührenfrei an:

0800 1665516

Mehr Informationen unter www.DBV.de oder wenden Sie sich direkt an Ihren persönlichen Betreuer.

Jetzt fast
40%
Preisvorteil
sichern*

* Gilt speziell für Dienstanfänger/-innen der Bundes- und Landespolizei bei Neuabschluss der Risiko-Unfallversicherung Unfall komfort.

Ein Unternehmen der AXA Gruppe



VFH Wiesbaden sowie hessenweiter Koordinator für Einsatztraining, forderten die Teilnehmer richtig und brachten sie an ihre Leistungsgrenzen. In seinem Szenarien-Training setzte Herbert Frese auf realitätsnahe Selbstverteidigung. Der Übende wurde in eine ihm unbekannte, aber bedrohliche Situation geführt. Im „Würfel“, einem alten Bürocontainer, der durch die Bundespolizei für das Situationstraining genutzt wird, wurden Rollenspiele in engen und teilwisedunklen Räumen angelegt, die durch die Teilnehmer mit kurzer Einweisung in die Lage, in einem entstehenden Szenario bewältigt werden mussten. Dabei wurden Situationen, wie sie im täglichen Polizeialtag vorkommen können nachgespielt. So musste beispielhaft eine unübersichtliche Lage in einem Wohnheim für Asylbewerber richtig erkannt und eingeschätzt werden. Irgendwo in den engen Räumen befand sich eine einer Straftat verdächtige Person. Sich selber bei der Bewältigung der Situation nicht in Gefahr zu bringen, in einer Verteidigungssituation die Kontrolle zu behalten, das war Aufgabe des Trainings.

Eine ähnliche Herangehensweise verfolgte Patrick Wendt, Vizepräsident Leistungssport in DJJV und ebenfalls Polizeibeamter. In seiner Einheit ließ er Situationen durchspielen, die Taktik und Technik im Einsatztraining in Konkurrenz setzten.

Ebenfalls ein alter Bekannter und immer wieder eingeladener Gast auf dem Polizei-Bundesseminar ist Florian Lahner. Als taktischer Instruktor unterrichtet er Behörden, Militär und Sicherheitskräfte in der ganzen Welt im Umgang mit Messer, Stock, Schusswaffen etc. Nach diesen Spezialthemen waren auch seine Unterrichtseinheiten im Seminar aufgebaut. Seine methodische Lehrgangsserie endete mit dem Thema: „Schusswaffeneinsatz in der Nahdistanz“ sowie „Messer als Letzte Linie der Verteidigung in Notwehr“.

Andere Referenten ergänzten Beiträge zur Waffenabwehr und stellten ihre Konzepte dazu vor.

Das Anlegen von Fesseln mit Hilfe von Hebeltechniken war das Thema von Peter Schneider. Selbst viele Jahre Justizvollzugsbeamter in Schleswig-Holstein, steht er schon seit Jahren, nunmehr als Pensionär immer noch aktiv als Jiu-Jitsuka auf der Matte. Als langjähriger Ausbilder der Justiz stand er jüngeren Einsatztrainern mit seinem Wissen unterstützend zur Seite und ließ sie mit verschiedenen Einheiten zum Thema Festlegetechniken an seinem profunden Wissen teilhaben.

Im Dojo, einer Übungshalle für Kampfkünste, wurden neben Hebeln und Fesseln

auch die Verteidigung in der eigenen Bodelage bei Silvio Birkenwald und dem Trio Tanner, Hirten, Schulte trainiert. Genauso nutzen Thorsten Krämer und Heiko Trinczek das Dojo für ihre Einheit. Die beiden Einsatztrainer aus Hessen konnten mit dem Thema „Annäherungs- und Abwehrtechniken für den Nahbereich unter Nutzung des Umfeldes“ den Teilnehmern etwas aus ihrem Ausbil-

der Stadt, Otto Lukat, beim Team der Bundespolizeiabteilung und allen Gästen bedanken. Eine kleine Geste des Dankes an die vielen Unterstützungskräfte hinter den Kulissen, übergeben durch den DJJV, wurde durch Wolfgang Kühl dankbar angenommen, in der Art und Weise aber zurückgewiesen. Beide Seiten einigten sich über eine geeignete Danksagung, die den Besonderheiten der Geschen-



Praktische Einführung in brisante Einsatzlagen.

Foto: BPol Uelzen

dungskonzept näher bringen. So wurde die Wand als Hilfsmittel genutzt, um die verdächtige Person zu stellen, festzusetzen und für die eigene Verteidigung zu nutzen. Gerade die Nutzung vor Ort befindlicher Räume oder räumlicher Gegebenheiten wurde in diesen Einheiten sensibilisiert.

Im Justizbereich ergänzten Praxisbeispiele zum Themenkomplex „Zugriff in Hafträumen“. Andreas Bischoff, Justizvollzugsbeamter und Einsatztrainer in Baden-Württemberg demonstrierte den Zugriff mit mehreren Beamten in einem Haftraum. Im Team abgestimmt, hat jeder seine spezielle Aufgabe, damit das Kontrollieren oder Herausholen des Gefangenen aus der Zelle sicher und schnell umgesetzt werden kann.

Doch wo so viel trainiert wird, darf auch ein die Freizeitgestaltung nicht fehlen. Zur Tradition des Seminars gehört seit langem der „Gemütliche landestypische Abend“. Mit einem grandiosen Buffet am Samstagabend überraschte die Küche der Bundespolizeiabteilung Uelzen die Teilnehmer. Es gab alles, was das Herz begehrt. Dem Essen folgte ein kleiner offizieller Teil, bei dem sich Dietrich Brandhorst und Harald Born als Veranstalter und Vertreter des DJJV, Wolfgang Kühl als Abteilungsführer der Bundespolizeiabteilung Uelzen und der Bürgermeister

kannahme entsprechen. Kühl freute sich verkünden zu können, dass die Direktion Bundesbereitschaftspolizei, vertreten durch die Bundespolizeiabteilung Uelzen auch 2013 den DJJV mit dem 9. Polizei-Bundesseminar in Uelzen begrüßen kann. Das nächste Polizei-Bundesseminar findet voraussichtlich vom 18. bis 20. Oktober 2013 statt.

Eine ganz besondere Ehre, die nicht unerwähnt bleiben soll, war der Besuch von Dorothea Nehls und Tochter Birthe als Ehrengäste zum Polizei-Bundesseminar. Beide vertraten ihren Gatten und Vater, der kürzlich nach langer Krankheit verstarb. Peter Nehls war der erste Ju-Jutsu-Bundestrainer im DJJV, damals noch DJB. Viele der anwesenden Trainer und Teilnehmer kannten Nehls als Angehörigen des Bundesgrenzschutzes in seiner Eigenschaft als Trainer und Ausbilder von vielen Einsatztrainern in der heutigen Bundespolizei.

Hoffen wir, dass das Jahr schnell vergeht, damit sich alle möglichst bald auf dem 9. Bundesseminar für Polizei, Justiz, Zoll und Bundeswehr wiedersehen.

*Sabrina Merseburg,
Bundespressereferentin des DJJV*



BOB gründet bundesweites Netzwerk

Die Erfolgsgeschichte von BOB wurde auch in den Jahren 2011 und 2012 nachhaltig fortgeschrieben. Die deutschen BOB-Initiativen in Hessen, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Bayern und dem Saarland werben für einen verantwortungsbewussten Umgang mit Alkohol. BOB wird in den Bundesländern von den jeweiligen Landesverkehrswachten als Kooperationspartner gefördert. BOB als Fahrer trinkt nach Absprache in einer Gruppe keinen Alkohol, wenn er fährt. Er übernimmt somit Verantwortung und fährt seine Freunde sicher nach Hause. Sein „Ausweis“ ist ein knallgelber BOB-Schlüsselanhänger.

BOB bekommt in vielen Gaststätten ein alkoholfreies Gratis-Getränk. In einigen Bundesländern gibt es sogar BOB-Fahrschulen; dort wird den Fahrschülern vermittelt, was BOB ist und wie BOB funktioniert. Obwohl BOB für alle

den Fahrschulen, den ehrenamtlichen BOB-Aktivistinnen, der Verwaltung und der Politik sind alle mit „an Bord“. Dieser gesamtgesellschaftliche Ansatz verleiht der Aktion ein hohes Maß an Akzeptanz und sozialer Kompetenz. BOB ist eben nicht der „Loser“.

BOB wurde 1995 in Belgien konzipiert. Gewählt wurde ein einfacher griffiger Name, der sich leicht einprägt. Der gelbe BOB-Schlüsselanhänger wurde ein Symbol für die Aktion.



Erster Erfahrungsaustausch der deutschen BOB-Initiativen

Auf Initiative der Verantwortlichen aus Trier und dem Saarland konnte am 10. und 11. November 2011 ein erstes Treffen aller deutscher BOB-Initiativen in St. Ingbert/Saar im Landesinstitut für Präventives Handeln (LPH) durchgeführt werden. Bei diesem ersten überregionalen Treffen wurde ein deutsches BOB-Netzwerk gegründet. Die Vorsitzende der Kreisverkehrswacht Saarlouis, Monika Bachmann, Ministerin für Inneres und Sport des Saarlands, eröffnete gemeinsam mit dem Trierer Polizeipräsidenten Lothar Schömann das Treffen. „Viele junge Menschen unterschätzen die Gefahren von hohem Alkoholkonsum, sagte sie.

„Durch meine offensive Unterstützung für BOB möchte ich anderen in der politischen und gesellschaftlichen Verantwortung stehenden Menschen die Wichtigkeit dieses Themas verdeutlichen“, sagte Bachmann, die, im Jahre 2009 BOB im Saarland einführte. Die Initialzündung kam 2008 von Polizeioberkommissar Hubert Lambert, Geschäftsführer der Kreisverkehrswacht Saarlouis. Dank gilt dem Polizeipräsidentium Mittelhessen für seine Unterstützung. Im Jahr 2010 wurde die Kreisverkehrswacht Saarlouis für das Projekt BOB mit dem 11. „mobil und

gilt, sollen insbesondere junge Fahrer im Alter von 18 bis 24 Jahren für einen verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol am Steuer sensibilisiert werden. Junge Fahrer verursachen laut Verkehrsunfallstatistik jeden vierten bis fünften schweren Verkehrsunfall. BOB möchte neue Wege in der Prävention gehen und ohne den viel zitierten „erhobenen Zeigefinger“ auskommen. BOB zielt auf die Gefühls- und Verstandesebene junger Menschen ab. Eigenes Verhalten soll freiwillig und nachhaltig verändert werden. Hierzu sind neue Einstellungen, besser neue „Einsichten“ erforderlich. BOB als Fahrer wird nicht alleine gelassen: Mit der Familie, den Freunden, den Wirten,

Mit diesem Hörbuch werden Sie ein besserer Mensch.

Sie werden sich bestens amüsieren, über die klare, vernunftgetriebene Sprache staunen, und am Ende werden Sie in sich gehen – und sich einfach an die Regeln halten. Jedenfalls meistens.



Die Straßenverkehrsordnung (StVO) – das Hörbuch

Sprecher: Christoph Maria Herbst
Ungekürzte Lesung Laufzeit: 2 Stunden, 3 Minuten
2 CDs €10,-*
ISBN 978-3-8398-1195-5



Einschließlich Booklet mit allen Verkehrszeichen



PRÄVENTIONSPROJEKT



(v. l. n. r.) Alois Junk, PP Trier; GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut, Josef Merten und Roland Rosinus, LPH Saarland beim Deutschen Präventionstag 2012.

sicher - Preis“ in Gold ausgezeichnet. Einen weiteren Preis bekam SAARBOB beim 3. Saarländischen

Weiterbildungspreis „Lernzugänge der Zukunft“ 2011, da – so die Jury – SAARBOB soziale Kompetenz vermittele. „Diese Tagung ist ein weiterer Baustein in der Entwicklung der BOB-Initiativen,“ sagte Lothar Schömann beim Treffen in St. Ingbert, „der Erfahrungsaustausch ist ein wichtiger Grundstein für die Vereinbarung gemeinsamer Projekte und der Schaffung eines Netzwerks, damit BOB auch in weiteren Ländern und Regionen Deutschlands etabliert wird.“

Zu den wesentlichen Ergebnissen der Tagung gehört die Vereinbarung zur Einrichtung eines deutschen BOB-Netzwerks. Es wird als Forum ausgestellt, in dem die BOB-Initiativen Erfahrungen austauschen, Aktionsideen vorstellen oder gemeinsame Aktivitäten sowie Beschaffungen planen und koordinieren können. Zu diesem Zweck beschlossen die deutschen BOB-Initiativen, eine zentrale Koordinierungs- und Ansprechplattform zu etablieren. Diese bietet auch Hilfestellungen und Informationen zur Gründung neuer BOB-Initiativen an.

BOB-Mitmacher können sich mit dem Link <http://lpmweb.lpm.uni-sb.de/lph/> und dem Passwort „bob-gast“ einloggen. Frau Bachmann und Herr Schömann begrüßten auch den Beschluss, künftig länderübergreifende BOB-Aktionen zu planen und durchzuführen. Dies werde BOB in Deutschland „bobulärer“ machen und manchen potenziellen Interessenten zum Mitmachen ermutigen.

Monika Bachmann: „Es erfüllt mich mit Freude, dass wir BOB nicht nur im Saarland erfolgreich etabliert haben, sondern auch überregional an einem Strang ziehen und uns gegenseitig unterstützen. Das Deutsche BOB-Netzwerk ist der Schritt

in die richtige Richtung. Ich würde mich freuen, wenn wir noch weitere Bundesländer zum Mitmachen motivieren könnten.“

Das neu gegründete BOB-Netzwerk präsentierte sich zum ersten Mal mit einem Gemeinschaftsstand beim 17. Deutschen Präventionstag (DPT) in München am 16. und 17. April 2012. Ziel war es, sich einem breiten Publikum vorzustellen und für das Projekt in den noch nicht teilnehmenden Bundesländern zu werben.

Der DPT ist der größte europäische Kongress speziell für das Arbeitsgebiet der Kriminalprävention sowie angrenzender Präventionsbereiche. Er bietet eine internationale Plattform zum interdisziplinären Informations- und Erfahrungsaustausch in der Prävention. Seit 1995 wird der jährliche Kongress in verschiedenen deutschen Städten veranstaltet (www.praeventionstag.de).

Die teilnehmenden BOB-Initiativen haben genau diese Chance des Informations- und Erfahrungsaustauschs gemeinsam genutzt. Sie haben in vielen Gesprächen neue Interessenten von der BOB-Botschaft und dem Konzept überzeugen können.

Zweites überregionales BOB-Treffen in Gießen

Am 15. und 16. November trafen sich die BOB-Initiativen aus Bayern, Rheinland-Pfalz und dem Saarland bereits zum zweiten Mal nach 2011. Gastgeber der Veranstaltung war das Polizeipräsidium Mittelhessen. Weitere Gäste kamen aus Landesaktionen des „Bundes gegen Alkohol und Drogen im Straßenverkehr“ (BADs). Nina Tzschentke reiste als Vertreterin der „Deutsche Verkehrswacht e.V.“ aus Berlin an, um der Tagung beizuwohnen.

Peter Kreuter, Vizepräsident des Polizeipräsidium Mittelhessen, wünschte einen guten Tagungsverlauf.

Die Beratung stand im Zeichen der: Analyse, Diskussion und dem Austausch von Erfahrungen der BOB-Initiativen sowie der Vorstellung von Neuerungen, Besonderheiten und der neuen bundesweiten Homepage. Dazu kamen Präsentationen der Evaluationen des Trier-BOB's und der Aktion aus Mittelhessen. „BOB wirkt!“

Eine wissenschaftliche Untersuchung der Uni Gießen stellt heraus, dass die Unfallzahlen der Jahre 2006 bis 2011 im Bereich des Polizeipräsidium Mittelhessen im Vergleich zu anderen Regionen um 44 Prozent zurückgingen. Wichtige Erkenntnis und Mutmacher zugleich! Nähere

Infos zum Ergebnis der Studie: http://www.aktion-bob.de/aktionen/sonstige/evaluation_uni-gi_aktion-bob_09-2012.html

Reger Informationsaustausch

Nach den Prinzipien „von anderen lernen“ und „best practice“ nahmen die Tagungsteilnehmer durch den regen Informationsaustausch andere Ideen und neue Wege zur Weiterentwicklung und Optimierung des eigenen BOB-Programms mit. Ein Thema war die Gewinnung weiterer Förderer, z. B. von Gaststätten mit Hilfe eines neuen Betreuungskonzeptes.

Weitere Punkte waren die Diskussion zur Nutzung sozialer Netzwerke wie Facebook und die Formen der Werbung im öffentlichen Raum, beispielsweise mit der Bereitstellung einer App bzw. eines QR-Code fürs Handy bzw. den Tablet-PC.

Die BOB-Initiativen einigten sich auf den in Mittelhessen entstandenen Entwurf einer gemeinsamen Internetseite: www.bob-deutschland.de

Ab sofort sieht der Internetnutzer unter der Domain www.bob-deutschland.de mit einem Blick über die dort abgebildete Deutschlandkarte das Verbreitungsgebiet von BOB. Von dort aus führen Links unmittelbar auf die Internetseiten der jeweiligen Initiativen. Sehr konstruktiv diskutierten die Initiativen die Anschaffung neuer, sehr verschiedener Werbemittel. Die vorgestellte Palette war vielfältig, kreativ und innovativ.

Wesentliche Rollen spielten eine bundesweite Identifikation mit dem Symbol der Aktion BOB, die Sinn- und Zweckmäßigkeit sowie eine Kostenreduktion durch gemeinsame Beschaffungen. Die Berichte der Initiativen nähren die Hoffnung, dass sich BOB bundesweit weiter entwickelt.

Es mehren sich die Anfragen interessierter Kommunen, Gemeinden, Landkreise oder Städte mit unterschiedlichen Trägern. Diese Anfragen kommen auch aus angrenzenden Bundesländern wie Nordrhein Westfalen und Baden-Württemberg. Die Initiativen werden nicht müde, diese Interessierten zum Mitmachen zu ermutigen und weitere zu finden. Polizeidirektor Manfred Kaletsch, Leiter der Aktion BOB in Mittelhessen und Organisator der zweiten Tagung der BOB-Initiativen Deutschlands, war hoch zufrieden mit dem erfolgreichen Veranstaltungsverlauf und den Ergebnissen.

„Ich bin stolz auf die von Mittelhessen ausgegangene Entwicklung in Deutschland und auf den Erfolg von BOB“, sagte Kaletsch. BOB erreiche die jungen Leute und



PRÄVENTIONSPROJEKT

stärke deren Verantwortungsbewusstsein. „Das Präventionsprogramm ist ein Mosaikstein, um die von alkoholisierten jungen Fahrerinnen und Fahrern verursachten Verkehrsunfälle mit besonders schweren Folgen zu reduzieren ... ich wünsche mir eine andauernde gute Zusammenarbeit mit allen vorhandenen und hoffentlich bald neu hinzukommenden BOB Initiativen.“

Alle Teilnehmer waren sich einig, sich in diesem Jahr erneut zu treffen.

Manfred Schweizer, Polizeipräsident Mittelhessen, leitete zum Abschluss der Veranstaltung eine vielbeachtete Pressekonferenz. Die örtliche Presse berichtete umfangreich von der Tagung, u. a. „BOB ist wieder einen Schritt näher an seinem Ziel“. Er gab noch seiner Hoffnung Ausdruck, dass BOB auch auf den Osten und

Norden der Republik überschwappt, denn dort gäbe es noch Nachholbedarf.

Mindestens fünf BOB-Initiativen präsentierten vor wenigen Tagen beim Deutschen Präventionstag in Bielefeld gemeinsam das erfolgreiche Präventionsprogramm.

Das Landesinstitut für Präventives Handeln (LPH) koordiniert alle saarländischen BOB-Aktivitäten. Das bundesweit erste und einzige LPH hat seinen Sitz in St. Ingbert und wurde 2009 mit dem Ziel gegründet, präventive Maßnahmen zu konzipieren, bestehende Maßnahmen und Projekte zu koordinieren, Akteure zu vernetzen und durchgeführten Maßnahmen zu evaluieren. Den Akteuren im Bereich der Prävention, aber auch den Bürgerinnen und Bürgern, steht eine kompetente Anlaufstelle für Prä-

ventionsfragen zur Verfügung. So können präventive Kompetenzen effektiv genutzt und koordiniert werden. Zielgruppen sind Kinder, Jugendliche und Heranwachsende sowie Menschen, die erzieherisch tätig sind.

Landesinstitut für Präventives Handeln (LPH)

Hanspeter-Hellenthal-Str. 68

66386 St. Ingbert

Tel.: 0681-501-3840

Fax: 0681/501-3839

Mail: info@lph.saarland.de

www.lph.saarland.de

Texte und Fotos:

Martin Ahlich, Polizeipräsidium Mittelhessen, Pressestelle

Roland Rosinus, Landesinstitut für Präventives Handeln (Saarland)

VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE

Schöngefärbte Botschaften

von Thomas Gesterkamp

Väter in Unternehmen 2025: Die Trendstudie einer Hamburger Beratungsfirma beschreibt, wie eine neue Männergeneration „Familie, Gesellschaft und Wirtschaft verändert“. Der Ausblick ist gut gemeint, neigt aber in einigen Passagen zur Schönfärberei. Die Expertise ignoriert die Interessengegensätze zwischen Unternehmen und Arbeitnehmern, vor allem vermeidet sie weitgehend das zentrale Thema Arbeitszeit. Nur am Rande erwähnt sie die betrieblichen Konflikte um die traditionelle männliche Unentbehrlichkeitskultur: Während „moderne“ Väter Freiräume für ihre privaten Verpflichtungen einfordern, hadern ältere Führungskräfte mit angeblichen jungen Karriereverweigerern.

Die familienpolitische Debatte kreiste lange einseitig um das Thema Elternzeit, im Mittelpunkt standen die Probleme junger Paare direkt nach der Geburt. Kinder aufzuziehen dauert aber bekanntlich keine zwei Monate, sondern eher 20 Jahre. Vor allem an den Arbeitsplätzen von Vätern und Müttern entscheidet sich daher, ob „Vereinbarkeit“ und Rollenexperimente

möglich sind. Die Hamburger Väter gGmbH hat jetzt in einer gut 80 Seiten starken Trendstudie beschrieben, wie Väterlichkeit künftig zwischen Familie und Erwerbswelt gelebt werden kann. Wichtigste Datengrundlage war eine repräsentative Online-Umfrage unter 1.000 Vätern in Deutschland; zusätzlich wurde auf andere Einstellungsuntersuchungen sowie auf

Experteninterviews zurückgegriffen. Die Expertise präsentiert das Thema als „Win-Win-Situation“. Sie unterstellt Firmen ein profitables Eigeninteresse, wenn Mitarbeiter berufliche und persönliche Belange ins Gleichgewicht bringen können. Forschungsinstitute wie Prognos haben der „familienfreundlichen“ Personalpolitik schon vor Jahren eine angebliche Rendite von bis zu 25 Prozent bescheinigt. Mit ökonomischen Argumenten sollten so zögerliche Manager überzeugt werden, dass es sich keineswegs um „Sozialklimbim“ handelt. Die Argumentation ist gut gemeint, aber nicht besonders realistisch. Denn in der vorherrschenden, kurzfristig angelegten Logik der Betriebswirtschaft ist ein Workaholic, solange er nicht ernsthaft seine Gesundheit gefährdet, schlicht effektiver als eine Teilzeitkraft.

Unsichtbare Väter

Schöngefärbte Botschaften prägen seit langem die öffentliche Diskussion. Den politischen Sonntagsreden über die Bedeu-

Anzeige



Integration von Polizeitechnik in Fahrzeuge

Mit unserer langjährigen Erfahrung im Aus- und Umbau von Sonderfahrzeugen im Großkundenbereich sind wir auch Ihr Partner für Fahrzeuge mit speziellen Anforderungen für BOS Polizei-, und Behördenfahrzeuge. Kontaktieren sie uns, wir beraten sie gerne oder schicken ihnen unser Leistungsangebot.

S Göttinger
Sonderfahrzeugbau

Telefon: 0551-99865-58
Mail: info@gsfb.de
www.gsfb.de



tung von Familien folgen Werktagsreden über die Notwendigkeit totaler Flexibilität im Betrieb. Erst gibt Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt gemeinsam mit Bundesfamilienministerin Kristina Schröder eine Erklärung zu „familienbewussten Arbeitszeiten“ ab; bald darauf fordert er, die Dauer der Elternzeit zu reduzieren. Das wichtigste Ziel lautet, Mütter schnell wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Das unternehmensnahe Institut der deutschen Wirtschaft verlaublich, der Gehaltsunterschied zwischen Männern und Frauen sei viel geringer als oft dargestellt, er beruhe auf weiblicher Teilzeit und „familienbedingten Erwerbspausen“. Dass Väter beruflich ständig zur Verfügung stehen, höchstens zwei „Papamonate“ nehmen und danach auf keinen Fall weniger arbeiten, versteht sich ohnehin von selbst.

Trotz der engagierten Beraterrhetorik werden auch künftig private Wünsche und Verpflichtungen mit den Zwängen des Erwerbslebens kollidieren. Kinder und pflegebedürftige Angehörige dürfen im betrieblichen Kontext vor allem nicht

stören, sie sollen weitgehend „unsichtbar“ bleiben. Smarte Bildinszenierungen „moderner“ Väterlichkeit können die Gegensätze zwischen beruflichen und familiären Wertesystemen nicht verdecken. Fast alle Jobs verlangen Beweglichkeit und Aufgeschlossenheit gegenüber Neuem; Kinder dagegen sind konservativ, sie suchen feste räumliche und personale Bindungen, wollen verlässliche Eltern und keine hochmobilen Arbeitnehmer, die fast nie zu Hause sind oder dauernd an einen anderen Ort umziehen. Erwerbsarbeit und Privatleben sind eben nicht beliebig „vereinbar“, sondern bestenfalls in individuellen biografischen Kompromissen kombinierbar.

Weitere Informationen

Der Gehaltsunterschied zwischen Männern und Frauen liege hierzulande bei unter zwei Prozent, behauptet eine aktuelle Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Dieser niedrige Wert steht im Gegensatz zu Berechnungen der Europäischen Union und der OECD, die Einkommensdifferenzen von über 20 Prozent ermittelt haben. Der IW-Vergleich berücksichtigt Faktoren wie Teilzeitbeschäftigung, Bildungsstand, Dauer der Betriebszugehörigkeit und familienbedingte Auszeiten. Frauen, so die arbeitgebernahen Wissenschaftler, machen in Deutschland seltener Karriere, weil sie deutlich mehr als Männer in Teilzeit arbeiten – „eine Beschäftigungsform, die sich mit Führungsverantwortung schwer vereinbaren lässt“.

Jutta Allmendinger, Leiterin des Wissenschaftszentrums Berlin, bezeichnet die IW-Berechnungen als „rheinische Zahlenspiele“. Die Nachricht von der fast erreichten Lohngleichheit sei eine „Ente“, hier würden „fiktive mit realen Größen verglichen“. Frauen verdienen Allmendinger zufolge im Lebensverlauf betrachtet immer noch deutlich weniger als Männer, vor allem wegen der schlechten Bezahlung in den Erziehungs- und Gesundheitsberufen und wegen fehlender Kita-Plätze in der Familienphase: Neben einer guten Betreuungsinfrastruktur, so fordert die Arbeitsmarktforscherin, „brauchen wir Betriebe, die Beruf und Familie vereinbar machen und Pausen nicht sanktionieren; und eine Kultur, die Arbeit zwischen den Geschlechtern gleichgewichtig verteilt“. tg

Kaltes Wasser

Zwar wächst die Bedeutung der Loyalität von Beschäftigten angesichts des Fachkräftebedarfs in bestimmten Branchen und Regionen. Eine wachsende Minderheit auch der männlichen Mitarbeiter sucht Alternativen jenseits der klassischen Karrierewege. Die Rücksichtnahme der Vorgesetzten und Kollegen auf private Verpflichtungen und gesundheitliche Belastungen wird erwartet. Doch betriebliche Interessengegensätze existieren selbstverständlich auch beim Thema Vereinbarkeit. So gibt es einen Wertekonflikt zwischen dem Interesse der „modernen“ Väter an einem ganzheitlichen Leben und dem Festhalten der Vorgesetzten am traditionellen männlichen Arbeitsethos.

Die „Apokalypse des Chefseins“ sieht das „Handelsblatt“ angesichts der vermeintlichen Karriereverweigerer nahen. Das „Manager Magazin“ titelte „Die Herren baden gerne lau“ – angelehnt an einen historischen Spruch des SPD-Politikers Herbert Wehner über den früheren Bundeskanzler Willy Brandt. Die Führungsetagen beklagen Freizeitorientierung, schwindenden Aufstiegswillen und „Scheu vor Verantwortung“ in der Generation Y, den gerade in den Beruf eingestiegenen Geburtsjahrgängen zwischen 1981 und 1994. Es sei eine Herausforderung, den Fokus der sinnsuchenden Ypsiloner „konstant auf Leistung zu richten“, orakelt eine Personalexpertin. Die Dinosaurier-Dads an der Spitze der Hierarchie verweigern kürzere und beweglichere Arbeitszeiten nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen. Sie wollen die jüngeren Kollegen schlicht erziehen: Schluss mit der lauwarmen Kuschelpädagogik, ab ins kalte Wasser!

Nur einzelne Firmen haben bisher überzeugende Konzepte vorgelegt, die Eltern oder pflegenden Mitarbeitern entgegenkommen. Diese Vorzeigebispiele prägen aber den Diskurs auf Fachtagungen, in Wettbewerben oder Zertifizierungsverfahren. So entsteht der falsche Eindruck, es handele sich bereits um einen vorherrschenden Trend. Weitgehend unberührt davon hält sich in den „Vielarbeiterfestungen“ jedoch eine Betriebskultur, die durch lange Anwesenheit, Überstunden, permanentes Getriebensein und wenig persönliche Zeitsouveränität geprägt ist. Die Flexibilisierung im Arbeitgeberinteresse deckt sich keineswegs mit den Wünschen der dort Beschäftigten. Die ständige Bereitschaft in einer 24-Stunden-

Anzeige



BRUNOX®
Waffenpflege ist
- Laufreinigung,
- Korrosionsschutz
- und Schmierung

Erhältlich im guten Fachhandel / Info und Händlernachweis:
BRUNOX Korrosionsschutz GmbH, Tel. 0841/961 2904; Fax / 961 2913



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller
Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % %

Informieren Sie sich! % % %

Telefon: (02207) 76 77

www.fahrzeugkauf.com



www.polizeifeste.de

Alle Polizeifeste
der GdP auf einen Blick!



VEREINBARKEIT VON BERUF UND FAMILIE

Ökonomie ist weder gesundheitsfördernd noch familienfreundlich, oft behindert sie vielmehr eine gelungene Balance.

Die Studie

Finanzielle Unterstützer der Trend-

studie „Moderne Väter – Wie die neue Vätergeneration Familie, Gesellschaft und Wirtschaft verändert“ waren die Stadt Hamburg, die Hessenstiftung, die Unternehmensberatung Ernst & Young sowie die deutsche Niederlassung des spanischen Konzerns Telefonica.

Die Expertise steht als pdf-Datei unter

www.vaeter-ggmbh.de im Netz und ist als gedruckte Broschüre unter folgender Adresse erhältlich: **Väter gGmbH, Ruhrstraße 19, 22761 Hamburg, Telefon 040-88168924, info@vaeter-ggmbh.de**

Kontakt: thomas.gesterkamp@t-online.de

VERANSTALTUNG

13. Wissenschaftliche Fachtagung der Kriminologischen Gesellschaft 2013

3. Wissenschaftliche Fachtagung der Kriminologischen Gesellschaft findet vom 26. bis 28. September 2013 in Fribourg (Schweiz) statt. Die Tagung hat das Thema: „Risiken der Sicherheitsgesellschaft. Sicherheit, Risiko und Kriminalpolitik“.

Interessenten sind herzlich eingeladen, Vorschläge für eigene Beiträge einzurei-

chen; diese können sich auf die Gestaltung von spezifischen Foren durch mehrere Beteiligte, auf Einzelvorträge in freien Foren oder auch auf Poster beziehen. Alle Vorschläge werden bis 31. Juli an die Adresse des Organisationsteams erbeten, bevorzugt mit E-Mail:

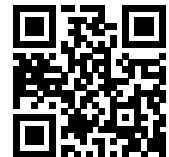
krimg2013@unifr.ch

Kontaktadresse für weitere Fragen: Organisationsteam KrimG-Tagung, c. o. Lehrstuhl für Strafrecht und Rechtsphilosophie (Prof. M. A. Niggli), Universität Freiburg, Beaugard 11, 1700 Freiburg/Schweiz, Telefon 0041-26-3008086

Prof. Dr. Hans-Jürgen Kerner

OR-Code:

**Zur Homepage der
13. Wissenschaftlichen
Fachtagung der Krimino-
logischen Gesellschaft**



Anzeige



Celenus-Kliniken GmbH
Moltkestraße 27, 77654 Offenburg
Telefon: 0781 932036-0
info@celenus-kliniken.de
www.celenus-kliniken.de



Ihr Start in ein ausgeglichenes Leben

Die Celenus-Gruppe bietet Ihnen deutschlandweit Gesundheitsleistungen für Akutbehandlungen in der Psychosomatik sowie medizinische Rehabilitation aus den Bereichen Psychosomatik, psychiatrische Rehabilitation, Orthopädie, Kardiologie, Neurologie, Mutter/Vater-Kind-Präventionskuren und Onkologie. An folgenden Standorten haben wir uns auf die Diagnostik und Behandlung von Stressverarbeitungsstörungen spezialisiert und **bieten sowohl die Möglichkeit zur Prävention als auch zur Behandlung solcher Erkrankungen an:**

Celenus-Kliniken mit Spezialisierung auf Diagnostik und Behandlung des Burn-out-Syndroms:

Celenus Klinik Schömburg
Fachklinik für Psychosomatische Medizin u. Psychotherapie
Dr.-Schröder-Weg 12, 75328 Schömburg
Tel. 07084 50-0, www.klinik-schoemberg.de

Celenus Klinik Kinzigtal
Psychosomatische Fachklinik, Zentrum für stressbedingte Erkrankungen und Schmerzstörungen
Wolfsweg 12, 77723 Gengenbach, Tel. 07803 808-0
www.klinik-kinzigtal.de

Celenus Fachklinik Freiburg
Zentrum für Stress- und Schmerzkrankungen
An den Heilquellen 2, 79111 Freiburg
Tel. 0761 88859-0, www.fachklinik-freiburg.de

Celenus Deutsche Klinik für Integrative Medizin (DEKIMED)
Fachzentrum für Innere Medizin/Stoffwechsel, Psychosomatik und Orthopädie
Prof.-Paul-Köhler-Straße 3, 08645 Bad Elster, Tel. 037437 75-0
www.dekimed.de

Nexus Klinik Baden-Baden
Privates Akutkrankenhaus für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie
Hermann-Sielcken Straße 80, 76530 Baden-Baden
Telefon 07221 30196-0, www.nexusklinik.de

Celenus Klinik Carolabad
Zentrum für Verhaltensmedizin, Psychosomatik, Psychotherapie und Psychiatrische Rehabilitation
Riedstraße 32, 09117 Chemnitz
Telefon 0371 8142-0, www.carolabad.de



Für die Praxis



Disziplinarrecht

Für die
polizeiliche Praxis

Von **Christoph Keller**.
2. Auflage 2012,
312 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
19,90 € [D],
ISBN 978-3-8011-0679-9



Sozialvorschriften im Straßenverkehr

Leitfaden für Ausbildung,
Fortbildung und Praxis
mit den wichtigsten
Gesetzen und Verord-
nungen

Von **Detlef Salentyn**
und **Thomas Andres**.
8. Auflage 2012, 376 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
29,90 € [D],
ISBN 978-3-8011-0677-5



Vernehmungen

Taktik – Psychologie –
Recht

Von **Heiko Artkämper**
und **Karsten Schilling**.
2. Auflage 2012,
368 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
19,90 € [D],
ISBN 978-3-8011-0665-2



Suizid

Umgang mit
gefährdeten Personen

Von **Guido Kolk**
und **Jens Walkowiak**.
1. Auflage 2011,
144 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
19,90 € [D],
ISBN 978-3-8011-0667-6



Verkehrsstraftaten

Leitfaden für Ausbil-
dung, Fortbildung
und Praxis

Von **Bernd Brutscher**.
8., überarb. und aktual.
Auflage 2011,
512 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
22,90 € [D],
ISBN 978-3-8011-0666-9



Großraum- und Schwertransporte

Grundlagen für die
polizeiliche Praxis

Von **Thomas Andres** und
Klaus Peter Leg.
3. Auflage 2012,
232 Seiten,
DIN A 5, Broschur,
19,90 € [D],
ISBN 978-3-8011-0676-8



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.VDPolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

„Nationale Küstenwache“ verspricht keinen fachlichen Mehrwert

Personalbestand WSP seit 15 Jahren rückläufig

„Wenn der Personalabbau bei der Wasserschutzpolizei (WSP) so weiter geht, gibt es statistisch in 80 Jahren keine WSP mehr“, so Michael Kock, Fachausschuss Wasserschutzpolizei in Niedersachsen, zur Einleitung in die Thematik „Entwicklung der Wasserschutzpolizeien der Länder“. Tatsächlich schein es so, dass die Sparzwänge der Länder sich immer mehr zum Nachteil der wasserschutzpolizeilichen Aufgabenwahrnehmung auswirkten.

Schon jetzt sei festzustellen, dass Organisationsänderungen, wie zum Beispiel in Niedersachsen 2011, keinen positiven Beitrag zur Entwicklung der inneren Sicherheit auf dem Wasser geleistet hätten. Erhoffte Synergien zwischen Schutzpolizei und Wasserschutzpolizei hatten sich ebenso nicht eingestellt. „Dafür sind die Aufgaben und das erforderliche Fachwissen zu verschieden. Nur mit einem fachqualifizierten Mindestpersonalbestand können die Aufgaben auf dem Wasser bewältigt werden.“

In Bremen habe die Abgabe der grenzpolizeilichen Vollzugsaufgaben an die Bundespolizei zwar zu einer Entlastung des Landeshaushaltes geführt, der „Bundessteuerzahler“ jedoch werde in einem nicht unerheblichen Ausmaß belastet. Mit der Reduzierung von Wechselschichtdiensten in Mecklenburg-Vorpommern werde auch in diesem Küstenland der Personalbestand der WSP weiter verringert.

Ende 2012 trafen sich in Hamburg Vertreter der Fachausschüsse Wasserschutzpolizei (WSP) der Länder Niedersachsen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern zu einer gemeinsamen Fachsitzung im sogenannten Nordverbund. Erstmals waren zu dieser Sitzung auch die Leiter der Wasserschutzpolizeien der Küstenländer eingeladen. Am Ende veröffentlichten die Nordlichter ein gemeinsames Positionspapier.

„Lediglich Hamburg und Schleswig-Holstein haben noch politische Rücken- deckung und Unterstützung. Aber wie lange noch?“ Umorganisationen in den Ländern können auch hier die Eigenständigkeit der WSP als fachlichen Dienstzweig gefährden.

Verzichtbares Einsatzmittel Küstenboot?

Polizeiiboote seien für die Aufgabenwahrnehmung auf dem Wasser immanente Voraussetzung, so die GdP-Vertreter des Nordverbundes, die mit Besorgnis sähen, dass die Finanzressorts der Länder Niedersachsen und Bremen immer weniger finanzielle Mittel für den Erhalt der seegehenden WSP-Flotte bereitstellten. In Niedersachsen sei von ehemals vier

seegehenden und in Bremen von ehemals drei „Großen Küstenbooten“ nur noch ein niedersächsisches Boot vorhanden und einsetzbar. Dieses Boot werde wechselseitig durch Niedersachsen und Bremen besetzt. Als Folge führe dies im gesamten Zuständigkeitsbereich zu einer erheblich reduzierten polizeilichen Präsenz und zum Teil auch zu temporär polizeifreien Räumen. Bremen teile sich zudem mittlerweile ein großes Streckenboot mit der Feuerwehr.

Schleswig-Holstein, Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern seien mit ihren Flotten noch gut aufgestellt. Die Sicherheit an der Küste schein in diesen Ländern einen höheren Stellenwert zu haben als in Niedersachsen oder Bremen. Dabei seien Ereignisse wie das Auflaufen des Öltankers ‚Katja‘ im Nationalpark Niedersächsisches Wattenmeer bedenklich genug, um eine verstärkte polizeiliche Verkehrsüberwachung durch die WSP zu fordern. „Der deutsche Tanker-Hafen Wilhelmshaven ist eine tickende Zeitbombe für den Nationalpark Wattenmeer, wie sich bei diesem Vorfall gezeigt hat“, sagte WWF-Wattenmeerexperte Hans-Ulrich Rösner.

Aber nicht nur Wilhelmshaven, auch der westliche Bereich der Nordseeküste müsse polizeilich überwacht werden können. Mit nur einem – in Wilhelmshaven stationierten – „Großen Küstenboot“ sei das jedoch nicht möglich. Vorhandene „Kleine Küstenboote“ sind für den Einsatz jenseits der Inseln und bei schlechter Wetterlage nicht geeignet. **Michael Kock**

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

In ihrem Selbstverständnis als Klinik für Ganzheitsmedizin arbeitet die Habichtswald-Klinik auf der Ebene einer integrativen Betrachtung von Körper, Seele und Geist in einer Synthese aus Schulmedizin, Naturheilverfahren und komplementärer Therapien. Die Klinik hat einen Versorgungsvertrag nach §111 und ist nach § 30 GWO als behilfefähig anerkannt.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen ist die Habichtswald-Klinik als Rehabilitationsklinik anerkannt, bei den privaten Krankenversicherungen als „Gemischte Einrichtung“ die auch Akutbehandlungen gemäß OPS 301 durchführt. Die Beihilfestellen rechnen mit der Klinik den allgemeinen niedrigsten mit den Sozialversicherungsträgern vereinbarten pauschalen Pflegesatz ab.

Spezielle Behandlungskonzepte zu

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus, Schwindel und Lärmschäden
- depressiver Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumatherapie
- Missbrauch von Suchtmitteln
- onkologischen und internistischen Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



Jörg Radek als neuer Ansprechpartner für GdP-Bundesseniorenvorstand

Einen Wechsel in der Betreuung der Arbeit des Bundesseniorenvorstandes der GdP gab es in der Februar-Sitzung: Hugo Müller, Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstandes (GBV) und stellvertretender Bundesvorsitzender bis Januar 2013, wurde unlängst saarländischer Landespolizeivizepräsident. „Wer von der GdP kommt und ins Arbeitgeberlager geht, sollte die Gewerkschaftsinteressen nicht vergessen“, sagte er bei der Verabschiedung. Bundesseniorenvorsitzender Anton Wiemers bedankte sich für die gute Zusammenarbeit.

Er habe ein langes Gewerkschaftsleben mit Höhen und Tiefen erlebt, versicherte Müller. Es sei ein Gefühl da, in der GdP viel Lebenserfahrung gesammelt zu haben. Der Seniorengruppe sei er dankbar für die gewerkschaftspolitische Begleitung. Die Weichen seien in die richtige Richtung gestellt.

1998 habe ihn Hermann Lutz angesprochen, Verantwortung zu übernehmen im GBV, sagte Müller. Es sei eine schwierige Zeit gewesen, da die Mitgliederentwicklung negativ verlaufen sei. Heute könne man wieder mit einem Zuwachs von 1,5 bis 2 Prozent rechnen. Positiv sei auch, dass drei neue, aktive und fähige Leute in den GBV gekommen seien. Er selbst, so Müller, sei aus der Jungen Gruppe gekommen, Artur Jung habe ihn gefördert. Was aus ihm geworden sei, sei auch sein Verdienst. Viele Senioren hät-

ten den jungen Leuten gehören, ihnen ihren riesigen Erfahrungsschatz weitergeben. Es sei richtig, den Senioren Wertschätzung entgegenzubringen. Er habe Wiemers gern den Rücken gestärkt in rauem Fahrwasser. „Werdet nicht müde, an eurer Sache zu arbeiten“, gab er den Senioren mit auf den Weg. Nur Schmusekurs zu fahren,

verändere nicht die Welt. Er habe das Gefühl, dass es mit den Haushalten des Bundes und der Länder nicht zum Besten stehe. Das werde sich auch auf die Arbeit der Polizei auswirken. Die politische Zunft sei aber verpflichtet, hier entgegenzuwirken.

Zugleich stellte sich Jörg Radek als der



Mit einem kleinen Geschenk verabschiedete der Bundesseniorenvorsitzende Anton Wiemers, (li.), den ehemaligen Seniorenbeauftragten Hugo Müller.
Fotos: Norbert Weinbach

Reise & Erholung

Sommer Abenteuer bei uns
TOP ANGEBOT
Canyoning & Raftingtour,
1x grillen am Lagerfeuer und
2 ÜF / Pension DU-WC
Preis pro Person ab € 157,-
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at
Telefon: 0043 5252 6721

TIROL: „Bergsommer“ – Silvretta-region – Paznaunal
Romantisch, traumhaft gelegenes, sehr gepflegtes 3-Sterne-Haus in einem der schönsten Täler Tirols. Komfortzimmer, moderne u. gemütliche Appartements, Liegewiese, Terrasse, Kinderspielplatz, beheizter Swimmingpool, Internet, Tagesbar, Tischtennis, Tischfußball usw.; wunderschöner Wellness- u. Fitnessbereich. Superwanderhotel in schönster Traumlage. Geführte Wanderungen d. d. Chef (Bergführer); Wander- u. Mountainbikeparadies.
Superpauschalwoche „Bergsommerwoche 2013“ inkl. Frühstücksbuffet oder HP u. tolles Aktivprogramm!
Neu: Badesee u. Freizeitanlage u. „SILVRETTA-CARD INCLUSIVE“.
STARK ERMÄSSIGTE KOLLEGENPREISE!
Info: Hotel Garni BERGWELT, A-6553 See 19
Tel.: 00 43-54 41-83 97, Fax: -8397-19
E-Mail: info@bergwelt-see.at,
Homepage: www.bergwelt-see.at

Grömitz/Ostsee
Schöne 2-Zi-Nr-Fewo für 4 Pers. mit Balkon, Fahrräder incl., Ferientermine noch frei, Tel.: 0 43 26/21 14

MAURITIUS, LUXUSANLAGE VON PRIVAT
Ab € 76,- p. P. / Tag / HP, 0 21 58-40 08 05
www.mauritius-traumvilla.de

Nordfriesland (dän. Grenze), Nähe Sytt, 4*/3*-NR-FeWo., 2-4 Pers., ab 37,- €, 0 46 63/71 96,
www.nordfriesland-fewo.de

Bayerischer Wald, komf. FeWo** v. Kollegen**
ab 2 Pers., ab 30 €/Tag, 9348 5 Rimbach, Tel./Fax: 0 99 41/7118, www.ferienwohnung-gammer.de

Urlaub auf dem **Bauernhof im Berchtesgadener Land, Obb., Nähe Salzburg, 5 Fewo's**
(Fewo 26,- bis 48,- €/Tag plus ger. NK), ruhig und sonnig, Pony, Juni/Juli/Aug. noch freie Termine. Tel. 0 86 56/8 37, www.obermoarhof.de

Fehmarn/Ostsee
2-Raum-FeWo. für 4 Pers., am Süstrand, 50 m z. Promenade, Kabel-TV Preise gem. Saison
Telefon: 0 40 6 784581
www.fehmarn4family.de

Ostsee
Exkl. FeWo. in neuem Haus in Sierksdorf, 60-90 m², EBK, direkte Strandlage, Seeblick, Hansapark, auch f. Gruppen. Erm. Kollegenpreise.
Tel.: 0 45 63/70 21, Ostsee@gmx.info
www.ostseeferienwelt.de

Franken b. Bamberg, eig. Metzgerei.
Menüwahl, Wald u. Berge, Lift, 75 Betten, DU/WC/TV, HP 5 Tage ab 145,- €. Tel. 0 95 35/2 41, zur-sonne-urlaub.de/Prospekt anford.

Bayr. Alpen, Saulgrub bei Oberammergau
v. Koll. gemütliche FeWo, 2-5 Pers., 34,-40,- €, Sat-TV, Südbalkon, Alpenblick.
Prospekt: Tel. 0 88 45/95 84, Lkr. Garmisch
E-Mail: karl.unhoch@t-online.de

Kollege bietet ruhige FEWO für 2-3 Pers. mit Terrasse im Ahrtal/Rheinland, Bad Neuenahr-Ahrweiler/Lantershofen, 35,- € pro Tag +10,- € Endreinigung.
FEWO Retterath · Lambertusstr. 3 · 53501 Lantershofen · Tel. 0 26 41/2 94 03, Fax 20 70 55

THAILAND www.royalsiamgolf.de
(Ermäßigungen für Polizei u. a.)



SENIOREN



Jörg Radek, (r.), in neuer Verantwortung für die Arbeit des GdP-Bundsseniorenvorstandes, links im Bild Geburtstagskind Rudi Refinger aus Niedersachsen.

zuständige neue Mann für die Senioren vor. 1978 war er zur Polizei gegangen, wurde 1998 in den GBV gewählt. Gefragt, ob er Seniorenarbeit machen wolle, habe ihn niemand. Er habe sich die Senioren selbst ausgesucht, sagte Radek. „Wir müssen dicht bei den Menschen sein“, ist seine Devise.

Der demografische Wandel der Polizei führe in den kommenden Jahren zu Massenpensionierungen. Zusammen mit Personaleinsparungen erwache dies zu einer unerträglichen Arbeitsbelastung. Das Thema müsse bei den Innenministern festgemacht werden. Er habe allerdings den Eindruck, dass die innere Sicherheit kein großes Thema sei. Das Programm enthalte beispielsweise nichts über Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr. Die GdP habe es zusammen mit der Eisenbahngewerkschaft und den Zugbegleitern zu

einem Thema gemacht. Hier gehe es auch um ältere Menschen.

Weiteres Thema seiner Ausführungen war die Führungskultur in der Polizei, die permanent neu organisiert wird. Stetige Optimierung von Arbeitsprozessen darf nicht zu einer „seelenlosen Organisation“ führen. Polizeiarbeit ist Arbeit von Menschen für Menschen. Diesen Anspruch solle auch die Gewerkschaftsarbeit erfüllen. Seniorenarbeit dürfe nicht unter „Verschiedenes“ geführt werden. Sie sei kein Placebo. Seniorenarbeit sei arbeitsintensiv. Das Thema sei zu wichtig. „Ich werde es auf die Tagesordnung bringen“, versprach er den Seniorenvertretern. „Die Starken sollen die Schwachen mittragen“, sagte Radek.

Norbert Weinbach

Kapitalmarkt

Extra günstig vom Spezialisten anrufen und testen.

0800 - 1000 500

Free Call

Wer vergleicht, kommt zu uns, seit über 35 Jahren.



Beamtendarlehen superegünstig
effektiver Jahreszins*
5,27%
Laufzeit 7 Jahre

- Umschuldung: Raten bis 50% senken
- Beamtendarlehen ab 10.000 € - 125.000 €
- Baufinanzierungen günstig bis 120%

AK FINANZ

Kapitalvermittlungs-GmbH
Es. 11 Planken
68150 Mannheim
Fax: (0621) 178180-25
Info@AK-finanz.de

www.AK-Finanz.de

*Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte 6.D.

Außerst günstige Darlehen z.B. 30.000 € Sollzins (fest gebunden) 5,15%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 426 € effektiver Jahreszins 5,27%. Bruttobetrag 35.784 € Sicherheit: Kein Grundschuldentwurf, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung. Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, feste Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens- Renten oder Restschuldversicherung.

20 bis 100.000 Kredite
ohne monatliche
Belastung durch
Immobilienwerb.

Korrekte notarielle
Abwicklung wird garantiert.

Infos unter:
01 57-35 71 08 33

BARGELD noch
HEUTE!
Tel. **02 01/22 13 48**

Seit 1980 vermittelt PECUNIA GmbH
Kredite von 1000-100000 €.

- Laufzeit bis 240 Monate
- ohne Auskunft bis 10000 €

 45127 Essen · Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

Hypotheken, Beamten-
u. Angestelltdarlehen
Forwarddarlehen, Ratenkredite

Lösen Sie teure Kredite ab und senken
Sie die monatlichen Kosten.
Individuelle Beratung und
beste Konditionen vermittelt:

IFS Hans-Joachim Janke
Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 0231/9 1451 45

Caritas
international

www.caritas-international.de
Spendenkonto 202 753
Postbank Karlsruhe, BLZ 66010075

Diakonie
Katastrophenhilfe

www.diakonie-katastrophenhilfe.de
Spendenkonto 502 707
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70

Beamtenkredite für Beamte auf Lebenszeit, Beamte auf Probe und Tarifbeschäftigte im Öffentlichen Dienst

www.kredite-fuer-beamte.de

oder fordern Sie Ihr persönliches Angebot telefonisch an unter 0800-500 9880



Sonderdarlehen zu 1a-Konditionen!

www.1a-Beamtendarlehen.de

Nutzen Sie Ihren Status als Beamter, Angestellter oder Arbeiter im ÖD



0800-0404041

Jetzt gebührenfrei anrufen & unverbindlich informieren

NÜRNBERGER
Mehrfachgeneralagentur Finanzvermittlung
Andreas Wendholt
Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken-Wesek



Der Artikel über Burn-out hat mich sehr beschäftigt, zeigt er doch viele Facetten des täglichen Arbeitsumfeldes. Leider kann ich auch darüber berichten (und möchte es auch!) wie so das gesamte Arbeitsumfeld innerhalb der „Dienstmaschinerie“ einen „ausbrennen“ lässt.

Momentan bekomme ich durch die GdP-Rechtsschutz und das zum zweiten Mal – Danke!!!

Durch einen anerkannten Dienstanfall hatte ich einen Grad der Behinderung (GdB) von 40 mit Gleichstellung festgestellt bekommen. Dieser ist mittlerweile auf 60 mit Merkzeichen G erhöht! Nachweislich habe ich durch Feststellungsbescheid eine Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) von 30 Prozent (habe Erhöhungsantrag gestellt!).

Leider bin ich auch „Opfer“ der Bundespolizeireform mit knapp verfehlten Mindestsozialpunkten, da diese Schwerbehinderung nach Stichtagregelung festgestellt wurde – Entschuldigung, lieber Arbeitgeber – damit begann die Odyssee!

Aufgrund der auch vorhandenen Schwerbehinderung meiner Ehefrau und meiner eigenen durchlaufe ich zurzeit die Tiefschläge des Lebens. Nach OP im Jahr 2011 und Wiedereingliederung verschlechterte sich der Gesundheitszustand rapide.

Auch ein Arbeitsversuch (in Zusammenarbeit mit dem Arbeitsmedizinischen Dienst, AMD) gestaltete sich schwierig, da aufgrund von Arbeitsempfehlung gewisse Tätigkeiten nicht (vorerst) gemacht werden sollten. Auf diese Problematik hin, wurde der Vorgesetzte informiert.

Leider gab es dort immer wieder Reibereien, da gesagt wurde: „Was sollen wir machen, keine Leute und du bist auch PHM“ usw.

Ich wurde quasi oft falsch eingesetzt! Krönung war ein Gespräch mit dem DGL: „Du bringst uns hier nichts und ich möchte einen Antrag an den Dienststellenleiter schreiben (das ich im Streifendienst eigentlich nicht einsetzbar bin)“ ...

Anmerkung: Ich hatte ca. sechs Monate diesen Arbeitsversuch vom AMD „bekommen“ – danach hätte man immer noch entscheiden können, da ich ja soweit im Dienst war (Streifen!).

Die Situation spitzte sich zu, auch die Krankheit meiner Ehefrau! Eine Reha-Maßnahme vor kurzem war sehr schwierig, da ich in der zweiten Woche einen Brief erhielt, dass ich vorgesehen bin für eine Versetzung nach Frankfurt/Main!

Ich konnte mich noch gut daran erinnern, am Verhandlungstag (war übrigens mein

Geburtstag-Zufall?) am VG, sprach die gegnerische Seite davon, dass man natürlich eine mögliche soziale Härte beachten werde!?

Momentan bin ich krankgeschrieben, ein Gutachten brachte zusätzlich dazugekommene Gesundheitsbeeinträchtigungen mit sich.

Das sind die Umstände im täglichen Arbeitskampf! Vielleicht hätte man im Vor-



feld mal reden sollen mit den Mitarbeitern. Durch meine Gewerkschaft GdP habe ich Rechtsschutz, danke. Übrigens hatte mein Arbeitgeber mir eine mögliche Beförderung fast ein Jahr versagt, da ich ja eine OP mit längerer Krankschreibung hatte.

Fazit: Drei Klagen gegen den Arbeitgeber, diverse Eingaben beim Petitionsausschuss, Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Härtefallanträgen an den Personalrat, Unterstützungsantrag bei der Seelsorge, usw. usw. usw.

Jetzt geht der Kampf gegen die Mühlen weiter, da wohl demnächst ein Dienstunfähigkeitsverfahren eröffnet werden könnte.

Und ich war mal so motiviert! Als ein gewählter Vertreter der Schwerbehindertenvertretung meiner Dienststelle habe ich jetzt selbst zu kämpfen gegen die Mühlen der Bürokratie und des „Fallenlassens“ eines Mitarbeiters.

Die Zeit der Gespräche ist leider vorbei und fragt mich bitte nicht: „Na wie geht's“?

DANKE für die Arbeit mit den Menschen in einer Bundesbehörde!

Norbert Klifot, BPOLI Pasewalk



Ich bin seit 1984 Angehöriger der hessischen Polizei, 55 Jahre alt, Unfallsachbearbeiter und über 25 Jahre GdP-Mitglied.

Nachdem ich die Kommentare von Betroffenen gelesen habe, die überwiegend schlechte Erfahrungen mit ihrer vorgesetzten Dienststelle machten und offensichtlich in ihrer Krankheit allein gelassen werden, möchte ich etwas Positives zu diesem Thema beitragen:

Vor zwei Jahren bekam ich quasi über Nacht einen Tinnitus in Verbindung mit Schwindelanfällen. Ausgelöst wurden diese Symptome durch Überarbeitung und Stress am Arbeitsplatz. Nachdem ich einen HNO-Arzt aufgesucht hatte, der mir im Übrigen mitteilte, dass ich in Zukunft damit leben müsse, begab ich mich ins Polizeipräsidium zum Ärztlichen Dienst.

Kaum, dass ich das Arztzimmer betreten hatte, verschrieb mir die Polizeiarztin eine mehrwöchige Kur. Ich muss wohl ziemlich schlecht ausgesehen haben. Nachdem die Kur beendet war, trat ich wieder meinen Dienst an. An der vorherigen Situation hatte sich nichts geändert, was zur Folge hatte, dass ich ein Jahr später zu Hause einen heftigen Nervenzusammenbruch erlitt.

Zwei Tage später suchte ich meine Hausärztin auf, die mir vorschlug, eine Psychiatrie aufzusuchen, um mich stationär behandeln zu lassen. Nach zehn Wochen Therapie in einem psychiatrischen Krankenhaus wurde ich entlassen.

Nach der Entlassung wurde ich noch für mehrere Wochen krankgeschrieben. In dieser Zeit wurde ich überraschend von der BEM-Beauftragten (Betriebliches Eingliederungsmanagement) des PP Frankfurt angerufen und gefragt, ob sie mir helfen könne. Ich hatte mit einem solchen Anruf nicht gerechnet und war zugegebenermaßen misstrauisch.

Im Polizeipräsidium nahm sich die BEM-Beauftragte sehr viel Zeit für mich. Ich hatte endlich das Gefühl, gut verstanden zu werden.

Ca. vier Wochen später setzten sich die BEM-Beauftragte, mein Dienststellenleiter und der Leiter der Ermittlungsgruppe mit mir zusammen und gemeinsam erarbeiteten wir ein Konzept für eine Wiedereingliederung nach Hamburger Modell.

Kurzum: Ich muss sagen, dass ich von allen Seiten – insbesondere von meinen direkten Vorgesetzten – Unterstützung erfahre und mir Verständnis entgegengebracht wird. Ich befinde mich noch immer



in der Wiedereingliederung. Mir geht es allmählich besser. Sowohl der EG-Leiter als auch der Dienststellenleiter nehmen weiterhin Rücksicht auf meine Situation.

Ich möchte meine Erfahrung an dieser Stelle kundtun, weil zumindest in Frankfurt das Problem erkannt wurde und man durchaus bemüht ist, betroffenen Bediensteten zu helfen.

Berthold Beutel, per E-Mail



Im Großen und Ganzen gebe ich dem Autoren Recht, doch was aus meiner Sicht vergessen wurde, ist, dass der berufliche Stress auch Auswirkungen auf das Privatleben hat (natürlich auch umgekehrt) und das schließt sich der Kreis.

Denn den Betroffenen fehlt eine stressfreie Zone, um den Akku wieder zu laden. In unserer Gesellschaft darf man keine Schwäche zeigen, das wird dann nämlich gegen einen verwendet. Traurig aber wahr.

Über dieses Thema wird geredet und geredet – im Fernsehen, in der Politik, sowie im Hause Polizei ... und? Bedauerlicherweise ist unsere Gesellschaft eine, welche mit falschem Aktionismus tätig wird und unausgewogene Maßnahmen übers Knie bricht ... das hilft Niemandem. Des Weiteren stellt sich mir die Frage, wen interessiert das (Vorgesetzte, Führung u. ä.) und was können/wollen diese tun, um Abhilfe zu schaffen?

Und wie realistisch lassen sich in unserem Beruf Möglichkeiten umsetzen, welche den Stress mindern sollen? Hinzu kommt, dass jeder Mensch Stress anders wahrnimmt. Somit gibt es da kein Allheilmittel.

Aus eigener Erfahrung kann ich Betroffenen nur raten, dies nicht im Bereich der Polizei öffentlich zu machen (PÄD, etc.), dann wird man, was die Karriere betrifft, kastriert. Und muss sich von Vorgesetzten und Kollegen belächeln lassen. Denn hier fehlt oft die soziale Kompetenz. Geht privat zum Arzt, lasst euch beraten und tut etwas für euch (z. B. eine Kur). In unserer Gesellschaft ist man halt 'nen Einzelkämpfer (ist auch so gewollt), und wer hierzu zu schwach ist, geht halt unter – das ist Fakt. Burn Baby, burn.

Mich ärgert, dass dieses Thema so zerredet wird und letztendlich nichts Sinnvolles hierbei herauskommt (auch nicht im Hause Polizei). Auch das ewige Gerede über die sogenannte Fürsorgepflicht. Haben die Verantwortlichen schon mal im Duden nachgelesen, was das bedeutet? Wohl kaum. Viele

unnötige Stressfaktoren sind hausgemacht (Einsätze, Personalstärken, Beförderungen, Umgang mit Dienstunfällen, Umgang mit Wiedereinsteigern, etc.) und wenn sich hier nichts ändert, geht's halt so weiter.

B. Krefft, Hamburg



Auch ich habe den Artikel mit Interesse zur Kenntnis genommen. In wesentlichen Bereichen las ich diesen Artikel mit Bestürzung. Dies lag hauptsächlich an einer theoretischen Auslegung der dargestellten Problematik und ihrer (möglichen) Ursachen. Ganz große Befürwortung erfährt aus meiner Sicht die Feststellung: „Gute Arbeit muss sich für jeden Mitarbeiter lohnen. Vorgesetzte müssen für ihre Mitarbeiter einstehen. Vertrauen, Ehrlichkeit, Ansprechbarkeit, Anerkennung und Wertschätzung ...“

Ich bin selbst 54 Jahre jung, seit 36 Jahren bei der Polizei. In den Beruf bin ich aus Überzeugung als Berufsbeamter in 3. Generation, davon in 2. als Polizeibeamter, eingestiegen. Bin mit dem Grad der Behinderung von 40 Prozent versehen. Beruf von Berufung war für mich die Definition. Meine Polizeiarbeit als Job zu bezeichnen, wäre mir nie in den Sinn gekommen.

Die Einzelheiten, die zu meiner Erkrankung führten, kann ich selbst nicht erklären und sind nach therapeutischer Sicht einzig auf das „Nasenprinzip“ reduzierbar. Der Polizeiarzt selbst sprach erstmalig von Mobbing durch Übergeordnete.

Dies gipfelte schließlich in Ausgrenzung meiner Person im polizeilichen Ermittlungsalltag. Als Sachbearbeiter im „Einbruchsbereich“ wurde ich in benachbarten Bundesländern wegen meines Wissen um Strukturen geschätzt und oft genug zu Rate gezogen. Kontakt- und Informationsaustausch lief über mich. Ich wurde sogar für mehrere Monate durch ein Landeskriminalamt eines anderen Bundeslandes angefordert.

Die aus dieser Arbeit resultierende Belobigung wurde mir einfach auf den Tisch geknallt. „Hier, eine Ausfertigung für dich. Weswegen warst du noch mal dort ...?“

Als das Problem einer zentrierten Einbruchsbearbeitung angegangen und zunächst alle Sachbearbeiter der Polizeikommissariate aus den Sachbereichen zusammengezogen wurden, fehlte nur einer – ich.

Personalgespräche verliefen deswegen nicht nur deprimierend, sondern auch de-

mütigend. Anrufe aus anderen Bundesländern waren sinngemäß mit den Fragen wie „wieso bist du eigentlich nicht dabei – wenn einer dazugehört, dann du, willst du nicht, kannst du nicht, läuft ein Disziplinarverfahren oder was ist da los? usw.“ versehen.

Nachbetrachtet war das nur die Spitze des Eisberges und der persönlichen Demontage durch den Dienstherrn.

Trotz eines Wechsels gab es für mich keine Veränderung. Im Gegenteil, Stoffwechselstörung, Schlaflosigkeit, Bluthochdruck und schließlich eine Kopfgürtelrose mit totalem Zusammenbruch des Immunsystems war die Folge.

Zwölf Monate Krankschreibung, die noch viel länger ausgefallen wäre, hätte ich meine Therapien nicht selbst forcieren können.

Wie „dumm“ das war, zeigte sich bereits am zweiten Tag der Wiedereingliederung. Beurteilungseröffnung: ich wurde

Foto: dpa



wegen eines angeblichen Leistungsabfalles vor der Krankheit, der auch Gegenstand von zwei Personalgesprächen gewesen sein soll, herabgestuft und gehöre nun zu den zehn Prozent der schlecht beurteilten Beamten des Landes. Jeglicher Aussicht willkürlich beraubt, noch pensionsberechtigt, den „Oberkommissar“ zu erreichen.

Zusicherungen zur zukünftigen Arbeitsaufnahme nach ärztlichen Empfehlungen wurden in Begleitung eines Kollegen der Regionalen Beratungsstelle (RBS) zugesichert, bis heute aber nicht umgesetzt und eingehalten. Im Gegenteil, wurde der Kollege am Telefon zusammengebrüllt. „Wir beide hätten uns das nur eingebildet“.

Von einem ausgebildeten Analytiker der operativen Auswertung/geschätzten (zumindest bei anderen) Einbruchsbearbeiter zum ... Vom Maschinenführer mit allen Qualifikationen zum Baustellenhilfsarbeiter.

Ich möchte, ich kann arbeiten – aber der Dienstherr lässt mich nicht, ignoriert sogar seine Fürsorgepflicht. Dafür warte



ich auf eine Einladung zum Medizinischen Dienst, um eine Polizeidiensttauglichkeit feststellen zu lassen.

Auch eine Möglichkeit, den Altersschnitt innerhalb der Polizei zu senken. „Man“ möchte meinen, es hätte System!

Zu sehen, dass ich nicht der Einzige bin, der mit über 50 nichts mehr von Wert vorzuweisen hat (und ich habe es doch!), ist ein geringer Trost. Und auch bei „uns“ bin ich nicht der Einzige.

Meines Erachtens ist der Flächenbrand bereits in vollem Gange!

Der Professor in einem Klinikum für Stressmedizin bezeichnet Burn-out als einen „Streckenabschnitt“ für einen Zustand zwischen Gesundheit und Depression.

Wer unter Krankheiten, wie in den Leserbriefen geschildert, leidet, hat den Prozess des „Burn-out“ längst überschritten. Dem Resümee des Lesers Tim Müller aus Berlin kann ich mich nur anschließen: „Nie war der Beruf des Polizisten so unattraktiv...“. **Name ist der Redaktion bekannt**



Zunächst einmal, ich war gut 33 Jahre im Dienst – 25 Jahre bei der Landespolizei von Berlin und die letzten Jahre bei der Bundespolizei. Ca. 20 Jahre lang war ich Angehöriger der Reiterstaffel, als Polizeireiter versah ich meinen Außendienst und entwickelte dazu ergänzend ein eigenes Kunstprojekt – seit 1998. Das Gute daran, es war nur eine anzeigepflichtige Nebentätigkeit, die nicht abgelehnt werden konnte.

Nebentätigkeiten sollten genutzt werden, um einen Ausgleich zum täglichen Stressfaktor im Dienst zu schaffen. Die Möglichkeiten der Nebentätigkeiten sind vielfältig. Die von vielen Kollegen erwähnte innere Kündigung – aufgrund des Polizeidienstes – ist eine sehr gesunde und notwendige Reaktion. Das Zauberwort heißt Nebentätigkeiten – es entspannt und ermöglicht weitere Perspektiven.

Es liegt in der Natur des Menschen, dass das kreative und talentierte menschliche Gehirn im Laufe des Lebens immer mehr verkümmert und zum Fachidioten motiert. Mach das nicht, tu dies nicht, sei immer gehorsam, höre und liebe deine Vorgesetzten ...

Um beim Reiten erfolgreich zu sein – sagte mir einmal ein Reitlehrer: Du musst in das Pferd hineinhorchen. Das klingt lustig – ist aber wahr.

Um im Leben erfolgreich zu sein, muss man in sich selbst hineinhorchen. Was kann ich, was will ich und eben nicht – was wollen die Anderen, die Vorgesetzten ... und das alles auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen – ist die Kunst des Lebens.

Im vergangenen Jahr kam ich mit einem Personalrat von der Bundespolizei Direktion Berlin ins Plaudern – Thema Facebook – und es wurde mir klar, die Bundespolizei – insbesondere die Personalvertreter waren noch nicht soweit, die Vorteile und Möglichkeiten zu nutzen.

Zu gefährlich – und was sagen denn die Vorgesetzten wohl dazu, wenn sich jeder ganz privat austauscht? Nein. Logisch – bin ich bei Facebook: Ich präsentiere dort mich und mein Kunstprojekt „www.gesichter-berlins.de“: Ansichten aus der Sicht eines Polizeireiters, mit darin neu erstellter Kinderseite. Und das ganze Umfeld bei Facebook – ist der Hammer. Probleme und Ungerechtigkeiten können hier offen und direkt angesprochen werden und je mehr darüber in Erscheinung tritt, umso mehr Druck für Verbesserungen im dienstlichen Umgang wird ausgelöst. Somit werden der bisherigen Ignoranz und Herrlichkeit der Polizeiführung Grenzen aufgezeigt – ob es gefällt oder auch nicht.

Norbert Rutkowski, Berlin



Als ehemaliger Kreisverbandsvorsitzender eines Sozialverbandes, der ich auf eine 32-jährige Erfahrung als Vertreter behinderter Menschen zurückblicken kann, sind mir Ursachen, die zur Schwerbehinderung bis hin zum Suizid führen, hinreichend bekannt. Umso mehr bin ich über die Lesermeinungen zum Thema „Burn-out“ erschüttert, weil ich weiß, dass die Anzahl von Menschen mit psychischen Erkrankungen ebenso beängstigend ansteigt, wie die, mit den Erkrankungen einhergehenden vermeidbaren volkswirtschaftlichen Kosten, die sich in Milliardenhöhe bewegen.

Insofern sei die Frage erlaubt: „Was unternehmen Vorgesetzte, Personalräte und Vertrauenspersonen, um gesundheitlichen Schaden von ihren Kolleginnen und Kollegen abzuwenden?“ Ist es inzwischen bei der Polizei so weit gekommen, dass die „Freunde und Helfer“, Hilfe von außen benötigen könnten, weil es vielleicht Schreibtischtäter gibt, die den Auftrag haben, Personal zu reduzieren? Wie steht es

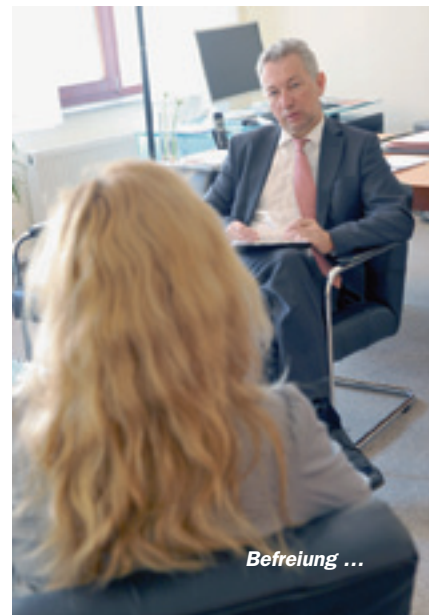


Foto: dpa

um die Zuverlässigkeit von Polizeikräften, die ihren Dienst mit der Waffe versehen, in Bruchteilen von Sekunden über Leben und Tod entscheiden müssen und sich währenddessen in einer Sinnkrise befinden?

Es ist unbestritten, dass psychische Erkrankungen ihre Ursachen auch im privaten Umfeld haben können, jedoch sind die sich in den Lesermeinungen widerspiegelnden Aussagen „Hilferufe“, die ernst zu nehmen sind, denn es geht hier nicht um Dienstnummern, sondern um Menschen. Menschen, die den Polizeiberuf gewählt haben, weil sie sich dazu berufen fühlten, unter Einsatz ihres Lebens und ihrer Gesundheit, uns Bürger zu schützen! Wenn den zuständigen Ministerien daran gelegen ist, die Gesundheit unserer Polizeikräfte aufrecht zu erhalten, sind sie gefordert, die Personalführungsstruktur – zu der auch eine gerechte Besoldung und gerechte Beförderungen gehören – zu überprüfen. Die bisherigen Suizide und Suizidversuche bei der Polizei sind alarmierend. Muss erst ein „Burn-out-Opfer“ Amok laufen, um Politiker und die Bevölkerung auf die Missstände der Inneren Führung der Polizei aufmerksam zu machen? Es darf doch nicht sein, dass während die deutsche Polizei weltweit Polizeikräfte im Ausland ausbildet, die Polizei im eigenen Land an einem Werteverfall leidet.

Ein Hinweis: Mobbing- und Burn-out-Opfer können sich kostenlos unter 069/256 919 01 dienstags und donnerstags von 17.00 bis 19.00 Uhr beraten lassen.

Berthold Gottschalk, Wuppertal



Großen Leidensdruck ernst nehmen

DP: Die Berichterstattung über das „GdP-Burn-out-Symposium“ in der DP-Januar-Ausgabe 2013 hat zu überdurchschnittlich vielen und oft sehr persönlichen Leserreaktionen geführt. Sind dies womöglich Einzelfälle oder ist dies eher die Spitze des Eisbergs?

Prof. Fischbach: Einzelfälle sind das sicher nicht. In Vorlesungen an der DHPol und bei unseren Seminaren höre ich ganz ähnliche Geschichten. Belastungen durch den Wach- und Wechselschichtdienst, eine hohe Arbeitsdichte, Frust mit Beurteilungen und Karriereentwicklungsmöglichkeiten sind da wie in den zahlreichen Leserbriefen die Dauerbrenner. Mein Eindruck ist: Stress in der Polizei ist für viele ein ganz großes Thema, aber leider auch immer noch ein Tabuthema. Ich glaube, es gibt einen großen Leidensdruck, den wir ernst nehmen müssen, weil wir die Gesundheit und die Leistungsfähigkeit unseres Personals erhalten und fördern müssen. Ohne eine gesunde und leistungsfähige Polizei ist Sicherheitsdienstleistung nicht möglich.

Gab es den Burn-out unter dem Namen „Überlastung“ nicht schon vor 20 Jahren? Ist Burn-out angesichts der medialen Rund-um-Berichterstattung zu einer Art Modeerscheinung geworden?

Prof. Fischbach: Spätestens als die „Bild“-Zeitung im September 2011 titelte – und ich oute mich nunmehr hier als Käuferin dieser Ausgabe – „Volkskrankheit Burn-out“ war Burn-out ja in aller Munde. Plötzlich schien jeder ausgebrannt zu sein. Das hat schon etwas von einer Modeerscheinung. Klar. Aber das Gute ist, es hat einen gesellschaftlichen Prozess gegeben, in dem Burn-out einfach aus der Tabuzone herausgetreten ist. Früher galt, wie mein Freund, der Arbeitswissenschaftler Kurt-Georg Ciesinger, mal so schön auf den Punkt gebracht hat: „Ausgebrannt gleich überspannt“. Mit persönlichen Berichten von prominenten Betroffenen wie Sven Hannawald und Miriam Meckel trat Burn-out als echte Erkrankung in das öffentliche Bewusstsein. Das war schon sehr mutig, so öffentlich zu bekennen: „Ich bin psychisch erkrankt“ und hat viele tatsächlich Betroffene ermutigt, auch selbst, und vor allem ganz offen, zu dieser Erkrankung zu stehen. Die Kehrseite der Medaille ist aber, wenn plötzlich jedes persönliche Unwohlsein, allgemeine Unlust und Unzufriedenheit und mangelnde Arbeitsmotivation sofort mit Burn-out gleichgesetzt und quasi als

Das Thema Burn-out bewegt die Polizei. Nachdem DEUTSCHE POLIZEI (DP) in ihrer Januar-Ausgabe umfassend über das GdP-Fachsymposium zu diesem Thema berichtet hatte, entwickelte sich eine rege Leser-Diskussion. Klare Meinungen, persönliche Schicksale, harte Kritik wurden geschildert: Aufgrund der Fülle der Äußerungen konnten indes nicht alle Zuschriften für die Veröffentlichung berücksichtigt werden. In dieser Ausgabe erscheinen nun abschließend weitere Leserbriefe. Zugleich zieht Prof. Dr. Andrea Fischbach, Leiterin der Abteilung Sozial-, Arbeits- und Organisationspsychologie an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol) in Münster-Hiltrup, im Interview mit DP ein Fazit.

Entschuldigung vorgeschoben wird. Ein Phänomen, von dem mir zunehmend genervte Kollegen, Vorgesetzte, Personalräte, Psychotherapeuten und Ärzte berichten. Ich glaube, mit der Erkenntnis, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wegen Stress in der Arbeit erkranken können, müssen wir auch erkennen: Es gibt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die deutlich weniger Arbeitsleistung zeigen, als sie könnten und die sich hinter vorgeschobenen Erkrankungen wie Burn-out vor ihrer Leistungserfüllung verstecken.

Wir Arbeitspsychologen und Arbeitsmediziner haben uns mit dem Phänomen Burn-out und mit Stress bei der Arbeit natürlich schon viel länger beschäftigt. Der Arbeitsschutz und die damit verbundene Verpflichtung der Arbeitgeber, die Beschäftigten vor arbeitsbedingten Gefährdungen zu schützen, war ja bereits im 19. Jahrhundert in Preußen Thema. Es ist eine große Herausforderung, die Gesundheit und Leistungsfähigkeit der Beschäftigten zu erhalten und zu fördern. Dazu muss man das Phänomen gut beschreiben und operationalisieren, nur so kann man es quantifizieren und Ursache-Wirkzusammenhänge erforschen. In der Forschung sind wir hier weit, aber viele Verantwortliche in den Polizeiorganisationen scheuen sich immer noch davor, Burn-out-Forschung in ihren Behörden zuzulassen, um daraus gewon-

nene Erkenntnisse in evidenzbasierte Gesundheitsmanagementkonzepte umsetzen zu können.

Ich persönlich bin jedenfalls froh, dass das Thema jetzt – so wie Sie in Ihrer Frage andeuteten – modern geworden ist. Einfach, weil es ein unglaublich wichtiges Thema ist. Und die mediale Resonanz ist für uns Arbeitswissenschaftler dann häufig ein Türöffner, um das Thema beispielsweise im Rahmen von Fortbildungsmaßnahmen zu platzieren oder darüber mit Personal- und Organisationsverantwortlichen ins Gespräch zu kommen. Ich würde mir jetzt ein groß angelegtes Burn-out-Forschungsprojekt in den Polizeien in naher Zukunft wünschen!

Brennen Beschäftigte in sogenannten helfenden Berufen wirklich schneller aus als Beschäftigte anderer Berufsgruppen?

Prof. Fischbach: Freudenberg hat in den 70er-Jahren das Phänomen Burn-out in helfenden Berufen beschrieben. Daraus resultierte, dass Burn-out heute immer noch häufig verkürzt als Krankheit der hilflosen Helfer beschrieben wird. Heute wissen wir, dass Burn-out aus einem Ungleichgewicht zwischen wahrgenommenen beruflichen Anforderungen und persönlicher Leistungsfähigkeit resultiert. Da gibt es auf der Seite der beruflichen Anforderungen Risikofaktoren, die typisch für helfende Berufe sind. Dazu gehört zum Beispiel, ständig in emotional hoch belastenden Interaktionen Leistungen erbringen zu müssen. Wenn sie in der Altenpflege täglich Menschen mit Demenz versorgen sollen, die entweder apathisch oder sogar aggressiv auf sie reagieren; wenn sie hier auf Dauer freundlich und zugewandt und einführend bleiben möchten, entsteht emotionale Dissonanz. Unsere Forschung zeigt, dass emotionale Dissonanz einer der Risikofaktoren für die Entstehung von Burn-out ist. Nun kann emotionale Dissonanz aber auch in anderen Berufsgruppen eine Rolle spielen. In der Polizei sollen sie neutral und freundlich mit Bürgern interagieren. Wenn sie aber häufig Aggressivität, persönliche Verletzungen und Beschimpfungen erleben, dann kommt es auch hier zu emotionaler Dissonanz. Neben der emotionalen Dissonanz gibt es noch weitere Risikofaktoren in der Arbeit, so Zeitdruck, Arbeitsdichte, sinnlose Tätigkeiten, mangelnde Kontroll- und Einflussmöglichkeiten auf die Arbeitsausführung oder das Arbeitsergebnis, hohe Komplexität, ungünstige Arbeitszeiten,



Sicher leben

Das Präventionsportal **PolizeiDeinPartner.de** bietet allen Bürgern, Unternehmen, Institutionen und Behörden die Möglichkeit, sich online über einzelne Themenbereiche der kriminalpolizeilichen Prävention umfassend zu informieren.



Breit gefächerte Themengebiete, z. B.:

- Diebstahl und Betrug
- Gewalt und Missbrauch
- Internet und Mobilfunk
- Sicheres Gebäude
- Verkehrserziehung und -sicherheit
- Zivilcourage



Zielgruppenorientierte Gliederung:

- Autofahrer und ÖPNV-Nutzer
- Gewerbetreibende
- Kinder und Jugendliche
- Eltern, Lehrer und Erzieher
- Mieter und Eigentümer
- Urlauber

Und viele mehr.

Umfangreicher Zusatz-Service:

- Viele nützliche Links und Downloads
- Monatlicher Newsletter
- Kriminalpolizeiliche Beratungsstellen
- Bußgeldrechner

www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

POLIZEI DEIN PARTNER

Das Präventionsportal

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei



Forststraße 3a, 40721 Hilden

Telefon 0211/7104-0, Telefax 0211/7104-174

av@vdpolizei.de, www.vdpolizei.de

soziale Konflikte am Arbeitsplatz und so weiter. Und das gibt es natürlich potenziell in allen Berufsgruppen. In Kombination mit einer verminderten Leistungsfähigkeit des Beschäftigten, vielleicht aufgrund gesundheitlicher Beeinträchtigungen, fehlender Problemlösekompetenzen, geringer sozialer und emotionaler Unterstützung im privaten und oder beruflichen Bereich, problematischer Überzeugungen, wie: „Ich muss immer alles schaffen“, liegt dann der Sprengstoff für die Entwicklung von psychischen und psychosomatischen Erkrankungen, was sich zu Angststörungen, Depressionen oder eben Burn-out entwickeln kann.

Nicht selten wird mangelhaftes Führungsverhalten für die Zunahme von Burn-out-Erkrankungen verantwortlich gemacht.

Prof. Fischbach: Das ist eine sehr einseitige und eingeschränkte und vielleicht sogar gefährliche Sichtweise. Es sind vielfältige Ursachenfaktoren und auch komplexe Wechselwirkungen zwischen Bedingungen der Arbeit und persönlichen Eigenschaften der Betroffenen, die Burn-out bedingen können. Man sollte immer bedenken, dass Führungspersonen, genau wie ihre Mitarbeiter, an Burn-out erkranken können. Aber natürlich gehört mangelhaftes Führungsverhalten zu den wichtigen Risikofaktoren in der komplexen Dynamik der Entstehung von Burn-out. Das fängt bei der direkten Kommunikation an und hört bei der Arbeits- und Aufgabengestaltung noch lange nicht auf.

Was unternimmt die DHPol, um Führungskräfte zu sensibilisieren und entscheidend auszubilden?

Prof. Fischbach: Im Masterstudiengang bieten wir im Bereich Personalmanagement verschiedene Vorlesungen, Seminare und Übungen zu Themen aus dem Bereich der gesundheitsförderlichen Führung an. Ich fürchte aber, dass das Thema im Studiengang noch viel intensiver bearbeitet werden müsste, als es das aktuelle Curriculum im Masterstudiengang vorsieht. Zum Beispiel bleibt für Themen wie Betriebliches Wiedereingliederungsmanagement und das Hamburger Modell gerade mal eine Viertelstunde im Rahmen meiner Vorlesung. Hier sehe ich deutlichen Handlungsbedarf für eine stärkere Schwerpunktsetzung bei der anstehenden Curriculumsrevision.

Gesundheitsförderliche Führung ist für mich eine zentrale Herausforderung der kommenden Dekade für die Polizei. Darauf müssen die angehenden Führungspersonen der Polizei sehr gut vorbereitet werden. In der Fortbildung für junge Führungskräfte

und in der allgemeinen fachlichen Fortbildung für erfahrene Polizeibeamte des Höheren Dienstes bieten wir regelmäßig einen Vortrag zu Ursache-Wirkung- und Interventionsmöglichkeiten zu Burn-out an. Aber das sind natürlich nur drei Stunden, in denen man erste Anregungen und Denkanstöße geben kann. Sehr intensiv arbeiten wir in unserer Seminarreihe „Führungsarbeit erfolgreich gestalten“ mit Führungspersonen an der Thematik. Hier geht es um den eigenen Umgang mit Stress und Belastung in der Arbeit und eine Weiterentwicklung der persönlichen, kommunikativen und emotionalen Kompetenzen. Darauf aufbauend arbeiten die Führungspersonen dann an einer Verbesserung ihrer Kommunikation mit ihren Mitarbeitern und am Thema gesundheitsförderliche Führung. Ich glaube, das ist eine gute Sache, weil in dieser Seminarreihe über fünf Module sehr viel Zeit für Selbsterfahrung und die persönliche Weiterentwicklung und Reflexion bleibt. Und weil zwischen den Modulen der Seminarreihe genügend Zeit, ich sage: im richtigen Leben, verbracht wird, in der die Führungspersonen ihr Führungsverhalten beobachten und neue Verhaltensweisen ausprobieren können.

Eine gute Sache war zudem unser DHPol-Kongress: „Stark trotz Stress“. Der Teilnehmerkreis bestand aus Arbeits- und Organisationspsychologen, Psychologen der Psychologischen Dienste der Polizeien des Bundes und der Länder sowie Kolleginnen und Kollegen aus Hochschulen, die Forschungs- und Praxisprojekte zu Stress in der Polizei vorgestellt und miteinander diskutiert haben. Daraus entsteht gerade ein Buch.

Da gibt es unglaublich viel an Kompetenz und Projekten über Stress in der Polizei, von denen man aber untereinander oft gar nichts weiß. Ich finde es wichtig, dass wir hier unser Wissen und unsere Kompetenzen austauschen und bündeln. Die DHPol ist dafür eine ideale Plattform. Mir ist es ein großes Anliegen, das Thema wirklich fundiert vorantreiben und weiterzuentwickeln und alle, die an der Thematik arbeiten, miteinander zu vernetzen. Nur so können wir in der Zukunft weiterkommen. Nach dem Motto: Raus aus dem nur eingeschränkt zugänglichen Wissen in „Verschlussachen“, rein in echte Wissenschaft, die ohne Kongresse und Publikationen einfach nicht denkbar ist.

Ist der mutmaßliche Trend zu mehr Burn-out-Fällen in der Polizei mit Zahlen zu belegen?

Prof. Fischbach: Pionierarbeit hat in diesem Bereich die Studie von Beerlage und Kollegen geleistet. Diese nach meinem



Unsere Interview-Partnerin:

Andrea Fischbach ist Universitätsprofessorin für Sozial-, Arbeits- und Organisationspsychologie an der Deutschen Hochschule der Polizei Münster. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Emotionsarbeit, Servicequalität, Arbeit und Gesundheit und Führung. Aktuelle Projekte beschäftigen sich mit Emotionsregulation in personenbezogenen Dienstleistungen und in Führungsinteraktionen sowie mit Frauen in Spitzenpositionen im Polizeidienst und der Wirtschaft. Insgesamt wurden ihre Projekte u.a. vom Bundesministerium für Bildung und Forschung sowie dem Europäischen Sozialfonds mit 1.119.352 Euro in den letzten Jahren gefördert. Ihre Forschungsergebnisse wurden in Journals und Büchern wie *Research on Emotion in Organizations*, *International Journal of Psychology*, and *European Journal of Psychology Assessment* veröffentlicht.

Dafürhalten wissenschaftlich sehr gut angelegte Studie kommt zu dem Schluss, dass einer von zehn Polizeibeamten im Polizeivollzug ein starkes Risiko für die Ausbildung einer Burn-out Symptomatik hat. Darüber hinaus spricht der hohe Krankenstand im Polizeivollzug, wie er in einer BKK-Studie erfasst wurde, dafür, dass diese Berufsgruppe starken Belastungen ausgesetzt ist. Eine Studie von Nachreiner kann zeigen, dass der Wach- und Wechselschichtdienst nach rund zehn Jahren zu einem deutlich erhöhten Erkrankungsrisiko für körperliche und psychosomatische Beschwerden führt. Bei einer aktuellen Studie der Bundespsychotherapeutenkammer zeigt sich ins-



forum kriminal- prävention



Zeitschrift der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention



Buchtipps
Neues aus der Wissenschaft
Gewalt an Schulen
Jugenddelinquenz
Erziehung und Pädagogik
Kommunale Prävention
Einbruchsprävention
Sicherheitstechnik
Prävention in Europa
Evaluation

Aktuelle Präventionsthemen für Sie beleuchtet –
forum kriminalprävention für nur

19,-€
jährlich,
zzgl. Versandkosten

Bitte senden Sie mir die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ zum Jahresabonnementspreis von 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5,- € Versandkosten zu. Erscheinungsweise: 4 Ausgaben/Jahr



Bestellen Sie heute Ihr Abonnement **forum kriminalprävention** um besser informiert zu sein. Als Dankeschön für Ihre Bestellung erhalten Sie diese LED-Lampe für Ihren Schlüsselbund, die Sie auf jeden Fall behalten dürfen. Weitere Informationen über die Zeitschrift und die Stiftung erhalten Sie auf www.vdpolizei.de (auch online-Bestellungen)

Name, Vorname

Firma, Abteilung

Straße/Hausnummer

Plz, Ort

Telefon/Telefax

E-Mail

Datum, Ort

1. Unterschrift

Vertrauensgarantie: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb der folgenden zwei Wochen schriftlich beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, Anzeigenverwaltung, Forststr. 3a, 40721 Hilden, widerrufen kann und bestätige dies durch meine zweite Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung.

Datum, Ort

2. Unterschrift

Die Fachzeitschrift „forum kriminalprävention“ erscheint 4 x jährlich (März, Juni, September, Dezember). „forum kriminalprävention“ erscheint beim VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Anzeigenverwaltung und wird von dort als Jahresabonnement bezogen. Das Abonnement bezieht sich auf ein volles Kalenderjahr und verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht bis 30.06. zum Jahresende eine Kündigung erfolgt. Der Abo-Jahres-Preis beträgt 19,- € inkl. MwSt. zzgl. 5 € Versandkosten. Einzelheftpreis: 5,- € inkl. MwSt. zzgl. Versandkosten.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststr. 3a • 40721 Hilden
Tel.: 0211/7104-188 • Fax: 0211/7104-4188

BURN-OUT-INTERVIEW

gesamt ein ganz klarer Trend zu einem Anstieg der Burn-out-Zusatzdiagnose seit Beginn der Statistik. All das deutet darauf hin, dass Burn-out – und andere Erkrankungen aufgrund psychischer Belastungen bei der Arbeit – in der Polizei, genau wie in allen anderen Berufsgruppen in den letzten Jahren zugenommen hat. Jede Studie hat natürlich ihre methodischen Stärken und Schwächen.

Eine groß angelegte vergleichende Studie über alle Polizeibehörden hinweg könnte wichtige Erkenntnisse über das tatsächliche Ausmaß der Problematik leisten. Darüber hinaus bräuchten wir ein viel besseres Dokumentationssystem über die Erkrankungen von Polizeibeamten, um das Ausmaß der Burn-out-Problematik mit Zahlen belegen zu können. Und dann natürlich Studien zu Ursache-Wirkzusammenhängen, um Maßnahmen zur Burn-out-Prävention evidenzbasiert begründen zu können. Wir haben bisher einige gute Erfahrungen in der Planung und Durch-

führung kleinerer Studien zu dieser Thematik in der Polizei gemacht. Insgesamt merken wir aber bei den meisten größeren Vorbehalten gegenüber solchen Studien. Ich denke, ein großes Problem stellt hier die öffentliche Wirkung kritischer Studienergebnisse dar. Das ist schade, und angesichts der Wichtigkeit der Gesundheit und Leistungsfähigkeit des Personals der Polizei für eine effiziente Sicherheitsdienstleistung sogar fatal. Letztlich können wir alle nur lernen und besser werden, wenn wir die Augen für Probleme und Fehler nicht verschließen.

Wird die breite Diskussion über Burn-out in der Polizei zu Veränderungen im Umgang mit psychischen Erkrankungen führen?

Prof. Fischbach: Davon bin ich überzeugt. In meinen Vorträgen zu Burn-out in der Polizei bei jungen Führungskräften und in der allgemeinen fachlichen Fortbildung kann ich eine klare Entwicklung beobachten. Zunehmend schildern mir die Semi-

narteilnehmer schon in der Anfangsrunde ihre eigenen persönlichen Erfahrungen mit Überforderung, Depressionen und Burn-out. Als ich hier 2008 anfang, war so etwas noch undenkbar. Da wurde die Meinung vertreten: „Einer, der Burn-out oder sonst eine psychischen Knacks hat, kann nie wieder bei der Polizei eine verantwortliche Aufgabe übernehmen“. Enttabuisierung ist ein Schritt in die richtige Richtung.

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Interview mit Prof. Dr. Andrea Fischbach führte Michael Zielasko.

QR-Code: Zur Homepage des Fachgebiets „Sozial-, Arbeits- und Organisationspsychologie“ an der Deutschen Hochschule der Polizei (DHPol)



BILDUNGSREISE

Mit der GdP nach Israel!

Wer schon immer davon träumte, allein oder mit seinem Partner einmal in das „Heilige Land“ nach Israel zu fahren, es aus den unterschiedlichsten Gründen aber bisher nie in die Tat umsetzte, ist bei uns gerade richtig. Auch in diesem Jahr bietet die GdP Kolleginnen und Kollegen von Bund und Ländern und ihren Begleitern wieder ein großartiges Erlebnis!

Im Programm der Bildungsreise im „Heiligen Land“ vom 22. bis 29. Oktober 2013 stehen unter anderem „die weiße Stadt“ Tel Aviv mit Jaffa, Nazareth und Jerusalem, die Heiligen Stätten um den See Genesareth, Sehenswürdigkeiten am Toten Meer, Einblicke in die Kultur und Religion von Juden, Muslimen und Christen. Wir wollen auch Besuche bei der israelischen Polizei/Grenzpolizei, bei der Polizei der Palästinensischen Autonomiebehörde, in Kibbuz und Gespräche über die politische Situation in Israel organisieren. Eine einmalige Gelegenheit, einen Einblick in diesen Schmelztiegel der Religionen, Geschichte und politischen Konflikte zu erhalten.

Die Reise ist eine geführte staatspolitische Bildungsreise, die verschiedenste Einblicke in die religiösen, kulturellen, geschichtlichen und politischen Aspekte Israels bietet. Beamtinnen und Beamte des Bundes und der Länder können aufgrund der vorliegenden Förderungsbestätigung der Bundeszentrale für politische Bildung



Mit im Programm: Der Felsendom auf dem Tempelberg in Jerusalem. Foto: Sven Hüber

für die Teilnahme fünf Tage Sonderurlaub erhalten, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können für die gesamte Reisedauer Bildungsurlaub nach den Vorschriften der jeweiligen Bundesländer in Anspruch nehmen. Im Preis enthalten sind u.a. Hotel-/Gästehausunterkunft im Doppelzimmer

(Einzelzimmer möglich gegen Zuschlag), Busfahrt zu den Besuchsorten, Halbpension, alle Eintrittsgelder sowie fachkundiger Führung in deutscher Sprache inklusive eines Anteils je Reisender für ortsübliche Trinkgelder, Spenden, Mieten im Gastland sowie gesonderte Programmpunkte. Mehr Informationen, Reise- und Bildberichte sowie Reisebedingungen/-preis und Anmeldeformular direkt auf unserer Spezial-

Seite www.israelreise.gdp-bundespolizei.de. Fragen können an die GdP-Geschäftsstelle des Bezirks Bundespolizei (0211/7104520) oder direkt an Kollegen Sven Hüber, der auch dieses Mal die Bildungsreisen leitet, gerichtet werden (bhpr@bmi.bund.de oder Tel.: 030/186812719). **sh**





Hollywoods Nr. 1 Actionstreifen „END OF WATCH“ endlich auch auf DVD & BLU-RAY

„END OF WATCH“ ist der neue und packende Film von Actionspezialist David Ayer (Training Day), der nicht nur durch eine spannenden Story besticht, sondern auch mit seinem innovativen Erzählstil überzeugt. Denn die Darsteller filmen das Geschehen teilweise mit eigenen Kameras, was der Handlung einen sehr realistischen Look verleiht und die Zuschauer mitten ins Schussfeld versetzt. Und darum geht es: Die LAPD-Officer Brain Taylor (Jake Gyllenhaal) und Mike Zavala (Michael Pena) sind in South Central, dem wohl härtesten Pflaster von L.A., im Einsatz und kämpfen Seite an Seite gegen den alltäglichen Wahnsinn aus Hass und Gewalt. Beide Cops sind nicht nur langjährige Kollegen, sondern auch be-

ste Freunde, die trotz der Härte ihres Jobs, gemeinsam viel Spaß haben und manchmal auch auf unkonventionelle Methoden setzen, um für Recht und Ordnung zu sorgen. Dabei stoßen sie auf Widerstand bei ihrem Vorgesetzten, und geraten immer mehr ins Visier der Drogenmafia, die die unbequemen Gesetzeshüter schließlich in einen Hinterhalt lockt. Mehr Informa-



Bildmaterial: © Tobis

tionen erhältst du auf der Filmwebsite www.endofwatch.de.

JUNGE GRUPPE (GdP) Gewinnspiel

Actiongeladene Verfolgungsjagden, ein skrupelloses Drogenkartell und knallharte Cops. Bei „END OF WATCH“ bleibt niemand ruhig im Sessel sitzen. Seit 11. April ist der nervenzerreißende Nr.1 Thriller aus den USA auf DVD, BLU-RAY und als Sonderedition im Steelbook erhältlich. Mit etwas Glück könnt ihr eine gewinnen. Beantwortet einfach folgende Frage:

Wie heißt der Drehbuchautor und Regisseur des Hollywood-Actionstreifens „END OF WATCH“?

Unter allen richtigen Einsendungen verlosen wir 2 BLU-RAYS und eine DVD mit dem Film.

Am Gewinnspiel können alle Mitglieder der Gewerkschaft der Polizei teilnehmen. Die Antwort ist unter Angabe des Vor- und Nachnamens, Anschrift, Geburtsdatum und per Mail an endofwatch@gdpjg.de zu senden. Einsendeschluss ist der 19. Mai 2013. **Torsten Rohde**

Der Kleine Streifenhelfer – eine Erfolgsstory, die ihresgleichen sucht

Zum 1. April trat nicht nur die neue Straßenverkehrsordnung in Kraft, sondern auch der bundeseinheitliche Tatbestandskatalog wurde überarbeitet und damit einhergehend viele Tatbestandsnummern geändert, was die GdP umgehend dazu veranlasste, ihren einzigartigen Streifenhelfer anzupassen.

So wird in diesen Tagen der Streifenhelfer der JUNGEN GRUPPE (GdP) bereits in sechster Auflage an die Kolleginnen und Kollegen des Einzeldienstes und der Bereitschaftspolizeien verteilt. Diese handliche, im A6-Format gehaltene Broschüre gibt einen schnellen Überblick über die am häufigsten genutzten Tatbestände und umfasst einen Auszug aus dem Jugendstrafgesetzbuch sowie eine Geschwindigkeitstabelle. Besonders erwähnenswert ist hierbei die Tatsache, dass die GdP hier schneller war als die Polizei erlaubt und vor der offiziellen Auslieferung der neuen Bußgeldkataloge bereits in mehreren Bundesländern den Streifenhelfer an die

Kolleginnen und Kollegen verteilt hatte. An dieser Stelle soll ein kurzer Blick in die Vergangenheit beschreiben, wie es überhaupt zu dieser Broschüre gekommen ist. Erstmals verteilt wurden die Streifenhelfer 2010 in einer Auflage von gerade einmal 35 Stück. Entwickelt und gestaltet wurden diese durch Christopher Knust, der seinen Dienst aktuell als Polizeiobermeister bei der VPI Ingolstadt in Bayern verrichtet.

Wie kam es zum Streifenhelfer?

Als Christopher von der Ausbildung in die Einsatzhundertschaft nach Dachau versetzt wurde, war es ihm irgendwann zu mühselig, ständig den Tatbestandskatalog nach den immer gleichen Tatbeständen zu durchforsten. So schrieb er sich dann schlicht und einfach die häufigsten heraus, entwarf kleine Piktogramme dazu.

Das Ganze wurde etwas in Form gebracht und anschließend an die Kolleginnen und Kollegen in seinem Einsatzzug verteilt. Der Streifenhelfer war geboren.

Wie ging es weiter?

Im April 2010 nahm Christopher mit der JUNGEN GRUPPE (GdP) des Landesbezirks Bayern bei der Bundesjugendkonferenz der JUNGEN GRUPPE (GdP) in Potsdam teil. Eher zufällig hatte Christopher ein paar Exemplare des Streifenhelfers dabei, welche er als Anschauungsobjekt am „Bayerischen Stand“ auslegte. Die Resonanz war überwältigend. Bereits an diesem Abend wurden von anderen Bundesländern über 60.000 Stück geordert und bis heute dürften mittlerweile etwa 250.000 Stück im Umlauf sein.

Aber es ging noch weiter. Zum bereits bestehenden Streifenhelfer „Straßenverkehr und Jugendschutz“ kam Mitte 2010 eine spezielle Version „Das verkehrssichere Fahrrad“. Dieser befasst sich – wie der Name bereits vermuten lässt – ausschließlich mit dem Bereich der Radfahrer.

Wo bekommt man den Streifenhelfer?

Speziell für Anfragen aus den Landesverbänden wurde die Homepage www.streifenhelfer.de eingerichtet, unter der die Klappkarten bestellt werden können. Einzelne Dienststellen können sich aber





auch an ihre Bezirksgruppen oder Landesverbände wenden und dort nachfragen, ob der Streifenhelfer bereits vorrätig ist. Zudem ist es möglich, Anregungen, Wünsche und Kritik zu äußern. Christopher ist immer bemüht, diese umzusetzen und den Streifenhelfer dadurch noch effektiver zu machen.

Fazit?

Unterm Strich kann man festhalten, dass es der Gemeinschaft der GdP zu verdanken ist, dass aus einer kleinen Idee etwas gewachsen ist, was allen im täglichen Dienstalltag eine kleine Hilfe sein kann. Unser Dank gilt Christopher Knust, seinem Engagement und seiner tollen Idee. Torsten Rohde

Der Streifenhelfer ist bereits in der sechsten Auflage unter www.streifenhelfer.de zu bestellen.

GRUNDLEGENDE ERSATZTEILE		GRUNDLEGENDE WERKZEUGE	
261008	19 €	367908	19 €
LEBENSWEICHEL ERSATZTEILE			
367108	20 €	367908	19 €
367908	19 €	367908	19 €

„Eigensicherung ist kein Zufall“ – JUNGE GRUPPE (GdP) spendet Seminarerlös

„Gut gewirtschaftet“, könnte man sagen. Denn aus den Einnahmen für das gemeinsame dreitägige Seminar „Eigensicherung ist kein Zufall“ der JUNGEN GRUPPE (GdP) und der Europäischen Wing Tsun Organisation (EWTO) im Juni 2012 in Saarbrücken waren am Ende 555,56 Euro übrig.



Bereits zu Beginn der Seminarplanungen hatte feststanden, dass ein etwaiger Überschuss an Einnahmen einer gemeinnützigen Initiative gespendet werden soll, die einen Bezug zum Teilnehmerkreis aufweist. Neben den finanziellen Eigenbeteiligungen der JUNGEN GRUPPE (GdP) und EWTO war vor allem die Bereitschaft von Unternehmen, das Seminar zu sponsern, dafür ausschlaggebend, dass nach Abzug aller Ausgaben und trotz des geringen Eigenanteils für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die stolze Summe von 555,56 Euro übrig blieb.

Wie bereits bei der Seminareröffnung angekündigt, kam das Geld dem „Verein zur

Volker Martin und Reinhold Schmitt überreichen im Namen der JUNGEN GRUPPE (GdP) den Scheck mit dem Veranstaltungserlös an Polizeipfarrer Volker Junge (li. Volker Martin, Mitorganisator, mi. Reinhold Schmitt, GdP-Landesvorsitzender Saarland, re. Volker Junge, Vorsitzender des „Verein zur Förderung der Polizeiseelsorge im Saarland e.V.“

Foto: Monika Jungfleisch

Förderung der Polizeiseelsorge im Saarland e.V.“ zu Gute. Dessen Zweck ist es, für Polizeibeamtinnen und -beamte im Saarland

und für ihre Angehörigen Unterstützung in Fällen zu ermöglichen, in denen sie aus dienstlichen, aber auch persönlichen Gründen in Not geraten sind. Um das vielfältige Angebot an Aus- und Fortbildung sowie an Hilfsmaßnahmen, die zur Auf- und Verarbeitung schwerer beruflicher und seelischer Belastungen beitragen, auch in Zeiten knapper Kassen zu gewährleisten, entschied sich die JUNGE GRUPPE (GdP) dafür, den Verein mit dem Betrag zu unterstützen. Der Dank gilt allen Beteiligten, die mit ihrer Bereitschaft zur Hilfe und ihrem Engagement zur Umsetzung der Vereinsziele beitragen. Anlässlich des Neujahrsempfanges der GdP Landesbezirk Saarland nahm Polizeipfarrer Volker Junge als Vereinsvorsitzender freudestrahlend den Scheck entgegen und sagte zu, dass der Betrag für die kommenden Fortbildungsveranstaltungen für Polizeibeamtinnen und -beamte bereits fest eingeplant sei.

Esther Schneider/Volker Martin

IMPRESSUM:
Herausgeber:
Bundesjugendvorstand Junge Gruppe (GdP),
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 105;
Fax: (030) 39 99 21 - 200
www.gdp.de/jungegruppe.de
jg@gdp.de

V. i. S. d. P.: Sabrina Kunz

Redaktion:
Torsten Rohde, Sabrina Kunz



Prüfungswissen Eingriffsrecht

Auf Basis des nordrhein-westfälischen Polizeigesetzes und Verwaltungsverfahrensgesetzes zeigt dieses Buch alle wesentlichen Inhalte des Eingriffsrechts auf, die für eine erfolgreiche Bewältigung der polizeilichen Ausbildung und des polizeiwissenschaftlichen Studiums notwendig sind. Für die polizeirechtlichen Vorschriften der anderen Bundesländer und der Bundespolizei ist eine vergleichende Übersicht der Vorschriften aus den Polizeigesetzen der Länder und des Bundes beigefügt.



Im ersten Teil stellt der Autor die Rechtsgrundlagen aller polizeilichen Maßnahmen anhand der Struktur eines Prüfungsschemas dar. Im zweiten Teil des Buches werden Sachverhalte in unterschiedlichen Darstellungsformen und Aufgabenstellungen geschildert. In dem dazugehörigen Lösungsvorschlag wird dem Leser gezeigt, wie er mithilfe der Rechtsgrundlagen des ersten Teils eine sachgerechte Lösung erarbeitet. Hinweise für eine erfolgreiche Klausurbearbeitung runden das Werk ab. **red**

Prüfungswissen Eingriffsrecht – Rechtsgrundlagen Prüfungsschemata Musterklausuren, Lambert Josef Tetsch, VDP, 1. Auflage 2012, 208 Seiten, Broschur, 24,90 Euro, ISBN 978-3-8011-0683-6

Polizei in Europa

Als Folge der Vernetzung der Sicherheitsarchitektur sind europäische Regeln und Normen entstanden, welche die EU immer häufiger als internationaler Akteur auch in Bereichen der Asyl-, Migrations- und Außengrenzschutzpolitik aufzutreten lässt.

Diese Entwicklungen führten u. a. zu den beiden Polizeiagenturen EUROPOL und FRONTEX. Das Buch will eine politikwissenschaftliche Analyse zur Polizei in Europa geben. Im ersten einleitenden Teil werden die Entwicklungen der europäischen inneren Sicherheit seit Lissabon behandelt. Der zweite Teil richtet dann seinen Blick konkret auf EUROPOL seit dem 1. Januar 2010. Im dritten Teil wird die 2005 errichtete Agentur Frontex aus politikwissenschaftlicher Sicht behandelt. **red**



Polizei in Europa – EUROPOL und FRONTEX im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts, Rosalie Möllers, Verlag für Polizeiwissenschaft, 2012, 158 Seiten, 19,80 Euro, ISBN 978-3-86676-285-5

Gewalt gegen Polizisten

Die Gewalt gegen Polizisten in Deutschland ist unbestritten. Ob die Zahl der Vorfälle zunimmt oder nicht, darüber sind sich Experten uneins. Polizeibeamtinnen und -beamte, die ihren Dienst auf der Straße verrichten, erzählen von steigender Aggression und sinkendem Respekt. Der Verein „Keine Gewalt gegen Polizisten e.V.“ hat eine Broschüre aufgelegt, in der diese Problematik eingehend dokumentiert wird. Gerke Minrath-Grunwald als Autorin und Vereinsvorsitzende führt darin Beispiele gewaltsamer Übergriffe aus den Ländern auf. Eine Erkenntnis sei, dass Eskalationen auf Demonstrationen zwar medial am meisten auffallen, aber im Endeffekt nur einen kleinen Teil des Problems darstellen. Studien hätten ergeben, dass die weit überwiegende Mehrheit der Polizistinnen und Polizisten im täglichen Streifendienst Opfer von Gewalt werde, so Minrath-Grunwald. Um eine bessere Vergleichbarkeit der Zahlen herzustellen und Trends ablesen zu können, wird seit 2011 die Erhebung von Gewaltakten gegen Polizisten bundesweit vereinheitlicht. („Gewalt gegen Polizisten Eine Übersicht in Zahlen“ www.kggp.de) **wsd**



Nr. 5 • 62. Jahrgang 2013 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO
zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der
Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Deutsche Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon Berlin (030) 399921-0 Fax (030) 399921-200
Internet: www.gdp.de

Chefredakteur/Leiter Abt. Presse:

Rüdiger Holecek,
Stellv. Chefredakteurin/Stellv. Leiterin Abt. Presse:
Marion Tetzner

Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,
10555 Berlin

Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117,
Fax (030) 39 99 21 - 200

E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de

Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: av@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 35
vom 1. Januar 2013



Druckauflage dieser Ausgabe:
176.847 Exemplare
ISSN 0949-2844

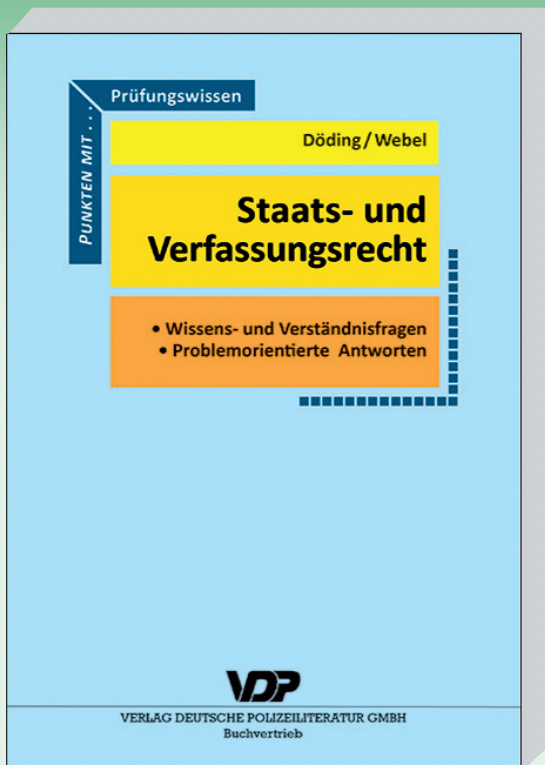
Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

Titel

Foto:
Ingo Wagner/dpa
Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld



Aktuelle Neuerscheinung



Prüfungswissen Staats- und Verfassungsrecht

- Wissens- und Verständnisfragen
- Problemorientierte Antworten

Von **Horst Döding** und **Karsten Webel**.

1. Auflage 2013

ca. 376 Seiten, Format 16,5 x 24 cm, Broschur

24,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0714-7

Dem Staats- und Verfassungsrecht kommt auch nach der Umstellung des Fachhochschulstudiums „Polizei“ auf das Bachelor-Format inhaltlich eine zentrale Bedeutung in der Ausbildung zu. Die wesentlichen Zusammenhänge und Strukturen des Staats- und Verfassungsrechts vermittelt dieses Buch in konzentrierter Form. Im Einzelnen werden behandelt:

Teil I: Einführung

Teil II: Staatsrechtliche Grundlagen

- 1 Der Staatsbegriff und die Staatsbürgerschaft
- 2 Die Staatszielbestimmungen
- 3 Die Verfassungsorgane des Bundes
- 4 Die Bundesgesetzgebung

5 Die Rechtsprechung

6 Das Finanzwesen

7 Die Notstandsverfassung

Teil III: Die Grundrechte

1 Allgemeine Grundrechtslehren

2 Die einzelnen Grundrechte

Ein Literatur- und Stichwortverzeichnis rundet das Werk ab. Der Schwerpunkt des Buches liegt im Bereich Wissens- und Verständnisfragen. Die dazugehörigen Antworten sind kurz, problemorientiert und konzentrieren sich auf die Sachprobleme. Die Auswahl und Gewichtung des Stoffes orientieren sich an den Studienplänen der Fachhochschulen des Bundes und der Länder.



Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeiten unter: www.VDPolizei.de

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH Buchvertrieb

Forststraße 3a • 40721 Hilden • Tel.: 0211/7104-212 • Fax: -270 • E-Mail: vdp.buchvertrieb@VDPolizei.de • www.VDPolizei.de

Nicht nur bei warmen Sommertemperaturen, sondern auch bei Glühweinwetter, hat man mit den *tepro* Grillgeräten optimales Grillvergnügen und macht den Grillspaß zu einem Ganzjahres-Event.

GASGRILL „BELLAIRE“

3-Brenner Gasgrill mit Unterschrank

BESCHREIBUNG:

Leistung ca. 9,7 KW,
Grillfläche ca. (B) 61 x (T) 40,6 cm, 2 emaillierte Grillroste, schwarz, 1 emaillierter Warmhalterost, 3 emaillierte Flammenschutzplatten, Deckel mit hochhitze-fester Pulverbeschichtung und pulverbeschichteten Stahl-Endkappen, Thermometer, Verchromter Deckelgriff, Silber lackiertes Frontpanel, Trolley und Seitenablagen schwarz pulverbeschichtet, Tür schwarz pulverbeschichtet, Edelstahl-Türgriff, 2 Kunststoffräder, Gasflaschenhalterung im Unterschrank, Arbeitshöhe ca. 84,5 cm, elektrische Zündung inkl. Schlauch und Regler (Gasflasche im Lieferumfang nicht enthalten)
CE-zertifiziert

TECHNISCHE DATEN:

ca. (B) 129 x (T) 57 x (H) 107,5 cm
schwarz/Edelstahl
Gewicht: 26 kg

**25-5105 194,95 €
(empf. VK 239,00 €)
ca. 23 % gespart!**



Holzkohlengrill „TUCSON“

Kugelgrill mit Rollen

BESCHREIBUNG:

Feuerwanne 57 cm Ø,
Grillfläche 54 cm Ø, emaillierte Feuerwanne, Deckel und Grillrost, Lackierter Ascheauffangbehälter, 1 Kohlerost, 2 Holzkohlehalter – für indirektes Grillen, 1 Deckelthermometer, 3 Kunststoffgriffe, Edelstahl-Standbeine, 2 Kunststoffräder mit Radkappe, Verchromtes Bodengitter, Arbeitshöhe 77 cm, Kohlefangungsvermögen 2 kg

TECHNISCHE DATEN:

ca. (B) 60 x (T) 57 x (H) 110 cm
schwarz/Edelstahl
Gewicht: 11kg netto

**25-5005 79,95 €
(empf. VK 129,00 €)
ca. 60 % gespart!**



**Letzter Bestelltermin:
31.05.2013**

ELEKTROGRILL „TAMPA“

Elektrogrill mit Grillplatte

BESCHREIBUNG:

Elektrogrill mit Standfuß, Antihafbeschichtete Gussplatte, Grillfläche ca. 27,5 x 47cm, Grill mit Cool-Touch-Griffen, Lackierter Deckel mit Griff, Einstellbare Temperatur
Auch als Tischgrill verwendbar
Abnehmbare Fettpfanne
Leistung 1800 W/230V
GS geprüft

TECHNISCHE DATEN:

ca. (B) 58,5 x (T) 50 x (H) 97 cm
schwarz/beige
Gewicht: ca. 2,9 kg

**25-5205 69,95 €
(empf. VK 79,99 €)
ca. 15 % gespart!**

